Nummer 27 Hamburg, den 6. Juli 1912 25. Jahrgang

Der Grundstein

Offizielles Organ des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementspreis pro Quartal M. 2,00 (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluß der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 ₰ für die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum berechnet.

Ein Reichsbund der Bauunternehmer.

Es ist vollbracht: am 28. Juni haben die Unternehmer das Werk vollenden können, mit dem sie am 10. Dezember des vorigen Jahres begonnen hatten. Die unterschiedlichen Unternehmerverbände des Baugewerbes haben den schon länger angestrebten Zusammenschluß erreicht, wenn auch noch nicht in der Vollständigkeit, die sie sich zum Ziel gesetzt hatten. Die Unternehmerpresse selbst meldet zwar noch nichts darüber, aber der „Vorwärts“ vom 30. Juni weiß zu berichten:

„In den Kammersälen ist am 28. Juni d. J. nach längeren Vorberatungen, die bis zum Dezember vorigen Jahres zurückreichen, eine Vereinigung der Arbeitgeberverbände des eigentlichen Baugewerbes (Hochbau) und der Baunebengewerbe unter dem Namen „Reichsbund baugewerblicher Arbeitgeberverbände“ gegründet worden. Ihren Beitritt haben bereits erklärt: der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, Sitz Berlin, der Zentralverband der Gipser, Stukkateure- und Verputzermeister Deutschlands, Sitz Karlsruhe, der Hauptverband deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe, Sitz Berlin, der Arbeitgeberschutzverband für das Holzgewerbe, Sitz Berlin, der Zentralverband selbstständiger Installateure, Klempner und Kupferschmiede, Sitz Düsseldorf, der Zentralverband deutscher Dachdeckermeister, Sitz Neuwied a. Rh., der Reichsverband für das Steinsetz-, Pflasterer- und Straßenbaugewerbe, Sitz Leipzig. Weitere Beitritte stehen bevor.

Zweck des Reichsbundes, der den angeschlossenen Zentralverbänden vollständige Selbständigkeit läßt, ist die „gemeinsame Wahrnehmung der Arbeitgeberinteressen“, insbesondere beim Abschluß von Tarifverträgen. An der Spitze des Bundes steht ein Verwaltungsausschuß, Vorsitzender ist der Vorsitzende des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, Enke-Leipzig, der erste stellvertretende Vorsitzende ist der Vorsitzende des Hauptverbandes Deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe, Kruse-Berlin, der zweite stellvertretende Vorsitzende ist Mitsch-Berlin vom Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe. Die Geschäftsstelle befindet sich Berlin W. 9, Linkstraße 32, wo sich auch die Bureaus des deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe befinden.“

Dieser Zusammenschluß bleibt zum Teil hinter dem ursprünglichen Plane zurück, zum Teil geht er darüber hinaus. Er bleibt dahinter zurück, indem er nicht alle Verbände umfaßt, die an der Besprechung vom 10. Dezember teilnahmen, und er geht darüber hinaus, indem er sich auch auf den Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe erstreckt, der auf der Dezemberkonferenz nicht vertreten war. Da es jedoch heißt, daß weitere Anschlüsse bevorstehen, so wird man zugeben müssen, daß der Zusammenschluß der Unternehmer in größerem Umfange gelungen ist, als nach dem, was uns von den Vorbereitungen bekannt war, zu erwarten stand.

Dieser Zusammenschluß ist für die baugewerblichen Unternehmer von außerordentlicher Bedeutung. Aber er geht nicht nur die baugewerblichen Arbeiter an — er ist ein Signal für die ganze deutsche Gewerkschaftsbewegung. Wir huldigen nicht dem Glauben, daß nun plötzlich „unser“ Bund durch den Zusammenschluß riesenstark geworden sei; im Hinblick auf die nächstjährige Bewegung wären ihm höchstwahrscheinlich einige Tausend neuer Mitglieder oder eine Entente cordiale mit den Baumaterialienhändlern wertvoller gewesen; aber für die weitere Zukunft wiegt dieser Zusammenschluß zehnmal schwerer als jene Vorteile. Durch diese Fusion bekunden die beteiligten Unternehmerverbände den Willen zu einer weiteren Steigerung des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit, zu einer neuen Erweiterung der Grundlage für die künftigen Auseinandersetzungen. Die zentralen Kämpfe in den einzelnen Berufen genügen ihnen noch nicht, denn sie brachten bisher nicht das, was das dauernde, unverrückbare Ziel der kapitalistischen Gewaltmenschen ist: die Knebelung, die Niederwerfung der Arbeiterorganisationen. Aber man hofft dies Idol zu erringen, wenn man Kämpfe herbeiführt, an denen mehrere große Gewerbe beteiligt sind. Das schwedische System, die Aussperrung der ganzen organisierten Arbeiterschaft zum Zwecke ihrer Brutalisierung, das ist das wahre, letzte Ziel unserer Unternehmer. Und dieser Zusammenschluß bringt sie dem Ziele wieder einen großen Schritt näher.

So vollendet sich die so oft von unsern Gegnern angefeindete Theorie vom Klassenkampf. Uns überrascht es nicht und es wird uns auch, das glauben wir zuversichtlich, nicht vom Wege des Fortschrittes abdrängen können. Wir erkennen die klare Logik dieses Vorganges und sind uns der Pflichten bewußt, die uns, das heißt der organisierten Arbeiterschaft, daraus erwachsen: Höchste Anspannung unserer Werbekraft, Opferwilligkeit bis an die Grenzen des Möglichen und geschlossenste Einheit der Aktion.

Gewerkschaften „politische“ Vereine.

In Nr. 18 des „Grundstein“ haben wir ein Urteil des Schöffengerichts Wollstein i. P. veröffentlicht, in dem ausgesprochen war, daß der Deutsche Bauarbeiterverband „sein Augenmerk auch auf das politische Gebiet richten will“, mit andern Worten, daß er ein politischer Verein im Sinne des Vereinsgesetzes sei. Und zwar soll er das sein, weil er Mitglied der Bauarbeiterinternationale ist und mit den baugewerblichen Arbeiterorganisationen des Auslandes einen Kartellvertrag abgeschlossen hat. Der Zweigverein Rothenburg a. d. O. unseres Verbandes soll nach dem Urteil des genannten Schöffengerichts deshalb ein politischer Verein sein, weil in dem Lokal, das er benutzt, auch sozialdemokratische Versammlungen abgehalten worden sind, wobei sozialdemokratische Reden gehalten worden seien. Auch sei im Lokal ein Maifeierplakat ausgehängt gewesen, und was dergleichen unwesentliche Dinge mehr sind. Wir sagten damals zu dem Urteil, daß wir zwar von der deutschen Justiz nicht viel erwarten, daß es uns aber trotzdem als ausgeschlossen erscheine, daß dieses Urteil vor einer höheren Instanz bestehen bleiben könnte.

Heute müssen wir beschämt gestehen, daß wir damals im Irrtum waren, daß wir der deutschen Justiz immer noch zuviel Vertrauen entgegenbrachten und zuviel Kenntnis vom Wesen der Gewerkschaftsbewegung bei ihr voraussetzten: Am 24. Mai hat die Strafkammer beim Königl. Amtsgericht in Wollstein i. P. als Berufungsgericht die Berufung gegen das schöffengerichtliche Urteil verworfen, wobei es seinem Urteil im wesentlichen die Gründe des Schöffengerichts zugrunde legte. Nur dafür, ob sich der Deutsche Bauarbeiterverband (der Gesamtverband) als solcher politisch betätige oder vorkommendenfalls politisch betätigen wolle, habe das Gericht eine sichere Unterlage nicht gewinnen können, zumal das Verbandsorgan nicht vorgelegen habe.

Gegen den Zweigverein Rothenburg a. d. O. wurde als Beweis seiner politischen Betätigung geltend gemacht, daß sich der Gründer des Vereins, der Gauvorsitzende Kollege Wende in Bromberg, zur sozialdemokratischen Partei bekennt. Wir fragen: Hat man schon jemals gehört, daß ein Ortsverein irgendeines Unternehmerverbandes deshalb zum politischen Verein gestempelt worden ist, weil er von einem Nationalliberalen, einem Konservativen, einem Freisinnigen oder einem Zentrumsanhänger gegründet wurde? Und wenn nicht: Warum spielt für unsern Zweigverein Rothenburg an der Obra die Parteizugehörigkeit des Gründers eine Rolle? Ist das das gleiche Recht für alle, das die Reichsverfassung allen Deutschen gewährleistet?

Als weiteren Beweis für die politische Betätigung des Zweigvereins Rothenburg a. d. O. sieht das Gericht die Tatsache an, daß in dem von unsern Kollegen benutzten Vereinslokal, das — nebenbei bemerkt — von einem Vertreter der Generalkommission gemietet war, auch öffentliche sozialdemokratische Wählerversammlungen stattgefunden haben, in denen sozialdemokratische Redner aufgetreten seien, die politische Reden gehalten hätten. Und wieder fragen wir: Hat man jemals gehört, daß irgendein Unternehmerverein deshalb zu einem politischen Verein gestempelt worden ist, weil er ein Lokal benützte, in dem öffentliche Wählerversammlungen der Konservativen, der nationalliberalen oder sonst einer Partei stattgefunden haben? Wir haben derartiges noch nie gehört! Dagegen wissen wir, daß in Orten, wo man die Weltanschauung des vorigen und vorvorigen Jahrhunderts überwunden hat, auch die wirtschaftlichen Vereine der Unternehmer sehr oft in Lokalen tagen müssen, in denen die Sozialdemokratie ihre Versammlungen abhält. Und wir wissen ferner, daß zahlreiche Stadtverwaltungen in Deutschland objektiv genug sind, ihre Lokale sowohl der Sozialdemokratie wie den Gewerkschaften und andern wirtschaftlichen Korporationen zur Verfügung zu stellen, ohne daß dabei ein Mensch auf den Gedanken kommt, daß die Gewerkschaften usw. durch die Benutzung der Lokale zu politischen Vereinen werden.

Einen weiteren Grund zu seinem Spruch sieht die Strafkammer zu Wollstein darin, daß an den öffentlichen politischen Wahlversammlungen auch die angeklagten Vorstandsmitglieder und der größte Teil der übrigen Vereinsmitglieder teilgenommen haben. Und nochmals fragen wir: Haben die Mitglieder unserer Organisation als Staatsbürger nicht ebenso das Recht, an sozialdemokratischen Versammlungen teilzunehmen, wie die in wirtschaftlichen Verbänden organisierten Unternehmer das Recht haben, an konservativen oder nationalliberalen Versammlungen teilzunehmen, und wie die christlich organisierten Arbeiter an Zentrumsversammlungen teilnehmen? Mit welchem Recht will die Strafkammer in Wollstein gerade unsere Mitglieder für die Ausübung ihrer verfassungsmäßigen Rechte bestrafen? Denn einer Bestrafung kommt ihr Urteil gegen unsern Zweigverein Rothenburg gleich, weil diesem durch das Urteil die ungehinderte Vertretung der wirtschaftlichen Interessen unserer Kollegen erschwert wird.

Und weiter: Welchem Gericht oder welcher Behörde wäre es jemals eingefallen, eine Gewerkschaft für politisch zu erklären, weil in ihrem Verkehrslokal ein Plakat mit der Ueberschrift: „Einladung zur Maifeier“ hing? Uns ist derartiges noch nie bekannt geworden; aber die Strafkammer zu Wollstein i. P. sieht das Vorhandensein eines solchen Plakats im Vereinslokal mit als Beweis dafür an, daß unser Zweigverein Rothenburg an der Obra ein politischer Verein ist! Auch die Tatsache, daß in Rothenburg bei der letzten Reichstagswahl „im Vergleich zu den früheren Wahlen auffallend viel sozialdemokratische Stimmen abgegeben sind“, soll in Verbindung mit einer Bemerkung des Kollegen Wende — (das Ergebnis der letzten Wahlen zeige, daß in Rothenburg Sinn für Organisation sei) — ein Beweis für den politischen Charakter unseres Zweigvereins sein! Uebrigens bestritt Wende noch obendrein, diese Aeußerung getan zu haben; aber da sie der als Zeuge anwesende Bürgermeister „unverzüglich nach Beendigung der Versammlung notiert“ haben wollte, nahm das Gericht den Ausspruch ohne weiteres als erwiesen an.

Auch daß das eine angeklagte Vorstandsmitglied eine öffentliche politische Versammlung leitete, in der Kollege Wende einen halb gewerkschaftlichen, halb politischen Vor-

trag hielt — wohlgemerkt: nicht in einer Vereinsversammlung, sondern in einer angemeldeten öffentlichen politischen Versammlung —, mußte wieder zur Begründung des Urteils herhalten. Und auch hier fragen wir: Hat man jemals gehört, daß eine wirtschaftliche Organisation der Unternehmer deshalb für politisch erklärt wurde, weil eines ihrer Vorstandsmitglieder einmal eine politische Versammlung — etwa der konservativen oder nationalliberalen Partei — geleitet hat? Uns ist auch davon nichts bekannt. Das wäre unseres Erachtens auch ungesetzlich; denn jeder deutsche Staatsbürger hat das Recht, sich politisch nach seiner Ueberzeugung zu betätigen, solange er damit nicht den bestehenden Gesetzen zuwiderhandelt. Ja, selbst wenn er als Privatperson oder als Angehöriger irgendeiner politischen Partei gegen ein Gesetz verstößt, hätte kein Gericht das Recht, deshalb den wirtschaftlichen (gewerkschaftlichen) Verein zu bestrafen, dessen Vorstandsmitglied der betreffende Staatsbürger ist. Daraus erhellt, daß die Strafkammer in Wollstein kein Recht hatte, unsern Zweigverein Rothenburg deshalb zu verurteilen, weil eines seiner Vorstandsmitglieder eine politische Versammlung geleitet hat; denn das hat der betreffende Kollege nicht als Vorstandsmitglied des Vereins, sondern als Staatsbürger und Anhänger einer politischen Partei getan.

Schließlich wird in dem Urteil noch festgestellt, daß in der erwähnten öffentlichen politischen Versammlung ein Zimmergeselle die Anwesenden aufgefordert hat, „kein bürgerliches Käseblatt, sondern die sozialdemokratische „Breslauer Volkswacht" zu halten", daß der Versammlungsleiter — das bereits mehrfach erwähnte Vorstandsmitglied unsers Zweigvereins — ein Hoch auf die Arbeiterschaft und die Sozialdemokratie ausbrachte, worauf aus der Versammlung das „sozialdemokratische" Lied „Schließt die Reihen" angestimmt worden sei. Es ist klar, daß auch alle diese Dinge mit der Tätigkeit unseres Zweigvereins nicht das geringste zu tun haben. Es ist das gute Recht jedes Staatsbürgers, in einer politischen Versammlung die Anwesenden zum Abonnement auf das Blatt einer bestimmten Interessengruppe oder Partei aufzufordern, ein Hoch auf eine bestimmte Gesellschaft oder Partei auszubringen und ein politisches Lied zu singen. Dieses Recht haben die Staatsbürger auch dann, wenn sie nebenbei noch einer wirtschaftlichen Interessenorganisation angehören, und niemand hat das Recht, diese Interessenorganisation zum politischen Verein zu machen, solange all diese Dinge nicht in ihrem Namen und in ihren Versammlungen begangen worden sind. Wir haben denn auch noch niemals gehört, daß eine Unternehmerorganisation deshalb zum politischen Verein gestempelt wurde, weil eines ihrer Mitglieder als Staatsbürger in einer öffentlichen politischen Versammlung der konservativen, nationalliberalen oder einer andern Partei zum Abonnement auf ein politisches Blatt aufforderte, haben auch niemals gehört, daß eine Unternehmerorganisation deshalb zum politischen Verein gemacht worden ist, weil eines ihrer Vorstandsmitglieder in einer politischen Versammlung ein Hoch auf das Unternehmertum, auf eine politische Partei oder den Kaiser ausgebracht hat. Wohl aber haben wir schon sehr häufig gehört, daß all das in den Vereinsversammlungen und auf den Kongressen der Unternehmerorganisationen selbst ganz ruhig gemacht werden kann, ohne daß deswegen jemand auf den Gedanken kommt, die Unternehmerorganisationen seien politische Vereine. Auch deswegen wird kein Gericht eine Unternehmerorganisation zum politischen Verein stempeln, weil einzelne seiner Mitglieder in politischen (nationalliberalen oder konservativen) Versammlungen politische Lieder, etwa: „Heil dir im Siegerkranz" usw., singen, ja, man sieht es wohl gar nicht ungern, wenn solche Lieder auch in den eigentlichen Vereinsversammlungen der Unternehmer gesungen werden.

Warum, so fragen wir, verurteilten Schöffengericht und Strafkammer in Wollstein unsern Zweigverein Rothenburg, obwohl er nichts weiter getan hat, als was jede Unternehmerorganisation ungestört tun darf? Etwa nur deshalb, weil keine konservative, sondern sozialdemokratische Wahlversammlungen in dem Vereinslokal stattgefunden haben? Weil unsere Mitglieder nicht an konservativen, sondern an sozialdemokratischen Versammlungen teilgenommen haben? Weil in politischen Versammlungen nicht ein konservatives, sondern ein sozialdemokratisches Blatt empfohlen wurde, und weil nicht „Heil dir im Siegerkranz", sondern „Schließt die Reihen" gesungen worden ist? Wenn ja, dann ist es wohl gestattet, darauf hinzuweisen, daß die Sozialdemokratie in Deutschland zurzeit nicht mehr unter einem Ausnahmegesetz steht, sondern daß alle Parteien gleichberechtigt sind.

Das Urteil der Strafkammer ist endgültig; denn eine höhere Instanz könnte auf erfolgte Revision nur formale Verstöße des Vorderrichters rügen; eine Prüfung der sachlichen Grundlagen des Urteils kommt ihm nicht zu. Diese sachliche Begründung ist aber unseres Erachtens durch und durch unrichtig und unhaltbar. Zum Glück kann durch solche Urteile eine Bewegung, die eine gesellschaftliche Notwendigkeit ist, nicht unterdrückt werden. Auch in Ostelbien wird man bald erleben, daß man die Arbeiterbewegung durch solche Urteile nicht schädigen kann, sondern daß sie im Gegenteil geeignet sind, weiten indifferenten Arbeiterschichten die Augen zu öffnen, damit sie sehen, wie in Deutschland das „gleiche Recht" gehandhabt wird. Damit werden ja dann die ordnungspolitischen Herrschaften Ostelbiens glücklich das Gegenteil dessen erreicht haben, was sie mit ihrem blindwütigen Kampf gegen die modernen Arbeiterorganisationen erreichen wollen.

*

Als dieser Artikel bereits gesetzt war, erfuhren wir, daß das Oberlandesgericht Dresden auch die gegen das landgerichtliche Urteil eingelegte Revision verworfen hat, so daß also auch unser Dresdner Zweigverein ein politischer Verein bleiben soll. Wir werden in nächster Nummer kurz darüber berichten.

Der Arbeiter als Konsument.

Wenn die Gefahr besteht, daß das Unternehmertum einen erheblichen Teil der Aufwendungen, die ihm die sozialpolitische Gesetzgebung auferlegt, oder jener Summen, die es durch die organisierte Arbeiterschaft an Löhnen mehr zu zahlen genötigt wird, wieder in der Form höherer Preise für Massenartikel auf die Arbeiterschaft abwälzt, so werden die Arbeiterorganisationen, die Gewerkschaften, selbst nur in den allerseltensten Fällen in der Lage sein, dieser Gefahr — etwa durch entsprechende Bestimmungen eines Tarifvertrages — vorzubeugen.* Auch wenn die gewerkschaftliche Erziehung den Gemeinsinn stark genug ausgebildet hat, so daß sich die organisierten Arbeiter nicht auf den Standpunkt stellen: Was geht es uns an, wenn infolge der höheren Löhne für unsere Berufsschicht andere Berufsschichten von Arbeitern mehr bezahlen müssen —, so wird doch in der Regel die Macht fehlen, den Unternehmern eine Preisbegrenzung aufzuzwingen, vielfach auch die Möglichkeit eines Urteils, wie weit eine solche Begrenzung angängig ist, ohne daß der Betrieb ruiniert wird; auch wäre darauf Rücksicht zu nehmen, daß eine einmalige Preisfestsetzung gemeinhin nicht möglich sein wird, solange wir das privatkapitalistische Produktionssystem mit seinen Begleiterscheinungen der freien Konkurrenz und der schwankenden Konjunkturen haben.

Anders indessen wird die Sache, wenn sich die Arbeiter nicht nur als Lohnempfänger den Unternehmern gegenüber zusammenschließen, sondern auch als Konsumenten, als Abnehmer der Arbeitsprodukte, die die Unternehmer auf den Markt bringen. Natürlich hat hier die Organisation nach Branchen und Berufen keinen Zweck. Als Warenkäufer haben im großen und ganzen alle dieselben Interessen. Zunächst natürlich das Interesse, möglichst billig zu kaufen. Aber die moderne, gewerkschaftlich und ökonomisch geschulte Arbeiterschaft weiß doch auch (und wo es noch nicht der Fall ist, muß sie zu dieser Erkenntnis erzogen werden!), daß dies „billig" eine Grenze hat —, nämlich die, wo der gezahlte Warenpreis nicht mehr ein Einkommen der Arbeitenden zuläßt, das ein anständiges, gesundes, kulturwürdiges Leben ermöglicht und darüber hinaus auch im Verhältnis zu dem Werte der speziellen Leistung des einzelnen steht. Voraussetzung dabei ist, daß die Arbeit unter Benutzung der besten Werkzeuge und technischen Hilfsmittel erfolgt, daß also nicht die Bezahlung eines Kraftaufwandes verlangt wird, der gar nicht nötig ist —, bloß um künstlich eine überholte Produktionsform aufrecht zu erhalten, sei es aus sogenannter „Mittelstandsfreundlichkeit" oder im „nationalen" Interesse, d. h., um ausländische Produkte, die gegen inländische anderer Art eingetauscht werden könnten, fernzuhalten. Wird man bei einem Nichtarbeiter für einen solchen „angemessenen" Preis weniger Verständnis voraussetzen können —, unsere Arbeiterschaft wird, durch die Erfahrung am eigenen Körper gewitzigt, seine Notwendigkeit zu würdigen wissen. Sie wird ihn um so eher anerkennen und in ihm eine Grenze für das Streben nach Wohlfeilheit der Waren zu sehen bereit sein, weil sie weiß, daß seine Beachtung kaum ein besonderes Opfer von ihr fordern wird, falls nur der Preis der Produkte auch wirklich der Arbeit zugute kommt, die darauf verwendet wurde. Mag man auch eine erhebliche Amortisationsrate für die gebrauchten Produktionsmittel abziehen, so geht doch ein beträchtlicher Teil dessen, was als „Preis" einer Ware gilt, drauf als Unternehmerprofit (Dividende der Aktiengesellschaften!) und für Vergütung an Agenten, Zwischenhändler usw., deren volkswirtschaftliche Funktion in gar keinem Verhältnis steht zu dem Anteil am Kaufpreis der Ware, den sie für sich beanspruchen und erhalten. Gelingt es, diesen Anteil immer mehr und mehr

* Vergleiche den Aufsatz desselben Verfassers in Nr. 19 des „Grundstein".

Der Kampf gegen die Schundliteratur.

Man schreibt uns: Der Kampf der Arbeiterorganisationen gegen die Schundliteratur hat schon gute Erfolge gezeitigt, und mehr und mehr emanzipiert sich das aufgeklärte Volk von dem geistigen Gift, das von bürgerlichen Verlegern in massenhaften bunten Heften verbreitet wird, um solcherweise eine Millionensteuer aus den Taschen der arbeitenden Bevölkerung zu ziehen. Viel ist dagegen getan, aber noch lange nicht genügend! Ebensowenig wie auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete darf es hier einen Stillstand geben! Es ist durchaus nicht gleichgültig, was man zu seiner Unterhaltung liest. Von dieser Erkenntnis ausgehend, hat die organisierte Arbeiterschaft sich ihre eigene Romanbibliothek geschaffen: die nun in ihrem 16. Jahrgange erscheinende Wochenschrift „In Freien Stunden". Die „In Freien Stunden" sehen ihre Aufgabe darin, der Arbeiterschaft gute, fesselnde und für jedermann verständliche Romane aus der Weltliteratur zu vermitteln. Der Hauptroman wird stets von Künstlerhand illustriert, während an zweiter Stelle kleinere Romane, Novellen oder Humoresken erscheinen. Jedes Heft ist 24 Seiten stark und bringt nebenbei mancherlei Aufsätze und Notizen aus allen Gebieten des Wissens, ferner Skizzen, Anekdoten, Witze und Scherze.

Mit dem letzten Heft erhalten die Abonnenten der „Freien Stunden" eine wertvolle Kunstbeilage, die als Wandschmuck verwandt werden kann, völlig gratis und ohne Erhöhung des Abonnementspreises. Allen Freunden guter Unterhaltungsliteratur raten wir, ein Abonnement auf die „Freien Stunden" zu bestellen. Der Zeitpunkt ist gegenwärtig besonders günstig, da eben zwei neue Romane beginnen. Eine Titel- und Inhaltsangabe der Romane wird unsere Leser sicher interessieren.

Ivanhoe. Roman von Walter Scott. In diesem Roman, illustriert von Max Fabian, unternimmt es der bedeutende englische Erzähler, uns die Gegensätze verschiedener Volksrassen und ihre Kämpfe miteinander in spannenden Szenen zu veranschaulichen. Der Roman spielt um die Zeit, da der englische König Richard I. nach seinem Kreuzzuge gegen Sultan Saladin gefangen genommen und an den deutschen Kaiser ausgeliefert worden war, um schließlich nach England zurückzukehren. Hier regierte indessen als Stellvertreter sein Bruder Johann „ohne Land", der mit Gewalt die Herrschaft für immer an sich zu reißen versuchte — ein Unterfangen, das am Ende scheiterte, aber dem Lande unheilvolle Kämpfe brachte. Auch die Gegensätze zwischen den normännischen Sachsen, die seit der Eroberung in beiden Lagern fortlebten, flammten in heftigen Zusammenstößen auf. Hartnäckig hielt der eingeborene Bauer an seinen Sitten, seiner Sprache, seiner Unabhängigkeit fest, und das übermütige normännische Rittertum sah sich seinem glühenden Haß gegenüber. Aber Haß und Widerstand konnten nicht verhindern, daß viele dieser Bauern von Haus und Hof vertrieben wurden und ihr Besitz in die Hände der Eroberer fiel. Da machten es ihrer viele so wie Karl Moor in Schillers „Räuber": sie gingen in die Wälder und sagten der Gesellschaft Krieg an. Diese „Yeomen" (Freibauern), die vielfach treffliche Bogenschützen waren, spielen in dem Roman eine ebenso bedeutende wie auch interessante Rolle. Während dem Leser Prinz Johann und seine Kumpane als Typen gewissenloser Eroberer vorgestellt werden, sehen wir in Cedric, dem Sachsen, den knorrigen, eigensinnigen Repräsentanten der Besiegten, den weder süße Worte noch Drohungen gewinnen können.

Ivanhoe, der Titelheld des Romans, ist sein Sohn — ein Ritter, der eben aus dem Kreuzzuge zurückgekehrt ist und nun — zunächst unerkannt — die Beobachtung macht, daß es auch im eigenen Lande noch mancherlei zu tun gibt. Seine mannigfachen Abenteuer spielen sich, im vorstehend skizzierten Rahmen ab und verhelfen ihm zu der auch von seinen Feinden eifrig umworbenen Braut. Einen wesentlichen Bestandteil des Romans bilden die oft sehr humoristischen Schilderungen der Pfaffen, Mönche und Tempelritter. Mit offenbarem Behagen zeigt uns Scott das doppelte Gesicht dieser „Gottgeweihten", indem er sowohl ihre menschlichen, allzumenschlichen Gelüste wie ihre Unduldsamkeit und Grausamkeit in scharfen Strichen zeichnet. Nicht zu vergessen ist schließlich das Schicksal der Juden. Der alte Wucherer Isaak und seine schöne Tochter Rebekka sind außerordentlich gelungene Vertreter der orientalischen Rasse; in Rebekka tritt uns außerdem einer der schönsten und edelsten Frauencharaktere entgegen, die Scott geschaffen hat.

Der Roman ist, wie schon diese kurze Skizzierung andeutet, sehr reich sowohl an interessanten Menschen wie unterhaltsamen Geschehnissen. Daß er uns nebenbei in großen Zügen die Kenntnis einer wichtigen Geschichtsperiode Englands vermittelt, ist ein weiterer Vorzug.

Neben dem Roman Ivanhoe gelangt zunächst noch zum Abdruck:

Das Weiberdorf, Roman aus der Eifel von Clara Viebig. „... Die Männer von Eifelschmitt hatten nie viel Zeit; rasch wurde geliebt, rasch wurde gefreit. Zweimal im Jahre kamen sie heim ins enge Salmtal. Sie konnten da nicht ihren Lebensunterhalt verdienen; der Erwerb ist knapp in der Eifel, karg hängen die Aeckerchen an den Bergen, lang sind die Winter, kurz die Sommer. ... Vater, Sohn, Gatte, Bruder, alles wanderte aus nach Westfalen und tief ins Rheinland, wo auf der meilenweiten Ebene düstere Fabrikstädte sich eng zusammendrängen. ... Hier konnte man die Eifelsöhne finden, umglüht von Flammen, eingeengt von Mauern, sehnsüchtig des Heimathimmels gedenkend. ... Aber dann kam die Heimkehr! — — Durchjubelte Tage, durchjubelte Nächte. ..."

Von diesem männerverlassenen Dorfe also handelt der Roman lustig und wehmütig zugleich. Wehmütig, wenn er uns das arme Leben der Eifelbewohner schildert oder uns zeigt, wie Leidenschaft die Menschen besinnungslos und Liebe einen Mann zum Falschmünzer macht — lustig, wo er uns die komischen Seiten einer allgemeinen Männertollheit vorführt, die sich auf ein einziges Exemplar des „stärkeren" Geschlechts richtet, weil die andern eben nicht zu Hause sind. —

„In Freien Stunden" kostet pro Heft 10 ₰. Sie werden wöchentlich ins Haus gebracht. Bestellungen nehmen alle Spediteure und Kolporteure entgegen.

zurückzuschrauben zum Besten des Verdienstes der Arbeit, so kann diese sehr oft nach heutigen Verhältnissen „angemessen" bezahlt werden, auch ohne daß sich der Ladenpreis einer Ware im geringsten erhöht, ja, oft genug sogar unter Verringerung des üblichen Preises zum Vorteil der Warenbezieher.

Die Organisation der Konsumenten hat begonnen. Wir haben ein Netz von Konsumvereinen, das bereits ganz Deutschland überzieht. Und erfreulicherweise sind es gerade auch die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, die sich ihnen anschließen; ihre gewerkschaftlichen Verbände selbst haben mit den Konsumvereinen Fühlung genommen. Aber leider sind es doch noch viel zu wenige Arbeiter, die sich auch als Warenkäufer zusammenschließen; ihr Interesse an der Konsumgenossenschaftsbewegung steht doch noch in gar keinem Verhältnis zu ihrer Teilnahme an der gewerkschaftlichen Arbeit. Das ist ja aus mehr als einem Grunde auch erklärlich. Der Kampf um höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen muß durchaus jedem das Nächstliegende sein. Aber näher, als es heute meist der Fall ist, sollte doch auch die Konsumentenaktion einem modernen Arbeiter stehen. Wenn es heute noch daran mangelt, so liegt es vielleicht mit daran, daß die Konsumvereine in der Regel nur als eine Art Sparkasse für die Käufer betrachtet werden; der Arbeiter sagt sich: Kaufst du im Konsumverein, so bezahlst du freilich in der Regel den normalen Preis; aber was sonst der Händler verdient, bekommst du hier am Jahresende zum guten Teil wieder in Form deiner „Prozente" zurückvergütet.

Das ist richtig und eigentlich auch schon wertvoll genug, daß es jeden denkenden Arbeiter in die Konsumgenossenschaft hineintreiben sollte. Aber wieviel wertvoller muß die Konsumgenossenschaft dem Arbeiter noch werden, wenn er sich ausmalt, daß auch weit darüber hinaus diese Organisation gegen das arbeitslose Einkommen, gegen den Kapitalprofit, zum Besten der Arbeit und damit jedes Arbeiters wirken kann und wirken sollte! Voraussetzung freilich ist hier, wie so oft, daß sich wirklich Massen zusammengeschlossen haben, daß die Bewegung eine ganz andere Anhängerschar gefunden hat als heute. — Nehmen wir aber einmal eine einigermaßen starke Konsumentenorganisation; sie hat vielleicht für ein Drittel aller Ortsangesessenen die Bedürfnisse des täglichen Lebens zu decken; nehmen wir gar einen Verband all solcher lokalen Organisationen, der etwa den fünften Teil aller Konsumenten eines Landes umfaßt und für ihre Bedürfnisse sorgt: Welche Macht gegenüber dem kapitalistischen Unternehmertum stellt sich in solch einem Zusammenschluß dar? Für zahllose Unternehmer ist eine derartige Riesenorganisation die Hauptabnehmerin, für viele vielleicht die einzige. Man wird sich hüten, es mit ihr zu verderben; man wird bestrebt sein, ihr entgegenzukommen. Und wenn die Konsumentenorganisation nur ihre Aufgabe richtig erkennt, wenn ihre Vertreter — die Generalversammlung und die von ihr erwählten Leiter und Beamten — im Sinne der Arbeit und ihrer gerechten Löhnung wirken, dann haben sie es in der Hand, einen sehr bedeutsamen Druck auszuüben, daß den Arbeitern jener Betriebe nicht zugunsten des Kapitalprofits ein allzu großer Teil ihres Ertrages vorenthalten wird; dann können sie darauf sehen, daß angemessen, gesundheits- und kulturwürdig gelohnt wird; dann können sie es verhindern, daß Lohnerhöhungen, die sich die Gewerkschaft erkämpft, von dem Unternehmer dadurch ausgeglichen werden, daß er seine Preise entsprechend aufschlägt —; sofern es nicht eben absolut nötig ist, soll der Betrieb nicht an dauernder Unterbilanz zugrunde gehen. Der Vorteil der Käufer braucht darüber noch gar nicht zu kurz zu kommen; denn der Fortfall des Zwischenhandels gibt noch immer die Möglichkeit eines Sonderrabattes; in der Regel wird, wie schon einmal erwähnt, die Beschneidung des Unternehmergewinnes billige Ansprüche der Arbeiter in den Lieferantenbetrieben befriedigen können.

Die Konsumentenorganisation hat alles in allem eine ganz andere Möglichkeit als die Gewerkschaft, preisregulierend zu wirken, die „Abwälzung" höherer sozialer und Lohnaufwendungen zu verhindern. Die Gefahr, den wertvollen, vielleicht einzigen Abnehmer zu verlieren, wird den Unternehmer zwingen, der jeweiligen Konjunktur entsprechend, immer bis an den Rand des Aeußersten zu gehen. Es wird dann ja allerdings kein Vergnügen mehr sein, Unternehmer zu heißen und mit dem, was heute den Reiz des Unternehmerdaseins ausmacht, mit dem Unternehmergewinn, dem „Mehrwert" aus der Arbeit der wirtschaftlich Abhängigen, ins Gedränge zu kommen, den Profit auf ein Minimum zusammenschmelzen zu sehen und auch um dieses Minimum noch stets in Angst und Sorge zu schweben. Sicherlich besteht die Gefahr, daß ein Unternehmer dann seine „Bude zumacht" und das Kapital, das er noch besitzt, andern Unternehmungen zuzuwenden versucht, die — vielleicht, weil sie keine Massenartikel produzieren — nicht derartig zwischen Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften eingekeilt stehen. Aber das Ueberangebot an Kapital wird dann auch hier seine Verzinsung herabdrücken. Und im übrigen kann das den arbeitenden Klassen gleichgültig sein. Gleichgültig wenigstens dann, wenn sie sich beizeiten darauf eingerichtet haben und bereit sind, die aufgegebenen, weil (im Sinne des Kapitalisten) unrentablen Betriebe selbst zu unterhalten. Das allerdings ist die Konsequenz einer solchen Politik: die Bereitschaft der Organisation der Konsumenten, auch nach Bedarf die Produktion der benötigten Waren selbst in die Hand zu nehmen! Eine Bereitschaft, die um so näher liegt, als sie ja die letzte Folgerung gerade auch des Billigkeitsinteresses der Konsumenten wie des Interesses an einem „angemessenen" Lohn der Arbeiter ist, da durch solche Eigenproduktion jeglicher Kapitalzins ausgeschaltet wird. So haben ja auch heute schon die Konsumgenossenschaften trotz ihrer verhältnismäßigen Schwäche einen Teil der Produktion in die Hand genommen, in England noch weit mehr als in Deutschland. Aber auch hier besitzen die lokalen Vereine in Dutzenden von Fällen bereits eigene Brotbäckereien und eigene Schlächtereien; der Zentralverband der Konsumgenossenschaften und die Großeinkaufs-Gesellschaft verfügen über eine Reihe weiterer Fabrikbetriebe zur Herstellung von Seife, Tabak, Zigarren usw.; selbst ein landwirtschaftlicher Betrieb wird in Kürze eingefügt werden.

Mit der genossenschaftlichen Produktion war es und ist es ein heikles Stück, solange die Arbeiter einfach als Arbeiter einen eigenen Betrieb gründen und versuchen, unter Ausschaltung des Unternehmerkapitals nur für sich und ihren Verdienst zu arbeiten: In der Regel fehlt es hier an dem nötigen Kapitalvorrat, um die bestgeeigneten, vorteilhaftesten Maschinen zu beschaffen. Erst recht macht es Schwierigkeiten, sich bei anständigen Arbeitsverhältnissen gegenüber der Konkurrenz den Markt für die hergestellten Waren zu erobern. Kein Wunder, daß deshalb schon so viele Produktivgenossenschaften ins Wasser gefallen sind. Sowie aber die Konsumentenorganisation hinter derartigen Produktionsgenossenschaften steht, ja, sie nur nach ihrem Bedarf dem privaten Kapital abnimmt oder als seine Konkurrenz gründet, ist das anders: Hier ist dann genügend Kapital vorhanden; hier braucht kein Markt mehr mit kostspieliger Reklame und Unterbietung der Konkurrenz gesucht zu werden. Vielmehr arbeitet man für einen bereits vorhandenen und bekannten Bedarf im Auftrage. So bestehen irgendwelche beträchtliche Schwierigkeiten bei geschickter Leitung der genossenschaftlichen Unternehmungen kaum noch.

Ob es — auch bei allerweitester Ausdehnung der Konsumentenorganisation — möglich sein wird, das privatkapitalistische Wirtschaftssystem auf diese Weise ganz zu vernichten, mag dahingestellt bleiben — weil es sich eben doch hier stets um die Bekämpfung des Kapitalzinses mehr oder weniger nur in den Unternehmungen für die Produktion von Massenartikeln handeln wird. Aber sicherlich kann eine starke und zielbewußt arbeitende, klug geleitete, ihren sozialen Aufgaben gewachsene Konsumentenorganisation viel dazu beitragen, gestützt auf die Mithilfe der Gewerkschaften, dieses kapitalistische System zu unterhöhlen und wenigstens hier und da zu verdrängen. Um so sicherer und schneller wird es dann dort, wo es sich noch hält und um so toller wuchert, sich selbst das Grab graben.

Mag dem aber sein wie ihm wolle: die Hauptsache ist, daß eine derartige Entwicklung im allerhöchsten Interesse des arbeitenden Volkes liegt, und daß sie durchaus möglich ist auf dem Wege der Selbsthilfe, wenn nur jeder das Ziel richtig erkennt und seine Betätigung danach einrichtet! Wie sich jeder verpflichtet fühlen muß, sich gewerkschaftlich zu organisieren und diese Organisation durch Zuführung immer neuer Kräfte zu stärken, damit die Bezahlung der Arbeit ständig steigt, so sollte er sich auf der andern Seite ebenso als Konsument organisieren und die Konsumgenossenschaft durch Gewinnung neuer Mitglieder stark machen, damit sie verhindert, daß er auf einem Umwege infolge von Abwälzung verschiedener Art durch das mächtige Kapital und zu dessen Vorteil wieder um das gebracht wird, was er sich kraft seiner gewerkschaftlichen Arbeit errang.

Dr. S. Nestriepke.

Zur Arbeitslosenzählung!

Die Mitglieder, welche vom Verband eine Arbeitslosenzählkarte ausgehändigt bekommen haben, erinnern wir wiederholt daran, daß die notwendigen Notierungen jeden Tag vorzunehmen sind. Von den gewissenhaften Eintragungen in die Karten hängt der Wert der ganzen Zählung ab.

Den organisierten Arbeitern zur Beachtung.

Das Arbeiterinnensekretariat der Generalkommission schreibt uns:

Seit Mitte der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts ist der Gedanke der Zusammengehörigkeit der Arbeiter in Berufsverbänden siegreich vorwärts geschritten. Ueber zweieinhalb Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen sind in den freien Gewerkschaften vereinigt. Trotz der Schwierigkeiten, die ihnen die Unternehmer und deren Helfershelfer, der Staat und seine Organe bereitet haben, können diese von stetem Fortschritt der Bewegung berichten und wohl mit Sicherheit behaupten, daß alle Versuche, die Arbeiterorganisationen zu vernichten, niemals Erfolg haben werden. Die Ueberzeugung, daß sich die Berufskollegen zusammenfinden und einig und geschlossen ihre Interessen dem vereinigten Unternehmertum gegenüber vertreten müssen, hat in den Reihen der intelligenten Arbeiter zu tief Wurzel gefaßt, um jemals wieder ausgerottet werden zu können. Selbst mit Gewalt wird dies nicht möglich sein.

Um so bedauerlicher ist es, daß die Arbeiterinnen erst in so verhältnismäßig kleiner Zahl den Weg zur Organisation gefunden haben und trotz energischen Bestrebungen der Organisationen sich so schwer von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses mit ihren Berufskollegen und Kolleginnen überzeugen lassen. Ganz besonders ist dies zu sagen von den Heimarbeiterinnen. Wer zählt die Hunderttausende, die im Hause bei so niedrigen Akkordpreisen mit Erwerbsarbeit beschäftigt sind, daß die Arbeitszeit weit über das für Arbeiterinnen gewerblicher Betriebe gesetzlich festgelegte Maximum von zehn Stunden täglich ausgedehnt werden muß, sollen nur einigermaßen annehmbare Verdienste erzielt werden. Auch die amtliche Statistik kann die als Heimarbeiterinnen tätigen weiblichen Familienangehörigen nicht in vollem Umfange erfassen, da teilweise die Arbeit aus verschiedenen Gründen verschwiegen wird, dann aber auch, weil sich die Heimarbeiterinnen selbst nicht darüber klar werden können, ob sie hauptberuflich erwerbstätige Heimarbeiterinnen sind, oder ob sie diese Arbeit als mithelfende Familienangehörige oder als Nebenerwerb ausüben. Dadurch geben die amtlichen Zahlen über die als Heimarbeiterinnen in den einzelnen Berufen tätigen Personen keinen genauen Nachweis über die tatsächlich vorhandenen Erwerbsarbeiterinnen.

Jeder Kenner der Arbeiterverhältnisse weiß aber, daß in jedem Hause der großstädtischen Arbeiterviertel eine Anzahl Heimarbeiterinnen tätig sind. Sie sind unter anderm beschäftigt bei der Herstellung künstlicher Blumen, in der Putzfederbranche, der Lederindustrie, in der Textilbranche, der Tabakfabrikation, im Bekleidungsgewerbe und vor allen Dingen in der Kleider- und Wäschekonfektion. In all diesen Berufen sind aber auffallenderweise die allgemeinen Arbeitsbedingungen keine günstigen. Es ist dies auch kein Wunder. Daß die Unternehmer nicht aus freien Stücken die Arbeitsbedingungen den Verhältnissen entsprechend gestalten und verbessern, braucht an dieser Stelle des näheren wohl nicht erörtert zu werden. Ueberall ist und war es die organisierte Arbeiterschaft, die Forderungen auf bessere Löhne oder sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen stellen und zur Durchführung bringen mußte. Heimarbeiterinnen aber sind fast ausschließlich noch immer unorganisiert. Wo diese nun einen erheblichen Teil der Berufsarbeiter darstellen, liegt natürlich für die Unternehmer kein Grund vor, allzu schnell den Forderungen der organisierten Berufsarbeiter zu entsprechen. Sie stützen sich auf die große Zahl Heimarbeiterinnen, die eventuell zur Verfügung stehen, als einzelne arbeitend, ohne Zusammenhalt mit den übrigen Berufsarbeitern und ohne informiert zu sein über die Vorgänge im Beruf.

Die Heimarbeiterinnen also sind es, die zum großen Teil verhindern, daß in den Berufen mit erheblicher Heimarbeit die Berufsangehörigen nicht vorwärts kommen. Hieran sollten die organisierten Arbeiter denken, in deren Familien Heimarbeit verrichtet wird. Wiederholt schon haben Gewerkschaftskongresse und Versammlungen den organisierten Arbeitern empfohlen, auf ihre in der Heimarbeit beschäftigten Frauen und Töchter einzuwirken und sie von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation zu überzeugen. Bis jetzt aber ohne nennenswerten Erfolg. Gewiß gelingt es beim besten Willen auch innerhalb der Familie nicht ohne weiteres, Mitglieder für die Organisation zu gewinnen. Und auf Zwangsmitglieder verzichten auch die Organisationen gern, die Heimarbeiterinnen aufnehmen. Systematische Aufklärungsarbeit aber würde doch von wesentlichem Einfluß sein und ihre Wirkung nicht verfehlen.

In dieser Weise vorzugehen unterlassen aber häufig auch die Männer, die von dem Wert der Organisation für sich und ihre Kollegen voll und ganz überzeugt sind. „Es hat bei den Frauen doch keinen Zweck, die verstehen es doch nicht", hört man oft die Männer sagen, und deshalb wird jeder ernstere Versuch unterlassen. Die organisierten Arbeiter vergessen aber ganz, wie langsam der Gedanke des Zusammengehörens auch bei ihnen Platz gegriffen hat und daß den Frauen viel weniger Gelegenheit gegeben ist, die Zusammenhänge des Wirtschaftslebens begreifen zu lernen und sich über die Vorkommnisse des täglichen Lebens zu unterrichten. Im Hause abgeschlossen lebend, von tausend kleinen Sorgen in Anspruch genommen, die aber doch imstande sind, den ganzen Menschen niederzudrücken, haben sich die Frauen ein gewisses kleinliches Wesen angeeignet. Ihr Verkehr sind in der Hauptsache die Kinder oder andere Frauen der Arbeiterklasse. So finden sie selten Gelegenheit, mit Menschen zusammenzukommen, von denen sie

anderes hören, als das, was sie selbst beschäftigt. Den Heimarbeiterinnen ist es auch versagt, im Arbeitsprozeß schon kennen zu lernen, was vereinte Kraft imstande ist zu bewirken. Ganz naturgemäß löst ein Handinhandarbeiten, ein Angewiesensein auf die Mithilfe der übrigen Beschäftigten bei der Arbeit den Gedanken aus, daß vereinte Kräfte Schwierigkeiten überwinden können. Dies Zusammenarbeiten der Werkstattarbeiter hat wesentlich das siegreiche Vordringen des Organisationsgedankens in der Arbeiterklasse gefördert, wenn es auch dem einzelnen weniger zum Bewußtsein kommt.

Eins aber müßten die organisierten Arbeiter auch gelernt haben: Die Verhältnisse eines Berufes wirken auf die anderer Berufe zurück. Bei der starken Anteilnahme der weiblichen Erwerbstätigkeit bildet ferner auch die unorganisierte Frauenerwerbsarbeit eine direkte Gefahr für die Arbeitsbedingungen aller Berufe.

Der Einfluß der Mutter auf die junge Arbeiterin ist in der Regel sehr stark. Ist jene aber von der Notwendigkeit der Organisierung aller Erwerbenden überzeugt, wird sie selbstverständlich ihre Tochter nicht hindern, sich der Gewerkschaft ihres Berufes anzuschließen, was heute noch sehr oft vorkommt. Auch nach dieser Richtung hin wird also Aufklärungsarbeit unter den Frauen gute Früchte tragen. Würde der Mann gelegentlich seinen weiblichen Familienangehörigen von den Erfolgen der Organisation erzählen, würde er ebenso Uebergriffe des Unternehmertums zur Kenntnis bringen und anknüpfend an Vorgänge, die imstande sind, das weibliche Empfinden geradezu aufzupeitschen, die Ursachen erläutern und Schlußfolgerungen ziehen, dann dürfte es doch wohl nicht unmöglich, ja nicht einmal schwer sein, die Frau von der Notwendigkeit der Organisation zu überzeugen.

Natürlich darf auch nicht versäumt werden, die Frau über die Zusammenhänge des Wirtschaftslebens zu unterrichten. Dies geschieht aber nicht, wenn ihr aus der Zeitung nur die Geschichte und der lokale Teil überlassen wird. Hat die Frau kein Interesse oder keine Zeit, selber die Zeitung zu lesen, so muß der Mann versuchen, ihr über das, was er gelesen hat, kurz zu berichten. Hin und wieder wird sich bei gutem Willen hierzu schon Zeit finden. Der gute Wille aber muß eben vorhanden sein und die Einsicht, daß es nicht genügt, wenn der Mann organisiert ist und „das viele Geld bezahlt". Es besteht doch in den Reihen der organisierten Arbeiter wohl kaum noch darüber Zweifel, daß dies Geld gut angelegt ist. Es gewährt die Sicherheit, gegen Uebergriffe des Unternehmertums geschützt zu sein und Rückhalt zu haben, wenn Erwerbsunfähigkeit oder andere Ursachen die Verdienstmöglichkeit beschränken.

Deshalb gehören die Berufsarbeiter — die männlichen wie die weiblichen — eben in die Organisation, die für ihr Gewerbe zuständig ist, ohne Rücksicht auf die Art ihrer Tätigkeit. Dies sollten endlich auch die organisierten Arbeiter einsehen und mit aller Kraft dahin arbeiten, daß die Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse zur Durchführung kommen und die erwerbstätigen weiblichen Familienangehörigen, die als Heimarbeiterinnen unter traurigen Bedingungen zur Erhaltung der Familie beitragen müssen, den zuständigen Organisationen zugeführt werden.

Arbeitszeit und Lohn im Stukkateurberuf.

In dem Artikel über die Lohnbewegungen der Stukkateure im Jahre 1911 sagten wir zum Schluß, daß von den 10 402 Mitgliedern, die der Verband im Jahresdurchschnitt zählte, 9954 zu tariflich geregelten Verhältnissen gearbeitet hätten. Es ist also nur ein kleiner Teil der Mitglieder, für die kein Vertrag bestand, 448 Kollegen oder 4,3 pZt., während für alle übrigen organisierten Kollegen Tarifverträge bestehen. Natürlich profitieren auch die Nichtorganisierten von den Verträgen, und es ist noch immer eine ganz ansehnliche Zahl, die sich trotz der überzeugendsten Beweise, daß nur durch eine gute und geschlossene Organisation Vorteile für den einzelnen herauszuholen sind, von einer Mitgliedschaft drücken. Gewiß kommen auch noch etwa 800 anderweitig Organisierte in Betracht; aber es sind leider immer noch zu viele, die da ernten, wo sie nicht gesäet, und einheimsen, wo sie nicht ausgestreut haben. In den 140 Filialen, die für uns in Betracht kommen, waren rund 13 658 Kollegen beschäftigt, von denen, wie oben schon bemerkt, 10 402 Verbandsmitglieder waren. Das sind 76,2 pZt., und dazu kommen noch etwa 4,4 pZt. anderweitig Organisierte.

Die Tarife setzen nur samt und sonders die längste regelmäßige tägliche Arbeitszeit fest; Ueberstundenarbeit sowie Nacht- und Sonntagsarbeiten sind zwar zulässig, sollen jedoch nach ausdrücklichen Erklärungen in den meisten Verträgen auf die dringendsten Fälle beschränkt und nur dann gemacht werden, wenn bei der betreffenden Arbeit keine weiteren Leute angestellt werden können. Die Dauer der Arbeitszeit schwankt zwischen acht und elf Stunden, jedoch ist die Zahl der Kollegen, die mehr als zehn Stunden arbeiten, so gering, daß sie kaum in Betracht kommt. Nach unsern Feststellungen arbeiteten in

3 Orten	311 Kollegen	=	3 pZt.	.....	8 Stunden
1 Orte	221 „	=	2,1 „	.....	8½ „
13 Orten	2382 „	=	23 „	.....	8¾ „
30 „	1967 „	=	19 „	.....	9 „
31 „	1740 „	=	16,7 „	.....	9¼ „
2 „	92 „	=	0,8 „	.....	9½ „
66 „	3536 „	=	34 „	.....	10 „
7 „	153 „	=	1,4 „	... über	10 „

Demnach arbeiteten im Jahre 1911 28,1 pZt. aller Mitglieder weniger als neun Stunden. 36,5 pZt. der Gesamtheit arbeiteten 9 bis 9¾ Stunden, 34 pZt. zehn Stunden und nur 1,4 pZt. mehr als zehn Stunden. Die im Jahre 1910 abgeschlossenen Tarifverträge bringen aber für 1912 wiederum eine sehr erhebliche Verschiebung, da aus der Gruppe derer, die zehn Stunden arbeiteten, 1124 Personen ausscheiden und zu der Gruppe mit neuneinhalbstündiger Arbeitszeit übergehen. Es sind dies 150 Kollegen aus Crefeld, 183 aus Karlsruhe, 141 aus Straßburg und etwa 650 aus Stuttgart. Der Prozentsatz derer, die 9½ Stunden arbeiten, steigt dadurch auf 27,5, während die Gruppe mit dem Zehnstundentag nur noch 23,4 pZt. ausmacht. Es ist ein fortwährendes Vorrücken zur kürzeren Arbeitszeit von Jahr zu Jahr zu konstatieren. Dies läßt sich sehr klar erkennen bei einem Vergleich der Arbeitszeit in mehreren Zeitperioden und im Verhältnis zu den jeweiligen Mitgliederzahlen. Die Gipser und Stukkateure, die zur Ausübung ihres Berufes meist auf die Städte angewiesen sind, hatten sich in den Großstädten (Berlin, Hamburg, Leipzig, Cöln), wo sie am zahlreichsten beisammen waren, zuerst ihre Organisation errichtet, und von hier aus dehnte sich die Organisation nach und nach immer weiter aus, bis zuletzt nur noch die kleineren Orte übrig blieben, wo noch keine Filiale bestand. Als feststehend darf angesehen werden, daß in allen Orten, ehe die Kollegen den Weg zur Organisation fanden, eine Arbeitszeit von mindestens zehn und mehr Stunden zu verzeichnen war. Der Zehnstundentag war im Baugewerbe die übliche Arbeitszeit; er wurde aber gerade von den Angehörigen der Spezialberufe sehr oft überschritten, und von 20 Jahren war es selbst in recht großen Städten keine Seltenheit, daß die Stukkateure in ihrer großen Mehrzahl elf Stunden und länger arbeiteten. Wie die Entwicklung zum Bessern vor sich ging, erhellt am besten aus der Tabelle, die wir hier folgen lassen.

Jahr	Zahl der Filialen	Zahl der Mitglieder	Von den Mitgliedern arbeiteten 8 Stunden Zahl	%	8½ Stunden Zahl	%	8½ Stunden Zahl	%	9 Stunden Zahl	%	9½ Stunden Zahl	%	9¾ Std. Zahl	%	10 Stunden Zahl	%	über 10 Std. Zahl	%
1890	19	1273	—	—	—	—	—	—	123	9,7	338	36,5	—	—	554	43,5	258	20,3
1895	17	673	—	—	—	—	—	—	188	27,9	122	18,1	—	—	149	22,1	214	31,9
1900	51	2976	—	—	—	—	966	32,5	508	17,0	394	13,3	—	—	770	25,9	338	11,3
1905	92	7576	—	—	—	—	2059	27,2	1759	23,2	603	8,0	—	—	2263	29,9	892	11,7
1910	136	8745	141	1,6	262	3,0	2180	25,0	1758	20,0	1507	17,2	40	0,5	2695	30,9	162	1,8
1911	149	10402	311	3,0	221	2,1	2382	23,0	1967	19,0	1740	16,7	92	0,8	3536	34,0	154	1,4

Wir geben hier die Mitgliederzahlen der Organisation von fünf zu fünf Jahren wieder, beginnend mit 1890. Zwar ist der Zentralverband der Stukkateure erst 1892 gegründet worden, aber es bestand vorher die sogenannte Vertrauensmännerzentralisation. Der Rückgang der Mitgliederzahl von 1890 auf 1895 ist darauf zurückzuführen, daß 1892 eine Trennung erfolgte; ein Teil der Mitglieder blieb der Vertrauensmännerorganisation treu, während sich der andere Teil dem Zentralverband zuwandte. Sehen wir uns die Tabelle in bezug auf die Stundenzahl etwas näher an, so finden wir, daß noch 1895 nicht weniger als 51 pZt. aller Organisierten zehn Stunden und darüber hinaus arbeiteten. 1900 war die Zahl derer, die zehn Stunden und mehr arbeiteten, auf 37,2 pZt. gesunken, um 1905 auf 41,6 pZt. hinaufzugehen. Die Jahre von 1901 bis 1905 brachten uns aber hauptsächlich den Mitgliederzuwachs im Süden, wo noch eine lange Arbeitszeit herrschte. 1910 war die Mitgliederzahl zwar um 1200 höher als 1905, aber in den fünf Jahren war die Arbeitszeit auf der ganzen Linie erheblich verkürzt worden, so daß nur noch 32,7 pZt. zehn Stunden und mehr arbeiteten. Im Jahre 1911 schnellte die Mitgliederzahl wiederum erheblich empor, und, wie aus der Prozentberechnung ersichtlich, bewirkte dies wieder ein Steigen der Ziffern mit zehn Stunden und mehr. Während aber 1890 noch 20,3 pZt. aller Organisierten über zehn Stunden arbeiteten, ist die Zahl im Jahre 1911 auf 1,4 heruntergegangen. Die Zahl derer, die acht Stunden arbeiten, wird aber, wie schon jetzt feststeht, in der nächsten Zeit auf mindestens 10 pZt. aller Organisierten ansteigen, da auch in Berlin und andern Orten der achtstündige Arbeitstag erreicht worden ist.

Hier hat also die Organisation ganz gewaltig gewirkt, und die Zeit dürfte nicht mehr fern sein, wo die neunstündige Arbeitszeit auf der ganzen Linie an Stelle des Zehnstundentages rücken wird.

Wie bei der Arbeitszeit, so ist es auch bei den Löhnen: für die Mehrzahl unserer Kollegen sind sie tariflich geregelt, aber es sind Unterschiede gemacht, die im Berufe selbst ihre Ursache haben. Der Werkstattarbeiter hat immer einen um mindestens 10 ₰ niedrigeren Stundenlohn erhalten als der Bauarbeiter, und selbst bei den Werkstattarbeitern gibt es noch Unterschiede. In mancher Stadt hat je nach der Arbeitsteilung in den einzelnen Werkstätten der Gießer 5 bis 10 ₰ weniger als der Former. Aber auch bei den Bauarbeitern finden wir in derselben Stadt noch Unterschiede. Der Kollege, der nur „Ansetzen" kann oder nur „Putzer" ist, erhält einen niedrigeren Lohn als der „Zugarbeiter". Letztere bilden die große Mehrzahl der Stukkateure, und da man bei einer Uebersicht nicht mit den verschiedenen Kategorien rechnen kann, zumal hier je nach den Landesteilen sehr starke Verschiedenheiten herrschen, so haben wir bei der folgenden Zusammenstellung nur mit den Löhnen für Zugarbeiter (Gipser bezw. Stukkateure) gerechnet. Dies ist um so weniger zu beanstanden, als die Zahl der Werkstattarbeiter wie der Putzer verhältnismäßig klein ist, auch in den meisten Fällen der Werkstattarbeiter den Mindestlohn des Bauarbeiters bekommen dürfte. Diese Mindestlohnsätze des Bauarbeiters legen wir hier zugrunde. Demnach erhalten in

5 Orten	321 Kollegen	= 3,2 pZt.	einen Mindestlohn	bis	zu	50 ₰
9 „	502 „	= 5 „	„ „	„	„	55 „
24 „	893 „	= 9 „	„ „	„	„	60 „
21 „	2380 „	= 23,8 „	„ „	„	„	65 „
19 „	866 „	= 8,7 „	„ „	„	„	70 „
24 „	2106 „	= 21,1 „	„ „	„	„	75 „
9 „	849 „	= 8,6 „	„ „	„	„	80 „
4 „	263 „	= 2,7 „	„ „	„	„	85 „
3 „	983 „	= 9,9 „	„ „	„	„	90 „
1 Orte	791 „	= 8 „	„ „	„	„	95 „

Es arbeiten mithin zu Löhnen bis zu 65 ₰ in 59 Orten 4096 Kollegen, das sind 41 pZt., während in 60 Orten 5858 Kollegen oder 59 pZt. zu Löhnen von 70 ₰ und darüber arbeiten. — In den Filialen beziehungsweise Zahlstellen, wo kein Tarifvertrag existierte, arbeiteten in

4 Orten	40 Kollegen	zu Löhnen	bis	45 ₰	pro	Stunde
7 „	119 „	„ „	„	50 „	„	„
5 „	61 „	„ „	„	55 „	„	„
5 „	192 „	„ „	„	60 „	„	„
2 „	57 „	„ „	„	65 „	„	„
2 „	24 „	„ „	„	70 „	„	„
1 Orte	2 „	„ „	„	75 „	„	„

Insgesamt wird also nur in 5 Orten mit 83 Kollegen ohne Tarifvertrag mehr als 60 ₰ Lohn gezahlt, und auch dieses wird nur erklärlich dadurch, daß verschiedene Orte durch die Löhne der ihnen zunächst gelegenen Großstädte beeinflußt werden. Durch Abschluß von Tarifverträgen wird es möglich sein, der Mehrzahl der Kollegen, die heute noch einen solch niedrigen Stundenlohn haben, eine Verbesserung ihrer Lage zu bringen.

Notwendig dürfte es sein, noch besonders darauf hinzuweisen, daß die tariflich festgelegten Lohnsätze überall Mindestlöhne sind, über die meistenteils hinaus gezahlt wird. Gewiß trachten auch heute noch in einer Anzahl Orte, besonders in Süddeutschland, die Unternehmer mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln danach, den Tariflohn als Höchstlohn zur Geltung zu bringen; aber die Entwicklung macht die Ansichten der Unternehmer in stets stärkerem Maße zuschanden.

Neben der Lohnarbeit herrscht noch in einer ganzen Anzahl Städte das Akkordsystem. Wo das der Fall ist, wurde, soweit es möglich war, immer danach gestrebt, auch die Akkordpreise für die einzelnen Arbeiten tariflich festzulegen. Während man sich nun in manchen Orten damit begnügte, nur für die Arbeiten Preise festzusetzen, die am meisten vorkommen, und die Bemessung der Entlöhnung für kompliziertere Arbeiten der freien Vereinbarung überläßt, ist in andern Orten ein bis ins kleinste Detail ausgearbeiteter Akkordtarif vorhanden. So weist zum Beispiel der Tarifvertrag von Düsseldorf nicht weniger als 109 Einzelpositionen für Akkordpreise auf. Aufgabe der Organisation ist es, darüber zu wachen, daß die Löhne und Preise, die im Tarifvertrage festgelegt sind, nicht unterboten werden und die Arbeitszeit nicht durch Ueberstunden verlängert wird, dann ist der Boden geschaffen, auf dem weitergearbeitet werden kann. Diese Aufgabe kann aber nur dann erfüllt werden, wenn jeder einzelne mit darüber wacht, daß von dem, was errungen wurde, nichts verloren geht.

Politische Umschau.

„Alles fließt." — Sonderbare Blüten am reaktionären Baum. — Wüste Hetze gegen die Arbeiterschaft und deren Organisationen. — Ein neuer Vorschlag zur Durchführung einer Reform des preußischen Dreiklassenwahlrechts.

Es ist sicherlich eine der unerschütterlichsten und unveränderlichsten Wahrheiten, die sich in dem Worte des alten griechischen Philosophen Heraklit von Ephesus begreift, daß „alles fließt". Wohl in keiner Zeit hat dieses Wort, übrigens das einzige wohl, das er, den man den „Dunklen" genannt hat, der Nachwelt hinterlassen hat, mehr seine Bestätigung gefunden als in unserm Zeitalter mit seinen gewaltigen Umformungen auf politischem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiete. Alte und erstarrte Lebens- und Daseinsformen werden gesprengt und durch neue, lebenskräftigere ersetzt. Es gibt kaum ein Wort, das in seiner Bedeutung dem konservativen Geiste, dem Geiste des Rückschritts, so feind ist als das philosophische Erbe des Weisen von Ephesus, der heute wieder mit Hohn und Ironie, vielleicht auch mit einigem Mitleid ob ihres vergeblichen Bemühens den Beherrschern Ostelbiens zurufe sein: „Alles fließt!" Immer wieder von neuem kommt der ohnmächtige Zorn der Reaktionsgewalten zur explosivartigen Entladung darüber, daß die Idee der Entwicklung siegreich das konservative Prinzip überwindet und täglich weitere Bevölkerungsschichten in ihren Bann zwingt. Eine Quelle dauernder Beunruhigung und ewigen Schreckens ist ihnen besonders die machtvolle politische Position, die sich die Sozialdemokratie im letzten Wahlkampfe errungen hat, und in nervenzerrüttender Hirnarbeit sind die „Edelsten und Besten der Nation" bemüht, Mittel und Wege zu

finden, der millionenköpfigen Hydra des „Umsturzes" den Garaus zu machen. Wenn es den Sozialistentötern der verschiedensten Schattierungen dabei an neuen Ideen gebricht, wer will mit ihnen, den Vertretern der politischen Dekadenz, rechten? Dazu kommt noch, daß die Brutalität ihrer scharfmacherischen Ergüsse durch die unverkennbare Hilflosigkeit einen, wenn nicht gar verhöhnenden, so doch mindestens komischen Ausdruck annimmt.

Eines stark komischen Einschlages entbehrt auch nicht der „neue Plan" des Professors Kurt Breysig, den er in seinen Sozialistenängsten der staunenden Mitwelt kund und zu wissen gibt. Jahrelang hat dieser Herr Professor in heißem Bemühen die „gute" Presse mit Artikeln versorgt, in denen er den Kanzler des Reiches als allein rettendes Genie pries. Jetzt nun tritt er aus dieser Enge seiner bisherigen schriftstellerischen Betätigung heraus und verkündet mit der Wonne eines Entdeckers: „Ein Rat der Besten unseres Volkes müßte neben den bestehenden Reichstag treten, ihn, das Erzeugnis seiner maschinellen Mehrheitswahlen, die auf dem unmöglichen Gedanken der Gleichheit aller beruhen, ergänzen, seine Lücken, Mängel und Schäden ausgleichen und uns zugleich den Ruhm und Glanz eines wahren Oberhauses der Ersten und Erlesenen, der Führer in Tat und Geist, verschaffen, das schon durch seine Zusammensetzung alle Parlamente der Welt in Schatten stellen würde." In seiner Vielgeschäftigkeit, dem Philosophen von Hohenfinow Lorbeerkränze zu winden, ist dem Herrn Professor leider völlig entgangen, daß diese von ihm „entdeckte" Idee der Konstituierung eines „Rates der Besten" doch schon recht alt und abgeschmackt ist und ihre Geburtswehen schon längst überstanden hat. Sehr problematisch und schleierhaft klingt dazu noch bei ihm der neue Ausdruck, oder sollte ihm vielleicht bei dessen Prägung die selige Erinnerung an seine Sextanerzeit Gebatter gestanden haben, in der ihm von dem Areopag, dem „Rat der Alten", als der höchsten Volksvertretung im alten Athen, erzählt wurde. Mag sich der Herr Professor weiterhin in jene Zeiten des Heldenaltertums versenken und uns mit ähnlichen „Entdeckungen" verschonen. Wir haben genug an dem abschreckenden Beispiel des preußischen „Oberhauses" und bedürfen nicht auch noch im Reiche eines solchen Zerrbildes eines Parlaments, das nur einen hemmenden und völlig überflüssigen Faktor in der Gesetzgebung bilden würde.

Der Breysigsche Redeschwulst ist denn auch der robusteren „Post" auf die Nerven gefallen, die die professorale Weisheit als „Redensarten, nichts als Redensarten" abtut. Im übrigen benutzt das Organ der Panzerplattenfabrikanten sofort wieder die Gelegenheit, ihre aus brutalem Scharfmacherinstinkt geborenen Pläne zur Vernichtung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterschaft der Regierung als einziges Heilmittel in Erinnerung zu bringen. Die Scharfmacherparale: „Heraus mit dem Arbeitswilligenschutzgesetz!" stellt sie dem utopischen „Rat der Besten" gegenüber und sie weiß, daß sie mit diesem Kampfruf ein lebhafteres Echo in der gesamten ihr geistesverwandten Presse erzeugt. Mit auffallender Geschäftigkeit sind die Söldlinge des Scharfmachertums bemüht, die Regierung und die bürgerlichen Parteien von der Notwendigkeit neuer Knebelungsgesetze gegen die streikenden Arbeiter und gegen die freien Gewerkschaften zu überzeugen, und schwer nur können sie es verwinden, daß der Reichstag bekanntlich einen dahinzielenden Antrag der Konservativen mit großer Mehrheit ablehnte. Wenn trotz dieser wuchtigen Demonstration gegen die reaktionären Anschläge neuerdings ein Industrieller in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" behaupten kann, daß die Erkenntnis von der Notwendigkeit eines verstärkten Arbeitswilligenschutzes auf dem Marsche ist und Fortschritte macht, so läßt sich bei der engen Verbindung und Interessengemeinschaft der Großkapitalisten mit dem Ministerium des Innern ernstlich befürchten, daß die Regierung schließlich doch dem steten Drängen nachgibt, zumal sich der Reichskanzler schon wiederholt für „verstärkten Arbeitswilligenschutz" ausgesprochen hat. Die zähe, durch keinen Mißerfolg entmutigte Agitation der Scharfmacher macht es jedem klassenbewußten Arbeiter zur unabweisbaren Pflicht, stets gegen die offenen und hinterhältigen Anschläge ihrer Todfeinde gewappnet zu sein und durch steten Ausbau der Organisation dafür zu sorgen, daß den Reaktionsgewalten jetzt und künftighin ein Strich durch ihre Rechnung gemacht werde.

Gefahr ist im Verzug. Das beweisen die jüngst veröffentlichten Jahresberichte verschiedener Handelskammern, die den Ausbau der „nationalen" Arbeiterbewegung, deren Mitglieder als Streikbrecher zu wohlfeilen Werkzeugen im Kampfe gegen die freien gewerkschaftlichen Organisationen gebraucht werden sollen, jetzt gerade wieder eifrigst propagieren; das beweist ferner hin die Fürsorge der Großindustriellen für die christlichen Gewerkschaften, deren verräterische Haltung ihnen nur gar zu oft schon willkommenen Anlaß gegeben hat, sie zu Eideshelfern für ihre scharfmacherischen Pläne zu machen. „Die christlichen Gewerkschaften, die nationalen und evangelischen Arbeitervereine", so lautet eine Zuschrift eines Industriellen an die „Rheinisch-Westfälische Zeitung", „stehen samt und sonders auf dem Boden der Forderung, daß ein verstärkter Schutz der Arbeitswilligen unerläßlich ist." Doch auch die heute noch in der nationalen und christlichen Gewerkschaften organisierten Arbeitsbrüder werden, dessen sind wir gewiß, die Sklavenketten des Unternehmertums zerbrechen, wenn sie, aus den Banden der Unwissenheit und des Vorurteils befreit, ihre wahren Klasseninteressen erkannt haben; auch sie werden dann das Schmachbelle solcher scharfmacherischen Unterschiebungen mit Abscheu zurückweisen. Zumal auch ihnen, den jetzt so gehegten und gepflegten „nützlichen" Elementen, die Gnadensonne der herrschenden Faktoren nur so lange scheinen wird, als sie sich dem Großkapitalismus bedingungslos als rechtlose Ausbeutungsobjekte unterwerfen und ihm die unumschränkte Herrschaft im Wirtschaftsleben einräumen. Sobald sich aber die noch abseits stehenden Arbeitsbrüder zu der Erkenntnis durchgerungen haben, daß auch ihnen das wohlbegründete Recht einer Mitbestimmung über die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen eingeräumt werden muß, dann würden sie mit derselben Zuchtrute des Arbeitswilligenschutzgesetzes gestraft werden, die sie sich einst selbst gebunden haben.

Der Umwandlungsprozeß in unserm Wirtschafts- wie auch in unserm Verfassungsleben ist unaufhaltsam; wenn auch die reaktionären Widerstände noch so groß zu sein scheinen. Und dem Auge des aufmerksamen Beobachters wird es nicht entgehen, daß die innere Zuversicht der Konservativen und Reaktionäre aller Schattierungen zu ihrer eigenen Sache zusehends geringer wird. Sie können sich und das deutsche Volk nicht mehr darüber hinwegtäuschen, daß alles in Fluß ist und die Entwicklung der Dinge durch keine Gewaltmaßregeln aufgehalten werden kann. Mit verzweifelter Kraft stemmen sich die Konservativen und ihre schwarzen Verbündeten gegen alles, was den festen Schutzwall ihrer Interessenpolitik, wie es im preußischen Abgeordnetenhause mit seinem niederträchtigen Dreiklassenwahlrecht verkörpert ist, erstürmen könnte. Bekanntlich ist erst vor kurzem wieder der bescheidene Versuch der Fortschrittlichen Volkspartei, die Regierung wenigstens zur Einführung der direkten und geheimen Wahl zu zwingen, durch die verräterische und heuchlerische Taktik des Zentrums bereitet worden, und so ist kaum zu hoffen, daß aus den nächsten Wahlen, die im kommenden Jahre sicher noch unter dem alten Wahlsystem vollzogen werden, eine Mehrheit zustande kommt, die dem Drängen des Volkes nach einem freieren Wahlrecht nachgibt.

Diese Erwägungen offenbar haben den Genossen Kurt Eisner dazu geleitet, eine Aenderung der Wahltaktik für die nächsten Landtagswahlen zu propagieren. Sein Vorschlag läuft daraus hinaus, in den Wahlkreisen, in denen für die Sozialdemokratie die Möglichkeit eines Wahlerfolges von vornherein ausgeschlossen ist, schon bei den Urwahlen ohne irgendeine Verpflichtung jeden Wahlmann zu unterstützen, der nicht der blauen oder schwarzen Reaktion angehört. „Im Parlament", fährt er dann fort, „haben sie dann ihren Liberalismus zu beweisen. Das nächste Mal können wir ja auch wieder anders handeln, und der liberale Sommernachtstraum ist wieder zu Ende. Wir wollen zunächst nur einmal das Gesicht des preußischen Landtages verändern, es mag auch dann noch eine Fratze sein, aber es ist doch wenigstens eine andere Fratze. Und dann werden es die Junker sein, denen das geliebte Dreiklassenwahlrecht gründlich verekelt ist. Das wäre das Ende des Systems." Daß mit einer liberalen Mehrheit im Abgeordnetenhause sofort das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für Preußen erobert werden könnte, liegt zu allerdings kaum im Bereiche der Möglichkeiten. Immerhin aber müßte der Liberalismus, will er sich nicht sein eigenes Grab graben, ernstlich an eine Reform des Dreiklassenwahlrechts herangehen. Und von diesem Gesichtspunkte aus verdient der Vorschlag Eisners die größte Beachtung, und muß alle Bedenken zerstören, die gegen ihn erhoben werden könnten. Unter solchen Auspizien denken denn auch schon die Konservativen wie auch deren schwarze Verbündete mit Furcht und Schrecken an die kommenden Wahlen, die ihrer Dreiklassenherrlichkeit gar leicht ein jähes Ende bereiten könnten.

Bauarbeiterbewegung.

Deutscher Bauarbeiterverband.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Vom 25. Juni bis 1. Juli haben folgende Zweigvereine Geld an die Hauptkasse gesandt:

Augsburg M. 3000, **Achim** 300, **Anklam** 200, **Brandenburg** a. d. H. 900, **Bonn** 400, **Bunzlau** 500, **Caputh** 500, **Coblenz** 500, **Dessau** 401,75, **Duisburg** 3000, **Eisenach** 400, **Eisleben** 240, **Eberswalde** 400, **Erfurt** 575, **Graudenz** 850, **Gr.-Beeren** 91,15, **Großenhain** 900, **Gladbeck** 700, **Harburg** 800, **Hamm** 500, **Hohenwestedt** 25, **Hann.-Münden** 350, **Hildesheim** 700, **Hamburg** 8000, **Jena** 750, **Kirchwärder** 100, **Lübz i. Meckl.** 400, **Lüneburg** 277, **Landeshut i. Schl.** 160, **Lehesten** 150, **Liegnitz** 1300, **Lycka** (durch Koch) 57,38, **München** 10 000, **Oldenburg i. Gr.** 1200, **Pirna** 1400, **Podejuch** 200, **Rheine** 200, **Reichenbach i. V.** 1300, **Recklinghausen** 500, **Reinfeld** 228,47, **Ronneburg** 150, **Schönebeck** 500, **Stuttgart** 3000, **Schmölln** 350, **Strehlen** 300, **Thorn** 200, **Ulm** 10,50, **Weferlingen** 100, **Zwickau** 3000.

Ansichtskarten vom Verbandshaus.

Bornhöved M. 1,80, **Eisenberg** 2,40, **Glauchau** 9, **Gollnow** 1,20, **Lüdenscheid** —,60, **Luckenwalde** 3, **Memel** 1,50, **Nowawes** —,60, **Salzwedel** 3, **Wittingen** 3, **Zerbst** 1,50.

Photographische Aufnahmen vom Verbandshaus.

Mainz M. 2,50; **Pforzheim** 2,50.

Futterale.

Dessau M. 5, **Hildesheim** 5, **Recklinghausen** 20, **Sarstedt** 2,50, **Schopfloch** 5, **Ulm** 20.

Reichsversicherungsordnung.

Hildesheim M. 4.

Protokolle.

Anklam M. 1, **Gommern** 6,50, **Sachsa** 9,30, **Sarstedt** 15.

Kalender.

Sarstedt M. 20.

Der große Kampf.

Ulm M. 3.

Anzeigen im „Grundstein" vom 1. April bis zum 30. Juni.

Altrahlstedt M. 6,30, **Bernsee** 3,60, **Bautzen** 1,80, **Braunschweig** 1,80, **Bremen** 2,40, **Bublitz** —,45, **Bochum** 1,35, **Elbing** —,90, **Eilenburg** —,75, **Einbeck** —,45, **Frankenberg i. S.** —,90, **Finsterwalde** —,45, **Gnoien** —,45, **Gambach** —,45, **Gelsenkirchen** 4,80, **Helbra** 1,50, **Hirschberg i. Schl.** 4,35, **Harburg** —,90, **Hamburg** (Pretzel) 1,50, **Hamburg** (Grabe) 4,80, **Holzkirchen** —,45, **Insbruck** 1,50, **Köslin** —,45, **Kiel** 1,50, **Lehnin** 2,10, **Löbau** —,60, **Ludtost** 1,20, **Marne** 2,10, **Oranienbaum** 1,50, **Preetz** 1,20, **Quedlinburg** —,90, **Rendsburg** —,45, **Recklinghausen** 3,90, **Sebnitz** 3,30, **Spandau** 1,05, **Saalfeld** 1,80, **Sprendlingen** —,30, **Saarbrücken** —,45, **Teterow** —,90, **Weferlingen** 1,50, **Zeitz** —,90, **Zehdenick** 2,70.

Sterbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgezahlt werden. Zu den diesbezüglichen Anträgen sind die gedruckten Formulare E, welche vom Verbandsvorstand zu beziehen sind, zu verwenden. Das Verbandsbuch des betreffenden Mitgliedes ist jeweils mit den Anträgen einzusenden.

Unterstützungs-Anweisungen sind in der Zeit vom 23. bis 29. Juni erteilt für:

Zweigverein	Name des Mitgliedes	Beruf	Buch-Nr.	Mann oder Frau
Altdorf	Georg Eckstein	Hilfsarb.	181191	Mann
Aue i. Erzgeb.	W. Huschka	Maurer	236263	Frau
Berlin	Ludwig Erhart	„	8430	Mann
„	O. Schünemann	Putzer	5494	„
„	Hans Huras	Maurer	9168	„
„	Heinr. Günther	„	241902	„
„	August Metscher	„	2483	„
„	Karl Schultz	„	242194	„
Borsdorf	Richard Altner	„	200034	„
Breslau	Robert Oriwol	Hilfsarb.	218847	Frau
„	Johann Schück	Maurer	50586	Mann
Bromberg	Alwin Spalt	„	240140	„
Cassel	Ludwig Weber	Hilfsarb.	254194	Frau
Colmar i. E.	Andr. Rohmer	Maurer	186955	Mann
Danzig	Eduard Walter	Hilfsarb.	94287	Frau
„	Johs. Böttcher	Maurer	205952	Mann
Dortmund	Bernh. Kemper	„	81207	Frau
Dresden	Ernst Kluge	„	20902	Mann
„	Miß Mareck	Hilfsarb.	27352	„
„	Hugo Welch	„	26985	„
„	Karl Gräf	„	232102	„
„	Friedr. Etterich	„	167709	„
„	Paul Krause	Isolierer	2105	„
Duisburg	Emil Berg	Maurer	80723	Frau
Düsseldorf	Anton Mazanek	„	66301	„
Erfurt	Chr. Hermann	„	241360	Mann
„	Reinh. Schneider	„	103328	„
Frankenhausen	Ernst Hörning	„	221942	Frau
Gera	Ludwig Sattel	Hilfsarb.	121353	Mann
Greifswald	Hermann Schulz	Maurer	240322	„
Hamburg	P. Mildentrey	Hilfsarb.	13619	Frau
„	H. Schönberg	Rammer	10342	Mann
„	Albert Rehm	Stukkateur	256000	„
„	H. Wulff	Hilfsarb.	11100	„
„	Carl Bijohr	„	16892	„
Hannover	Eduard Blume	„	62342	„
Hildesheim	W. Ohlendorf	Maurer	155344	Frau
Hirschberg i. Schl.	Paul Dlabola	„	209755	Mann
Hof	Johann Köppel	„	125930	Frau
Kissingen	Bruno Heinrich	Stukkateur	264189	„
Liegnitz	August Kalewe	Hilfsarb.	114780	Mann
Magdeburg	Gustav Künne	Maurer	73982	Frau
Marienwerder	Gust. Borowski	„	187838	Mann
Mülhausen i. E.	Anton Kelchlin	Hilfsarb.	107091	Frau
Regensburg	Karl Lachner	Maurer	120536	Mann
Stendal	Karl Henning	Hilfsarb.	144742	„
„	Andr. Poggensee	Maurer	144555	Frau
Straßburg i. E.	Emil Sahm	„	88797	Mann
Traunstein	B. Neuhauser	„	183233	Frau
Wiesbaden	Heinrich Kroh	„	103027	„
Wurzen	Fr. Harzendorf	Hilfsarb.	192348	Mann
„	Gust. Burckhardt	Maurer	193454	„
Würzburg	Georg Schöning	„	111017	„
Zarrentin	Chr. Ohde	„	162877	„

Ausgeschlossen sind vom Verbandsvorstand: Franz Naukoschat, geboren am 29. März 1877 zu Insterburg, eingetreten am 7. Juli 1902 (Verb.-Nr. 112 479), und August Nauroschat.

Ausgeschlossen sind auf Grund § 40 Abs. 2a des Statuts vom Zweigverein Jena: Wilhelm Hesse, geboren am 20. Februar 1883 zu Erfurt, eingetreten am 31. Mai 1911 (Verb.-Nr. 081 930); vom Zweigverein Bamberg: Kaspar Strobler, geboren am 2. März 1856 zu Bamberg, eingetreten am 17. Juni 1906 (122 106); vom Zweigverein Bochum: Bernhard Schiffer, geboren am 4. Juli 1872 zu Eisenach, eingetreten am 15. Januar 1911 (030 186); vom Zweigverein Dresden: Friedr. Auth, geboren am 30. März 1881 zu Rückertsberg, eingetreten am 7. Juni 1904 (22 239), und Paul Sende, geboren am 21. Januar 1870 zu Muckwitz, eingetreten am 24. März 1901 (20 370); vom Zweigverein Duderstadt: Jakob Trappe, geboren am 25. November 1880, eingetreten am 1. August 1908 (63 213); vom Zweigverein Eisleben: Franz Richter, geboren am 22. Oktober 1871 zu Bornstedt, eingetreten am 1. Januar 1911 (140 486); vom Zweigverein Leipzig: Paul Dammenheim, geboren am 27. März 1886 zu Lindenau, eingetreten am 20. April 1912 (0 193 713); vom Zweigverein Mülheim a. d. R.: Karl Ernst, geboren am 21. September 1875 zu Mülheim, eingetreten am 1. Februar 1911 (025 507), Karl aus den

Kahmen, geboren am 15. November 1881 zu Odenkirchen, eingetreten am 1. Februar 1911 (02 707) und Albert Behr, geboren am 5. März 1893 zu Oscht, eingetreten am 9. Juli 1910 (85 037); vom Zweigverein Thorn: Franz Polaschewski, geboren am 30. Oktober 1870 zu Thorn, eingetreten am 29. Oktober 1911 (073 774) und Herm. Lachmann, geboren am 17. Juli 1886 zu Lippinken, eingetreten am 25. März 1909 (187 477); vom Zweigverein Wismar: Aug. Grischow, geboren am 23. Mai 1882 zu Berlin, eingetreten am 9. September 1911 (0 117 366), Otto Peters, geboren am 5. Dezember 1889 zu Höllingsdorf b. Neubukow, eingetreten am 17. Dezember 1908 (151 344) und Paul Masch, geboren am 1. Mai 1891, eingetreten am 22. Mai 1911 (086 912).

Die Namen der Kollegen, die wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekanntgegeben.

Verlorene Mitgliedsbücher. In der Zeit vom 24. bis 28. Juni sind nachfolgende Mitglieds- bezw. Interimsbücher als verloren oder als abhanden gekommen gemeldet worden und Ersatzbücher dafür ausgestellt:

Buch-Nr.	Name des Mitgliedes	Geburtsort	Geburtsdatum	Eintrittsdatum
0212050	Ahrend, Herm.	Neukalen	15. 9. 92	8. 4. 12
228300	Arndt, Franz	Schönberg	21.11.87	1. 10. 07
0234115	Böcker, Gottfried	Hausen	11. 1. 74	19. 4. 12
0135856	Cairo, Guiseppe	Italien	20. 4. 73	29. 2. 12
0183400	Einloth, Friedr.	Grötzingen	7. 7. 87	1. 3. 12
031143	Fausenfreud, E.	?	18. 8. 91	19. 3. 11
233463	Goller, Karl	Tschernoschin	11. 2. 86	6. 8. 10
136195	Gottschalk, Willy	Angermünde	26. 9. 91	24. 7. 09
76576	Groß, Herm.	Königsberg	29.10.82	24. 9. 10
046493	Gübly, J. B.	Colmar	15. 9. 93	16. 9. 11
0207343	Haase, Jos.	Bockwitz	10. 3. 91	7. 7. 11
012962	Hahn, Bruno	Woschau	6. 11. 92	1. 3. 11
210642	Heinke, Georg	Jeßnitz	10.11.83	16. 7. 10
0211703	Hesse, Paul	Walbeck	24.11.93	10. 3. 12
0147913	Hoffmann, Karl	Chwalius	1. 5. 88	14. 9. 11
0111461	Hoge, Walter	Danzig	7. 5. 81	11. 7. 11
0100635	Kausa, Stanisl.	Rußland	8. 5. 66	25. 9. 11
0207881	Köhler, Max	Pretzschendorf	14.10.86	10. 3. 11
127555	Köppel, Karl	Burghausen	26. 1. 79	27. 8. 10
260181	Lank, Karl	Siebeneich	6. 12. 66	21. 7. 07
219596	Lechner, Josef	Forstinning	8. 5. 77	12. 8. 10
0185227	Maschecke, Aug.	Schwerin	16.11.75	9. 12. 11
4500	Müller, Richard	Kurtzig	18. 8. 84	20. 3. 09
32087	Nagel, Gustav	Ermlitz	1. 9. 86	10. 3. 06
103685	Rappinger, A.	Weisenau	20. 1. 93	10. 4. 10
0190093	Raufuß, Aug.	Stolberg	17.10.67	30. 3. 12
09574	Regeler, Herm.	Mittenwalde	16. 9. 65	9. 4. 11
0204782	Röal, Mathias	Schönsee	16. 3. 93	3. 6. 12
096671	Römer, August	Udenborn	10.12.73	15. 5. 11
240214	Schlechter, Wilh.	Arolsen	26. 4. 70	30. 5. 06
0175739	Schubert, Karl	Seiditz	7. 7. 86	1. 3. 12
0189822	Schweiger, Ant.	Heimach	7. 9. 91	17. 2. 12
234740	Schworm, Wilh.	Kastel	17. 7. 85	15.11.09
0173639	Simon, Heinr.	Ullersdorf	17. 5. 91	24. 2. 12
0170032	Sobanski, Joh.	Kuisnanowo	10. 5. 86	16.10.11
115076	Theda, Stanisl.	Alt-Budkowitz	6. 5. 62	26. 7. 02
3142	Theuergarten, R.	Gr.-Keina	12. 8. 87	11.11.05
0219939	Vogel, Gust.	Elsterwalde	10. 1. 87	18. 5. 12
0113304	Weise, Karl	Drosa	2. 11. 89	23. 6. 12
088447	Weißenborn, E.	Mühlhaus. i. Th.	24. 2. 89	29. 7. 11

Kollegen gesucht. Folgende Kollegen werden ersucht, ihre Adressen beim Verbandsvorstand einzusenden, eventuell bitten wir die Zweigvereinsleitungen, die Kollegen darauf aufmerksam zu machen: Friedrich Schmidt (Verb.-Nr. ?) Nicolaus Alpen (234 276), H. Banse (227 571), Wilhelm Breitkantz (207 773), Emil Korth (153 767), Joseph Werner (245 410), Peter Keil (84 458), Johann Jackl (38 842), David Gumpert (227 062), Franz Wander (012 117), Wilhelm Duns (23 645), Otto Blauwitz (56 731), Bernhard Wöhler (056 984), Detlef Bath (204 992), Friedrich Schram (?), Willy Bauer (101 238), Carl Fischer (0 163 628), H. Zietz (205 541), J. Trispel (57 017), W. Breyer (205 909), Adolf Moritz (208 195).

Aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden vom Zweigverein Cöln: Johann Müller, geboren am 22. März 1890 zu Saarbrücken, eingetreten am 22. Mai 1911 (Verb.-Nr. 093 241); vom Zweigverein Döbeln: Heinrich Gachot, geboren am 8. Februar 1882 zu Reil; vom Zweigverein Husum: Paul Mathies, geboren am 17. April 1885 zu Scholwin, eingetreten am 17. April 1906; vom Zweigverein Marienwerder: Paul Ostmann, geboren am 20. Dezember 1876 zu Marienau, eingetreten am 22. Mai 1909 (187 775); vom Zweigverein Remscheid: Adolf Hoffmann, geboren am 14. August 1891 zu Himmighofen, eingetreten am 21. Juli 1911 (0 149 864).

Zweckdienliche Mitteilungen bitten wir an den Vorsitzenden des betreffenden Zweigvereins gelangen zu lassen.

Gefunden und im Hauptbureau abzufordern sind die Bücher der Kollegen Karl Ernst Böhlig (Verb.-Nr. 166 708), geboren zu Nünchritz, und Ernst Robert Thomas (166 993), geboren zu Nünchritz b. Riesa.

Der Verbandsvorstand.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

Gau Bromberg.

Die Adresse des Gauvorstandes ist: Richard Wendl, Bromberg, Thorner Straße 1.

Lohnbewegungen und Differenzen.

Deutschland:

Barmen. Sperre über die Firma Gebr. Werner in Vohwinkel.
Bebra. Streik.
Bernburg-Grona. Sperre über die Firma Fischer & Hagengut (Ziegeleiumbau).
Bernsdorf. Sperre über den Unternehmer Schneider.
Bordesholm, Voorde und Umgegend. Aussperrung.
Borkum. Differenzen.
Brandenburg a. d. Havel. Sperre über die Arbeiten des Unternehmers Wetzel aus Gollwitz in Wust.
Bütow. Sperre über die Firma Körner (Norddeutsche Bau-Aktiengesellschaft).
Coblenz. Sperre über die Arbeiten der Firma Gebr. Friedhofen.
Cöln. Gesperrt sind die Betonarbeiten der Firmen Gebr. Schömer und Hüfer bei der Herstellung des neuen Bahnkörpers, die Erdarbeiten des Unternehmers Besser am Fort Nüssenberg.
Danzig. Sperre bei dem Unternehmer Abraham auf dem Holm.
Dömitz. Sperre über die Unternehmer Holzgreve, Groth und Torney.
Dresden. Sperre über Burmeister & Weiß. (Firma für Kühlanlagen.)
Drossen. Streik.
Eilenburg. Sperre über die Celluloidfabrik.
Eisenach. Sperre über die Firmen Wilhelm Baum und Heinrich Buchenau in Herleshausen.
Eydtkuhnen. Differenzen für Maurer und Putzer bei der Firma Heier.
Geseke i. Westf. Streik.
Giessen. Sperre über die Firma Kröck & Nosseldreher in Heuchelheim.
Gostyn. Streik.
Gräfenthal. Sperre über die Firma Gruber.
Greifswald. Sperre über das Baugeschäft H. Medenwald.
Gross- und Klein-Besten. Sperre über die Arbeiten des Unternehmers A. Wiemann.
Gross-Umstadt. Lohndifferenzen.
Güsten. Sperre über die Firma Burau.
Gützkow. Sperre über die Firma Peters.
Herzberg a. H. Sperre über Kunstin.
Horst i. H. Sperre bei dem Unternehmer W. Schmidt auf Hahnenkamp.
Jarmen. Sperre über die Firma Brandt.
Landsberg a. d. W. Sperre über den Unternehmer Schulz in Zantoch.
Leipzig. Sperren über die Bauten der Eisengießerei Becker & Co. in Leipzig-Leutzsch, Hohe Straße, über die Bauten der Unternehmer Hennig und Beyer in Sellerhausen, Paulinenstraße, sowie über die Firmen Maschinenfabrik Karl Krause, Leipzig-Anger, Zweinaundorfer Strasse, und Bernhard Leipzig, Hardenbergstr. 46.
Lüdenscheid. Sperre über die Firma Kirchhoff aus Plettenberg. Die Bauten sind in Eihringhaussen, Holthausen, Plettenberg und Herscheid.
Lyck. Sperre über den Unternehmer Rinio.
Magdeburg. Streik auf dem Krupp-Gruson-Werk.
Minden. Streik bei der Firma Held & Franke am Bau des Mittellandkanals.
Mühldorf a. Inn. Sperre über das Baugeschäft von Schicklmeier.
Mülheim-Oberhausen. Sperre über das Stahlwerk Thyssen.
Naunhof. Sperre über Ebert & Hietschold.
Neustadt a. H. Sperre über das Asphaltgeschäft von Ludwig Mattern.
Nordenham. Aussperrung wegen Nichtanerkennung des Arbeitsnachweises.
Oberehnheim. Streik.
Pillkallen. Sperre über Kalcher wegen Vertragsbruchs.
Podejuch. Sperren über die Firma Köhnemann.
Reichenbach i. Vgtl. Streik in Cunsdorf.
Rügenwalde. Sperre über die Firma Papenfuß.
Rummelsburg. Streik.
Schönfliess. Streik.
Schwersenz b. Posen. Sperre über die Firmen R. Iwan und A. Höfig.
Sensburg. Streik.
Sorau. Streik.
St. Margarethen. Aussperrung.
Sternberg i. Mecklbg. Sperre über den Unternehmer Loy.
Stettin. (Maurer.) Sperre über das Eisenwerk „Kraft" in Stolzenhagen-Kratzwieck.
Stralsund. Sperre über die Firma Range wegen Einführung der Akkordarbeit.
Tengern (Zweigverein Löhne). Streik.
Thorn. Sperre über die Firma Sawatzki aus Briesen.
Vegesack. Sperre über den Abbruch des Unternehmers Meier.
Wählitz. Sperre über den Unternehmer Burghardt aus Steingrimma.
Westerstede. Streik.
Wismar. Sperre über das Tiefbaugeschäft Nikolai & Wendler.
Zinnowitz. Sperren über die Arbeiten der Unternehmer Johann Hoppach, Carl Sadewasser, Otto Jahnke, Hermann Schumann, Rudolf Emke und Carl Mädke in Zinnowitz und Wilhelm Schmidt, Johann Labahn und Rudolf Parlow in Koserow.

Fliesenleger und Terrazzoarbeiter:

Bochum. Sperre über die Firma Werringloer.
Dortmund. Sperre über die Zwischenmeister Lilienthal und Sommereisen in Barop bei Dortmund.
Essen. Sperren über alle Arbeiten der Firma Lange sowie der Zwischenmeister Seinser und Dietrich Kuhn.
Gelsenkirchen. Sperre über die Firma Hünebeck & Co.
Hagen i. Westf. Sperre über die Firma Georg Rüffer.
Hamburg. Sperre über die Firma Aug. Hoehne Söhne.
Mannheim-Ludwigshafen. Sperren über die Firma Fuchs & Priester sowie über den Zwischenmeister Gustav Rost.
Mülheim a. d. R. Sperre über alle Arbeiten der Firma Krämer.

Gipser und Stukkateure:

Breslau. Sperre über die Firma Simlinger & Gode.
Bruchsal. Sperre über die Firmen H. Knoch, Franz Glück und E. Rullmann.
Halberstadt. Differenzen.
Halle a. d. S. Streik.
Karlsbad i. B. Sperre über die Firma Holub.
Kattowitz. Gesperrt wegen Lohndifferenzen sind die Firmen Beinlich-Gleiwitz, Koppenhöfer-Beuthen, Baron-Königshütte und Pietruschka-Laurahütte.
Konstanz. Sperre über die Arbeiten in der Anstalt Reichenau.
Lörrach. Sperre über die Firma Waßmer.
Mülheim a. Rh. Sperre über die Arbeiten des Unternehmers Vosen.
München. Sperre über die Firma Fraton & Sellmaier.
Osnabrück. Sperre über die Firmen Pernot und Brouwers.
Schlettstadt. Sperre über die Firma Berttele.
Luzern (Schweiz). Streik der Gipser und Stukkateure.

Isolierer und Steinholzleger:

Berlin. (Steinholzleger.) Sperre über die Brandenburgischen Steinholzwerke.
Cöln. (Steinholzleger.) Sperren über die Eubelit-Werke (Vertreter: D. Deppe in Cöln), Korkelit-Werke von D. Deppe und Henrichs.
Düsseldorf. (Steinholzleger.) Sperren über Nüßle & Otto, Kettenbeil-Eisenach, Zweiggeschäft Düsseldorf und Barmen, Spilker & Co.
Eisenach. (Steinholzleger.) Differenzen mit der Firma Otto Kettenbeil.
Leipzig. (Steinholzleger.) Sperre über die Firma Emil Köllner, Asphaltwerk, Plösnerweg.
Nürnberg. (Steinholzleger.) Sperre über die Firma Seuferth.

Oesterreich:

Görz, Klattau, Trautenau. Streik.

Arbeitsmarkt.

Ueber die Arbeitsnachweise der Unternehmer in **Bremen, Cuxhaven, Dortmund, Emden, Flensburg, Nordenham, Nürnberg, Oldenburg i. Gr., Schleswig, Stade, Vegesack** und **Wilhelmshaven** haben unsere dortigen Kollegen den Boykott verhängt.

Genehmigte Tarifverträge in den Monaten Mai und Juni 1912.

Name des Vertragsgebiets	Der Vertrag gilt für: Maurer	Zimmerer	Bauhilfsarbeiter	Der Vertrag ist abgeschlossen mit dem Zentralverband der: Bauarbeiter	Zimmerer	christlichen Bauarbeiter	Abgeschlossen im Jahre
Aschersleben	—	—	1	1	—	—	1912
Aue	1	—	1	1	—	—	1912
Edenkoben	1	—	—	1	—	—	1912
Jever	—	—	1	1	—	—	1911
Juist	1	—	—	1	—	—	1910
Kl.-Marienburger Werder	1	1	1	1	1		1912
Moers	1	1	1	1	1	1	1912
Oderberg	1	—	1	1	—	—	1912
Rogasen	1	—	—	1	—	—	1912
Schönberg	—	—	1	1	—	—	1912
Schwarzenberg	1	—	1	1	—	—	1912
Theißen	1	—	—	1	—	—	1912
Wildeshausen	1	1	1	1	1	—	1912

Gau Bremen.

Die Unternehmer in **Berne** haben sich dem Schiedsspruch 1910 nicht gefügt. Durch die Lauheit der Berufskollegen war es seinerzeit nicht möglich, sie zur Anerkennung des Schiedsspruches zu zwingen. Da nun im Laufe der Jahre die Kollegen eingesehen haben, daß sie leer ausgingen, während in den übrigen Lohngebieten die Löhne stiegen, haben sie sich samt und sonders der Organisation wieder angeschlossen. Laut Schiedsspruch mußte hier der Lohn vom 1. April 1912 an für Maurer 51½ ₰ sein. Unsere Forderung lautet jetzt auf 55 ₰ für Maurer und 45 ₰ für Hilfsarbeiter, für das Stedingerland 60 ₰ für Gesellen und 52 ₰ für Arbeiter. Auf gütlichem Wege wird diese Forderung wohl nicht durchgesetzt werden können. — In Drochtersen bei **Stade,** wo bis jetzt immer noch ein Fachverein bestand, haben die Kollegen einsehen gelernt, daß diese Organisationsform nicht mehr den Verhältnissen im wirtschaftlichen Kampfe mit den Unternehmern entspricht. Im vorigen Jahre hatte der Gesellenausschuß mit den dortigen Meistern für Maurer für das Jahr 1912 einen Stundenlohn von 45 ₰ vereinbart. Als nun der 1. April kam, von wo an dieser Lohn gelten sollte, zahlten zunächst nur zwei Firmen 45 ₰. Als diese dann sahen, daß alle übrigen zwölf Firmen nicht die 5 ₰ Lohnsteigerung eintreten ließen, zogen diese die 5 ₰ wieder ab und zahlten auch nur 40 ₰. In einer Versammlung, wo zu diesem Vorgehen der Unternehmer Stellung genommen wurde, wurde einstimmig beschlossen, jetzt dem Deutschen Bauarbeiterverband beizutreten. Des weiteren wurde in einer folgenden Versammlung beschlossen, den Unternehmern eine Forderung auf 50 ₰ Stundenlohn für Maurer und 40 ₰ für Arbeiter zu unterbreiten, die mit dem 1. Juli 1912 in Kraft treten sollte. Da die Unternehmer bis zum 29. Juni noch nicht einmal geantwortet haben, dürfte es hier zum Kampf kommen.

Aus **Wilhelmshaven-Rüstringen** schreibt man uns: Die Bewegung bei der Firma Ludwig Lange im Dockbau der kaiserlichen Werft ist am 24. Juni beigelegt worden. Erreicht wurde die Einstellung der entlassenen 25 Maurer, ferner wurde festgelegt, daß am 1. August d. J. eine Arbeitseinteilung erfolgen soll nach der Richtung, daß die Maurer und deren Hilfsarbeiter die tarifliche Arbeitszeit von neun Stunden arbeiten, während die übrigen Arbeiter zehn Stunden bei 54 ₰ Lohn nach dem Tiefbauvertrag

bekommen. Der treibende Keil bei der ganzen Angelegenheit ist die Verwaltung der kaiserlichen Werft; Reichsinteresse und Kriegsgefahr mußten herhalten, um die Notwendigkeit der täglichen Ueberstunde zu beweisen. Wir bitten jedoch unsere Kollegen, Wilhelmshaven vorläufig noch zu meiden; erstens wegen der schlechten Konjunktur und zweitens deshalb, weil wir mit der Firma Lange noch nicht ganz fertig sind und es jeden Tag wieder aufs neue losgehen kann.

Gau Bromberg.

In **Elbing-Niederung** und in dem angrenzenden Gebiet des **Klein-Marienburger Werder** herrschten bisher die schlechtesten Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Im Gebiet Elbing-Niederung bestand noch die elfstündige Arbeitszeit mit einem Tagelohn von *M* 4,30 für Maurer, in Klein-Marienburger Werder betrug die Arbeitszeit sogar noch zwölf Stunden bei *M* 4 bis *M* 4,20 Tagelohn. Durch das tatkräftige Eingreifen des Zweigvereinsvorstandes konnten wir in letzter Zeit den größten Teil der Maurer organisieren. Hatten die Unternehmer bis dahin keine Lust, wegen Abschlusses eines Vertrages mit uns zu verhandeln, so wurde das gleich anders, als unsere Kollegen auf einigen Baustellen mit Arbeitseinstellungen vorgingen. Es wurde nun ein Vertrag für Elbing-Niederung mit zehnstündiger Arbeitszeit und 46 ₰ Stundenlohn abgeschlossen. Auch für das Marienburger Werder wurde ein Vertrag abgeschlossen. Die Arbeitszeit wurde von zwölf auf zehneinhalb Sunden herabgesetzt. Der Stundenlohn beträgt 44 ₰. Nun heißt es aber für die Kollegen in diesen Gebieten, die Organisation weiter auszubauen, damit im nächsten Jahre der Erfolg ein noch besserer wird.

Gau Cöln.

In der Nr. 24 der christlichen „Baugewerkschaft" berichtet der christliche Bezirksleiter Lange über den Abschluß der Lohnbewegung in Troisdorf, Zweigverein **Bonn**. Es wird in dem Bericht so dargestellt, als ob nur Indifferente und sozialdemokratisch organisierte Coblenzer Bauarbeiter schuld daran wären, daß der Erfolg der Bewegung nicht größer war. Das ist eine bewußte Irreführung der Mitglieder des christlichen Verbandes und eine plumpe Verdächtigung unseres Verbandes. Um seine eigene Schwäche zu verdecken, stellt man es so hin, als ob drei „sozialdemokratische" Maurer und Indifferente an allem schuld wären. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Von Anfang an beteiligten sich Maurer, Mitglieder des christlichen Verbandes, nicht an der Arbeitseinstellung. Einige von diesen christlichen Arbeitswilligen brachten es sogar fertig, ihre eigenen früheren Verbandskollegen, darunter auch Lange, bei der Polizei wegen Belästigung usw. anzuzeigen. Wir könnten auch sonst noch Tatsachen anführen, auf die es zurückzuführen ist, daß die Lohnbewegung nicht mit besserem Erfolg beendet worden ist. Für diesmal genügt es aber. Lange rufen wir jedoch zu: „Was Du nicht willst, daß man Dir tu', das füg' auch keinem andern zu!"

Gau Dortmund.

Der Streik der Erdarbeiter, Maschinisten und Heizer bei der Firma Held & Franke in **Minden** besteht fort. Wir haben bereits früher berichtet, daß sich die Firma von dem Agenten Knooth in Hamburg zirka 100 Streikbrecher zu einem Tagelohn von *M* 3,70 und freier Station hatte anwerben lassen. Die streikenden Kollegen fordern einen Stundenlohn von 43 ₰. Nachdem die arbeitswilligen Pseudohamburger mehrere Regentage ein höchst gemütliches Leben geführt, einige Male Radauszenen aufgeführt, wegen schlechten „Fressens", wie sie sich ausdrückten, die sonst so gestrengen Herren Vorgesetzten weidlich verhöhnt und ausgelacht hatten, wenn diese ernstlich Arbeit von ihnen forderten, traten sie am 17. Juni in einen Streik, weil ihnen das Essen nicht paßte. An dem Tage war eigentlich auch das Wetter zu schade zum Arbeiten. Die Firma schien aber jetzt zu begreifen, welche Sorte Mäuse sie gefangen hatte. Am 22. Juni wurden die „Arbeitswilligen" entlassen. Zum Abschied veranstalteten diese in der Nacht auf der Baustelle eine Art Felddieständung mit Scharfschießen. Merkwürdigerweise ist die Zahl der Verwundeten nicht offiziell festgestellt worden. Das Gefecht hat mangels anderer Objekte glücklicherweise unter den Brüdern selbst stattgefunden. Am 29. Juni fand nun erneut eine Verhandlung mit der Firma statt, an der Herr Direktor Brüning aus Berlin teilnahm. Es zeigte sich jedoch bald, daß die Firma auf dem Standpunkt steht, die Arbeit solle zu den alten Arbeitsbedingungen wieder aufgenommen werden. Unserseits wurde erklärt, daß wir der Firma soweit wie möglich entgegenkommen würden. Wenn es schwierig sei, die tägliche Arbeitszeit zu verkürzen, so ließe sich vielleicht über eine Verkürzung am Wochenschluß reden. Auch würden unsere Kollegen vielleicht von dem geforderten Lohnsatz etwas nachlassen. Wir erhielten zur Antwort: Die Firma kann wegen der billigen Uebernahme der Arbeit weder in eine Regelung der Arbeitszeit willigen, noch einen höheren Lohn zahlen als bisher. Bevor wir mehr zahlen, wenden wir das Geld lieber für Heranschaffung von ausländischen Arbeitskräften auf. Die Firmenvertreter erklärten sich bereit, mit uns einen Tarifvertrag abzuschließen, wenn wir an der ganzen Kanalbaustrecke die Arbeit einstellten, das es dann vielleicht möglich sei, von der Regierung eine Nachbewilligung zu erhalten. Selbstverständlich konnten wir nicht darauf eingehen, der Firma zu Gefallen bei andern Unternehmern den Streik zu proklamieren. In der Zwischenzeit hat Held & Franke riesige Anstrengungen gemacht, um Streikbrecher heranzubekommen. So haben Agenten unter dem Versprechen eines Stundenlohnes von 43 bis 48 ₰ und freier Station zirka 80 Holländer aus ihrer Heimat Tilburg herbeigeholt. Jetzt, wo die Leute hier sind, sollen sie 38 ₰ ohne freie Station erhalten. Da die Holländer zum Teil abgereist sind oder in den nächsten Tagen abreisen werden, so bleiben alsdann 50 arbeitswillige Italiener und Ungarn übrig, die allerdings die Arbeit von 400 Streikenden nicht ersetzen können. Gerüchtweise verlautet, die Tiefbaufirmen wollten der Firma Held & Franke durch eine allgemeine Aussperrung beispringen. Hoffentlich kommt es dazu nicht; denn es wäre tiefbedauerlich, wenn schließlich wegen eines Konfliktes mit einer Firma Zehntausende unserer Kollegen leiden müßten.

Gau Frankfurt.

Trotz vieler Bemühungen war es im **Gießener** Lohngebiet nicht möglich, den im Jahre 1910 vereinbarten Vertrag durchführen zu können. Bald versuchte dieser, bald jener Unternehmer, die Vertragsbestimmungen zu umgehen. Für die Maurer gelang es zwar leidlich, die festgesetzten Löhne zur Anerkennung zu bringen, aber sehr schlimm sah es bei den Hilfsarbeitern aus. Kein Unternehmer hat bis jetzt die vereinbarten Löhne gezahlt. Daran haben aber unsere Kollegen selbst einen großen Teil schuld, weil die Zahl der Organisierten immer zu gering war, um Ordnung schaffen zu können. In den letzten Jahren kam dazu die schlechte Baukonjunktur in Gießen. Jedoch entbinden diese Verhältnisse die Unternehmer nicht von der Erfüllung der eingegangenen tariflichen Pflichten. Das Maß ist jetzt zum Ueberlaufen voll, so daß die nächsten Tage wichtige Entscheidungen bringen werden. Wenn die Unternehmer nicht verständig sind, dürften ernsthafte Konflikte bevorstehen. Unsere Organisation ist natürlich auch jetzt noch bereit, mit den Unternehmern eine friedliche Verständigung anzubahnen, aber die Gießener Unternehmer kennen keine Ordnung ohne Zwang. Daß sie es sehr gut getrieben haben, dafür genügt ein Beispiel: Die Löhne der Hilfsarbeiter stehen um rund 5 ₰ tiefer als 1910 vertraglich vereinbart worden ist, nämlich auf 33 bis 36 ₰ anstatt 40 ₰ pro Stunde. Also haben sich die Gießener Unternehmer auf Kosten der Aermsten der Armen jährlich einen Extraprofit von *M* 120 bis *M* 130 für jeden Arbeiter gemacht. Gewiß ein beschämendes Zeugnis für die Unternehmer! — In **Frankenberg in Hessen** wollen die Kollegen ernsthaft mit der sozialen Rückständigkeit aufräumen, die bislang die Lebenshaltung der Kollegen tief herabdrückte. Dort dauert die tägliche Arbeitszeit noch elf Sunden und mehr, und die Stundenlöhne für Maurer bewegen sich zwischen 35 und 40 ₰. Die Hilfsarbeiter werden natürlich noch viel schlechter entlohnt. Für die Arbeiter, die in Frankenberg in Logis bleiben, zahlen die Unternehmer — man staunet! — einen Pfennig pro Stunde mehr. Es erübrigt sich wohl, eine genauere Schilderung der Lebenshaltung der Kollegen zu geben; denn jeder weiß, daß die Kollegen alle Lebensgenüsse entbehren müssen. Hoffentlich gelingt es durch die eingeleitete Lohnbewegung, die gröbsten Mißstände zu beseitigen. — In **Eschwege** wollen die Hilfsarbeiter von neuem den Versuch machen, ihre Lage aufzubessern. Im vorigen Jahre ist die Sache zum Teil an dem Widerstand der Unternehmer gescheitert, aber auch die mangelhafte Organisation war mitschuldig. Auch jetzt muß noch kräftig an der Organisation gebaut werden, wenn diesmal die Sache gelingen soll. Die Konjunktur ist recht gut, wodurch unsere Erfolgmöglichkeiten gewachsen sind. — An der Bergstraße (Hessen) ist nach mehrjährigem starken Konjunkturtiefstand eine erhebliche Belebung und dadurch eine Besserung der Arbeitsgelegenheit eingetreten. In fast allen Orten: Bensheim, Auerbach, Zwingenberg, Jugenheim usw. ist dies zu bemerken. Dadurch sind auch unsere Kollegen an der Bergstraße wieder munter geworden. In den letzten Jahren hatten die Unternehmer wieder vollkommen das Regiment in Händen und bestimmten, wie es sein sollte. Wahrscheinlich sind dadurch den Kollegen die Augen geöffnet worden. Auch unsere Kollegen an der Bergstraße sollten wissen, daß man nicht nur bei Lohnbewegungen die Organisation und die Einigkeit hoch und in Ehren halten darf, sondern daß sie der schützende Hort ist, mit dem wir den Ausbeutungspraktiken der Unternehmer Trotz bieten können.

Gau Leipzig.

Aus **Chemnitz** schreibt man uns zur dortigen Erdarbeiterbewegung: In einer sehr stark besuchten Versammlung nahmen am 25. Juni die Chemnitzer Erdarbeiter Stellung zu der Antwort der Unternehmer auf die eingereichten Forderungen. Von allen Chemnitzer Unternehmern der Tiefbaubranche hatte es nur einer für notwendig gefunden, auf die Eingabe zu erwidern. Mit diesem Unternehmer konnte auch ein Vertrag abgeschlossen werden. Zwei andere Unternehmer hatten schon vorher die geforderten Arbeitsbedingungen in ihrem Geschäft eingeführt, so daß auch diese von der Bewegung ausschieden. In diesen Betrieben arbeiten ungefähr zwei Fünftel aller Erdarbeiter der Stadt Chemnitz. Die dem Unternehmerverband angeschlossenen Firmen wollten, wie schon bei früheren Bewegungen der Erdarbeiter, den Verband und die Arbeiterschaft anscheinend ignorieren. Wohl hatte man auf einigen Baustellen den Arbeitern Versprechungen gemacht, doch nur, um die Einheitlichkeit der Bewegung zu stören. Die Arbeiter waren aber diesmal nicht mehr den Verlockungen der Unternehmer zugänglich, sie verlangten überall den Abschluß eines Vertrages mit dem Bauarbeiterverband. Die in der Erdarbeiterversammlung anwesenden Bauarbeiter waren über die Hartnäckigkeit der Unternehmer aufs äußerste empört, waren doch die aufgestellten Forderungen (Einführung der für die Hilfsarbeiter im Hochbau festgelegten Arbeitsbedingungen auch für die Tiefbaubranche) so gering, daß sich nur ein ganz reaktionäres Unternehmertum ablehnend verhalten konnte. Die Versammelten beschlossen, die Unternehmer dadurch zum Verhandeln zu zwingen, daß sie das bedeutendste Baugeschäft, dessen Inhaber Vorsitzender des Unternehmerverbandes ist, sperrten. Hier aber zeigte sich wieder einmal, daß in den verschiedenen Berufen die Bewegung nicht nach demselben Muster gemacht werden kann. Was in der Chemnitzer Tiefbaubranche schon seit Jahren beobachtet wird, nämlich, daß sich die Unternehmer, wenn sie notwendig Arbeitskräfte brauchen, diese bei ihren Kollegen ausborgen, geschah wieder, und wir waren gezwungen, am ersten Tag schon die Bewegung auf einen weiteren Unternehmer auszudehnen. Aber nun halfen sich die bedrängten Unternehmer, indem sie ganz notwendige Arbeiten an einen andern Unternehmer abtraten, so daß auch noch ein drittes Baugeschäft gesperrt werden mußte. Durch diese Taktik haben die Unternehmer zwar ihre Lage durchaus nicht verbessert, sondern sich nur Schaden zugefügt. Die Arbeitseinstellung war wider Erwarten gut, obwohl viele Kollegen dem Verband erst kurze Zeit angehören und viele in andern Verbänden organisiert sind. Nur auf einem Straßenbau in einem Vorort blieben eine Anzahl Kollegen stehen, die aber keinen nennenswerten Einfluß auf den Gang der Bewegung ausüben können. Ungefähr 200 Kollegen stellten die Arbeit ein und nach vier Tagen war es den Unternehmern trotz der größten Anstrengungen nur geglückt, knapp 30 Streikbrecher auf ihren verlassenen Arbeitsplätzen zu sammeln. Diese nützlichen Elemente setzen sich aus einer Kolonne Italiener und aus sogenannten Herbergsraben zusammen, die nur arbeiten, um einige Schnapsgroschen zu haben. Die Aussichten auf den Erfolg sind die besten, und die Unternehmer werden sich wohl oder übel bequemen müssen, mit dem Bauarbeiterverband über die Wiederaufnahme der Arbeit zu verhandeln. Wir bitten um Fernhaltung des Zuzuges von Bauhilfs- und Erdarbeitern während der Dauer der Bewegung, da schon ohnehin der Platz von Arbeitern überlaufen ist.

Gau Mecklenburg.

Der Unternehmer Loy in Sternberg führt zurzeit Arbeiten im Lohngebiet **Wismar** aus, zahlte aber nicht den Vertragslohn. Da auf schriftlichem Wege nichts zu erzielen war, wurde eine mündliche Aussprache herbeigeführt, um auf friedlichem Wege die Differenz zu beseitigen. Da Loy aber rund heraus erklärte, daß er in diesem Falle nicht zahlen wolle, weil er angeblich bei Uebernahme der Arbeit nicht gewußt hat, daß der Arbeitsort Grese zum Lohngebiet Wismar gehört, blieb nichts weiter übrig, als den gesamten Betrieb zu sperren. Dieser Beschluß wurde einstimmig gefaßt. In Betracht kommen 17 Kollegen. Zuzug ist fernzuhalten.

Gau Nürnberg.

In Kirchenlamitz, Zweigverein **Hof**, ist es durch Unterhandlungen gelungen, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die Maurer auf gütlichem Wege zu regeln. Die bisherige Arbeitszeit von elf Stunden wird sofort auf zehneinhalb und am 1. Januar 1913 auf zehn Stunden reduziert. Der Lohn, der bisher ungeregelt war, wird sofort auf 44 ₰, am 22. Juli d. J. auf 45 ₰ und am 1. Januar 1913 auf 47 ₰ pro Stunde festgesetzt. — Auch in Selbitz, ebenfalls Zweigverein Hof, wurde für die am Schulhausneubau beschäftigten Maurer eine Lohnerhöhung von 2 bis 3 ₰ pro Stunde, hier durch eine mehrstündige Arbeitseinstellung, erreicht. — Etwas weniger günstig steht es mit der Lohnforderung der Bauhilfsarbeiter in Selb im gleichen Zweigverein. Auf unsere gestellte Forderung fand eine Unterhandlung statt, in der die Unternehmer an Stelle des von uns geforderten Lohnes von 40 ₰ 35 ₰ pro Stunde boten. Während der ganzen dreistündigen Verhandlung ließen sie sich nicht bewegen, ein höheres Angebot zu machen. Eine Versammlung unserer Kollegen lehnte dieses Angebot einstimmig ab. Es ist nun bereits ein neuer Termin zu einer weiteren Unterhandlung festgesetzt, bei der sich die Unternehmer in ihrem Angebot bedeutend bessern müssen, wenn es nicht zur Arbeitseinstellung kommen soll. Trotzdem die Bauhilfsarbeiter in Selb noch niemals einen Tarifvertrag hatten, im Jahre 1910 durch die teilweise Aussperrung der Maurer aber in Mitleidenschaft gezogen wurden, will der Syndikus des Arbeitgeberverbandes uns glauben machen, daß die Hilfsarbeiter unter den Schiedsspruch von Dresden fallen, und da nach einer Auffstellung der Unternehmer (die aber nicht stimmt) der Stundenlohn 1910 30 ₰ betragen haben soll, kämen jetzt 35 ₰ in Frage. Daß aber jetzt schon 36 bis 38 ₰ und vereinzelt mehr Lohn pro Stunde gezahlt wird, wird von dem Syndikus nicht beachtet. Wir können daher dem Gedankengang dieses Herrn nicht folgen. — Einen schönen Erfolg haben auch die Terrazzoarbeiter in **Nürnberg** nach einem einwöchigen Ausstand erreicht. Die Arbeitszeit, die bisher ganz ungeregelt war und teilweise bis zu 13 Stunden und darüber pro Tag betrug, wird auf zehneinhalb Stunden festgesetzt. Der Lohn wird um 4 ₰ pro Stunde erhöht, für Ueberstunden und Sonntagsarbeit werden 25 pZt. Lohnaufschlag gewährt, während bisher dafür nicht nur kein Zuschlag, sondern überhaupt kein Lohn gezahlt wurde, da viele Arbeiter im Wochenlohn standen. An den Sonnabenden ist um 5 Uhr Feierabend. Bei Ueberlandarbeit wird Fahrgeld, Fahrzeit und Nachtlogis entschädigt. Der Erfolg ist um so höher anzusehen, wenn man bedenkt, daß es sich um lauter italienische Arbeiter handelt.

Gau Straßburg.

Aus **Straßburg** schreibt man uns: Unter ganz eigentümlichen Verhältnissen hat sich die Lohnbewegung im Bezirk Kehl abgespielt. Trotz aller Bemühungen war es nicht möglich, die Unternehmer zu einer Verhandlung zusammen zu bekommen oder sich sonstwie mit ihnen zu verständigen. Nicht einmal eine Antwort gaben sie auf unsere Forderungen. Deshalb kam es am 17. Juni zur Arbeitseinstellung. Nunmehr wurden durch den Bürgermeister Verhandlungen angebahnt, und es gelang auch, am 19. Juni mit dem Arbeitgeberbund einen Vertrag abzuschließen. Abends kamen dann die Unternehmer zusammen, und es soll da ziemlich laut hergegangen sein. Schließlich haben sich die Unternehmer dann gegenseitig bei einer Strafe von *M* 500 verpflichtet, den Vertragslohn nicht zu zahlen und auch einzeln nicht mehr zu verhandeln. Als dann am 20. Juni die Arbeiter zur Arbeit kamen, wurde ihnen gesagt, daß der Lohn nicht bezahlt würde. Auch Verhandlungen am 20. Juni brachten keine Aenderung. Der Arbeitgeberbund erklärte, daß er unter diesen Umständen für den Vertrag nicht einstehen könne. Die Folge davon war, daß am 21. Juni, mittags, die Arbeit nochmals eingestellt wurde, diesmal auch noch an zwei Bauten, die von auswärtigen Firmen ausgeführt werden. Die Kehler Unternehmer, die so etwas ihren Arbeitern gar nicht zugetraut hatten, waren ganz überrascht. Es wurden dann auch sofort wieder Verhandlungen eingeleitet, die nunmehr zu einer Einigung führten. Vereinbart wurde: Die Maurer bekommen jetzt 54 ₰. Soweit 55 ₰ bezahlt wurden, werden diese weiter bezahlt. Vom 1. Oktober an beträgt der Lohn für alle 55 ₰. Die Hilfsarbeiter erhalten jetzt 42 ₰ und jene, die schon 42 ₰ haben, erhalten gleich 45 ₰. Vom 1. Oktober an wird an alle 45 ₰ bezahlt. Alle Ausständigen werden wieder eingestellt. Die Arbeit wurde dann am 25. Juni

überall wieder aufgenommen. Das ist ein sehr schöner Erfolg des Kampfes. Bis zu diesem Frühjahr betrug der Lohn der Maurer im Durchschnitt 45 ₰, vom 1. Oktober an beträgt er 55 ₰, der Lohn der Hilfsarbeiter war 35 ₰, er ist vom 1. Oktober an 45 ₰. Unsere Kollegen bekommen also eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 10 ₰. Freilich haben die Unternehmer im Laufe der letzten Zeit den Lohn etwas erhöht. Dies geschah aber nicht aus gutem Herzen, sondern weil die Herren glaubten, die Arbeiter dadurch von der Organisation fernhalten zu können. Aber alles hat nichts genützt. Die Arbeiter hatten im Laufe der Jahre die Erfahrung gemacht, daß sie ohne Organisation nicht vorwärts kommen können und haben dann auch durch ihr festes Zusammenstehen die Unternehmer zum Nachgeben veranlaßt. Mögen sie auch in Zukunft nicht vergessen, daß nur durch Einigkeit etwas zu erreichen ist.

Gau Stuttgart.

Der Streik der Maurer und Bauhilfsarbeiter in Singen a. H. ist nach dreiwöchiger Dauer siegreich beendet worden. Der Lohn für Maurer und Bauhilfsarbeiter wird um 4 ₰ pro Stunde erhöht und durch Abschluß eines Tarifvertrags auch die Arbeitsbedingungen einer Regelung unterzogen. Noch mehr hätte erreicht werden können, wenn nicht eine Anzahl in der Umgebung wohnhafter Bauarbeiter Streikbrecher geworden wären. Die Unternehmer, gestützt auf die Handlangerdienste der Polizei und Gendarmen, kämpften mit den verwerflichsten Mitteln, um des Kampfes Herr zu werden. Kein Tag berging, wo nicht Streikposten von Unternehmern mit vorgehaltenem Revolver bedroht wurden. Die Streikbrecher, ausgerüstet mit allerlei Mordwerkzeugen, trugen das ihrige dazu bei, daß die gesamte Bevölkerung in steter Erregung blieb. Sehr lobenswert haben sich bei diesem Kampfe unsere italienischen Kollegen gezeigt. Von etwa 200 hier beschäftigten Italienern sind alle bis auf einige, die wir hier gebrauchten, abgereist, und auch die, die die Unternehmer durch fieberhafte Tätigkeit im Auslande anwarben, sind nach ihrer Ankunft wieder abgereist. Immer wieder mußten die Unternehmer sehen, daß die durch Lügen und alle sonst zu Gebote stehenden Mittel hierhergebrachten Leute wieder abgeschoben wurden. Durch die Vermittlung des Bürgermeisters kam dann eine Einigung zustande. Für die hiesigen Kollegen erwächst nun die Pflicht, in nächster Zeit das Erreichte für die Stärkung der Organisation auszunutzen und dafür Sorge zu tragen, daß in nächster Zeit kein Unorganisierter mehr vorhanden ist. Da die Arbeitsgelegenheit hier sehr gut und jetzt ein großer Mangel an Maurern und Bauhilfsarbeitern vorhanden ist, möchten wir arbeitslose Kollegen bitten, nach hier zu kommen.

Wie für die christlich-nationale Arbeiterbewegung Propaganda gemacht wird.

Aus Bautzen schreibt man uns: Nachdem sich einige christlich-nationale Arbeitervertreter Monate hindurch die vergeblichste Mühe gegeben hatten, die christlich-nationalen Organisationen etwas vorwärts zu bringen, wandte man sich schließlich an die Geistlichkeit um Hilfe. Der geistige Leiter des evangelischen Jünglingsvereins, der als Sozialistenfresser bekannte Pastor Berg, gestattete dem christlichen Sekretär Vogt aus Dresden, dort einen Vortrag zu halten über: „Was lehrt uns der Bergarbeiterstreik?“ Ganze zwölf Männlein sollen ihm zugehört haben. Das war nichts, und man sann auf andere Mittel. Wie diese beschaffen waren, zeigt folgende vertrauliche Einladung, die ein Arbeitgeber, der nichts damit anzufangen wußte, verächtlich fortwarf:

Vertraulich! Bautzen, den 11. Juni 1912.

Mittwoch, 19. d. M., nachmittags 4 Uhr,

Versammlung

im Hotel „Weißes Roß“ in Bautzen.

Die Lage der christlich-nationalen Arbeiter und ihre Stellung in Werkstatt und Fabrik unter dem ständigen Druck der stark gewordenen sozialdemokratischen Bewegung ist so bedroht, daß zu ihrem Schutze weitere Kreise angerufen werden müssen. Es handelt sich bei den Vorgängen innerhalb des Arbeiterstandes, als des stärksten im deutschen Volke, um die zukünftige Gestaltung des Volks- und Wirtschaftslebens. Wir sind gewiß, daß auch Sie einen weiten Blick und ein warmes Herz für diese Fragen haben, und bitten Sie ergebenst, in obengenannter Versammlung erscheinen zu wollen.

Tagesordnung: 1. Vortrag: Die Vorgänge in der deutschen Arbeiterbewegung und der Schutz der christlich-nationalen Arbeiterschaft. 2. Aussprache.

Hochachtungsvoll

Pastor Berg. R. Klemm, Hauptmann a. D.

Der Arbeitgeber, der diese vertrauliche Einladung wegwarf, dachte wahrscheinlich: was haben Pastor Berg und ein Hauptmann a. D. mit christlich-nationalen Arbeitern gemein? Das ist Widersinn, das kann nur ein Scherz sein. Aber es war kein Scherz: die Arbeitgeber aller Berufe hatten solche Einladungen erhalten, und wir glaubten, nichts Besseres tun zu können, als mit unserer Einladung auch jemand hinzuschicken. Pastor Berg begrüßte dort die höchstens 50 Männlein, die zur Vorsicht in eine Anwesenheitsliste eingetragen waren. Die meisten waren aus der Umgegend von Bautzen, die Bautzener selbst glänzten durch Abwesenheit. Den Vortrag hielt der christlich-nationale Sekretär Vogt aus Dresden. Als solcher klagte er in allen Tönen sein Leid. Die „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften seien groß und stark geworden, und daran seien auch die Arbeitgeber mit schuld. Das einzige Mittel, dem entgegenzutreten, sei nur eine christlich-nationale Organisation. Nachdem dann die freien Organisationen mit dem eifrig zusammengetragenen Reichsverbandsmaterial „unschädlich“ gemacht waren, machte Vogt Vorschläge. Die Arbeitgeber sollen Adressen sammeln von jenen ihrer Arbeiter, von denen sie wissen, daß sie „nicht sozialdemokratisch“ seien. Bei alledem sollen sie aber recht vorsichtig sein, damit kein Falscher erwischt werde. Diese von den Unternehmern ermittelten Adressen sollten den christlichen Sekretären zur Hausagitation übermittelt werden. Als eine große Tat wurde es hingestellt, daß der Bergarbeiterstreik mit Hilfe der christlichen Organisationen zuschanden gemacht worden ist. Das Terrorismusmärchen mußte selbstverständlich auch wieder herhalten. Ohne dieses Märchen läßt sich ja bei den Christlichen eine Rede nicht gut denken. Der Fall mit dem Maurer Neck von hier wurde wieder aufgefrischt. Diesen Fall hatten die Christlichen dem Staatsanwalt übergeben; dieser lehnte aber ein Einschreiten mit der Begründung ab, die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung könnten hier keine Anwendung finden. Das brachte natürlich die christlichen Sekretäre in Harnisch. Ein solcher Fall stehe in Deutschland einzig da, und man werde sich dagegen wehren. Es leuchtete so ein bißchen versteckte Denunziation durch; sollte der Staatsanwalt gar mit Sozialdemokraten liebäugeln? (Neck wurde im Jahre 1907 aus der Organisation ausgeschlossen, weil sein unkollegiales Betragen die Organisation schädigte. Dieses Betragen hat er bis heute beibehalten. Vor kurzer Zeit wollten unsere Kollegen auf einem Bau in der Kaiserstraße die Arbeit einstellen, wenn Neck weiter beschäftigt würde. Auf Zureden des Baudelegierten unterblieb dies aber.) — In der Debatte suchte der Sekretär Spaarenberg aus Forst den Streit im christlichen Lager als harmlos hinzustellen, ebenso Sekretär Hieber. Dem Buchbindermeister und Stadtverordneten Klahre machte die freie Jugend Kopfschmerzen; er will selbstverständlich die Christlichen unterstützen. Einen „wirksamen“ Vorschlag machte Steinbruchbesitzer Ritscher. Nach ihm sollten sich Arbeiter unter 21 Jahren überhaupt nicht organisieren dürfen. Blumenfabrikant Näther, durch seine schlechten Löhne bekannt, meinte, die Arbeitswilligen müßten mehr geschützt werden; dazu reichten die Gesetze nicht aus. Das Streikpostenstehen müsse beseitigt werden. Der nationalliberale Abgeordnete Hartmann empfahl Petitionen an den Landtag und Reichstag. Pastor Berg hatte aber die schlaueste Idee; er empfahl Anstellungsscheine, auf denen jeder antretende Arbeiter unterschreiben soll, daß er keiner sozialdemokratischen Organisation angehört, dann blieben die Betriebe rein. Ein Oberregierungsrat Hübner aus Dresden empfahl, neben Adressen, wie in Dresden, auch Gelder zu sammeln, damit die Sekretäre unterhalten werden können.

Um nun den Tag voll auszunützen, zumal außer den genannten Sekretären noch Schmidt-Berlin und Pieker-Zittau herbeigeeilt waren, hatte man unter tüchtiger Reklame für den Abend eine christlich-nationale Versammlung einberufen. Auch von uns gingen einige wenige hin, um zu sehen, was dort los sei. Der Besuch war kläglich. Rechnen wir die Arbeitgeber, unsere Kollegen, die evangelischen Jünglingsvereinler und katholischen Gesellenvereinler ab, so blieben von den etwa 150 Besuchern vielleicht noch etwa 20 christliche Männlein und Weiblein übrig. Nachdem die beiden Referenten, Vogt und Schmidt, ihr Sprüchlein in zusammen einer Stunde heruntergeschnurrt hatten, kam als erster Debattenredner der Kollege Richter aus Dresden zum Wort. Wie Peitschenhiebe sausten seine Worte auf die Herren nieder, und diese schrien denn auch tatsächlich auf. Rote Köpfe gab es aber, als Richter den Bericht von der „vertraulichen“ Versammlung gab, was die Referenten unterlassen hatten. In scharfen Worten wurden die dort gehaltenen Reden gebrandmarkt. Da legten sich aber die Christlichen noch mehr aufs Radaumachen, und Schmidt brachte es sogar fertig, Ausdrücke wie „Schafskopf“ zu gebrauchen. Als nichts mehr half, entzog man Richter das Wort, weil er schon länger als die beiden Referenten, nämlich fünfviertel Stunden, gesprochen habe. Nun kam Pastor Berg und erklärte, daß er die Sozialdemokratie hasse. Er habe erkannt, daß die Christlichnationalen der Damm seien, den man den Sozialdemokraten entgegensetzen müsse; deshalb werde er diese nach Kräften unterstützen. Die Redezeit wurde nun auf zehn Minuten beschränkt. Die Herren mußten sich aber von den Kollegen Friedrich, Räder, Wehle und Müller noch so manches Unangenehme sagen lassen. Wir können mit dem Resultat der Versammlung zufrieden sein, ob auch die Christlichen, ist sehr fraglich, obwohl fünf Sekretäre ihr Licht leuchten ließen. Mögen die Christlichen nur so weiter agitieren, dann sind wir sie in kurzer Zeit los!

*

Zeigt der obige Bericht, daß die christlichen Arbeitervertreter gemeinsam mit Unternehmern, Pastoren, Offizieren, Regierungsräten und diversen andern Vertretern des Klassenstaates ihre Organisationen aufzubauen und zu vergrößern suchen, so zeigt der nachfolgende Bericht, daß die christlichen Gewerkschafter auch sonst bei der Wahl ihrer Kampfmittel gegen uns durchaus nicht wählerisch sind. Kollege Radtke-Düsseldorf schreibt uns darüber: Jeder, der in Gebieten, wo christliche Organisationen in Frage kommen, zu tun hatte, wird erfahren haben, daß ihre Art zu agitieren alles andere, nur nicht christlich zu nennen ist. Weil es ihnen heute unmöglich erscheint, den Nachweis zu führen, daß die Interessen der arbeitenden Bevölkerung von ihnen vertreten werden, verlegen sie sich darauf, uns die Agitation, wo es nur irgend möglich ist, zu erschweren. Würde das mit legalen Mitteln geschehen, könnte man sich gut damit abfinden, weil unsere Grundsätze und Bestrebungen erfreulicherweise auch in solchen Gegenden Eingang gefunden haben, die früher dem Organisationsgedanken noch nicht zugänglich waren. Die stetigen Fortschritte unseres Verbandes sind den Agitatoren des christlichen Verbandes ein Dorn im Auge; sie sind aber nicht abzuleugnen. Deshalb versucht man auf eine andere, aber höchst bezeichnende Art gegen uns zu arbeiten. Bekanntlich hält es schwer, in manchen Gegenden ein Lokal für Versammlungen zu bekommen. Ist es aber doch nach vieler Mühe gelungen, erscheint prompt in dem Käseblättchen des betreffenden Ortes ungefähr folgende Notiz: Die da und da stattfindende Versammlung ist eine sozialdemokratische oder vom sozialdemokratischen Bauarbeiterverbande einberufene. Der Referent ist der sozialdemokratische Funktionär soundso. usw. Oder es wird unter der Rubrik: „Man schreibt uns“ der Verleumdungsfeldzug begonnen. Durch diesen hinterhältigen Trick will man auf die Wirte einen Druck ausüben und die Kollegen vom Besuch der Versammlungen abhalten. Die Leute wissen, daß nun die Wühlarbeit von oben beginnt. Es wird den Wirten auch gleich eröffnet, daß dieser oder jener den Verkehr bei ihnen einstellt. Die Folge ist dann gewöhnlich, daß das Lokal verweigert wird, und damit ist die Versammlung vereitelt. Daß sich die Wirte über solche Kampfesweise in einer Art äußern, die für die Christlichen alles andere, nur nicht angenehm ist, mögen sie sich merken. Auf die Dauer wird auch dieses Mittel nicht ziehen, aber momentan geben die Wirte dem Drucke noch nach. Der letzte Vorfall der geschilderten Art trug sich am 8. Juni in Merzenich bei Düren zu. Was hierbei aber noch besonders charakteristisch ist, ist folgendes: Nachdem auch wieder die Notiz erschienen und nach der Aussage des Wirtes der Bürgermeister bei ihm gewesen war, war die Versammlung wegen schlechten Besuches und Verweigerung des Lokals unmöglich. Man muß aber in Merzenich doch noch nicht an die Wirksamkeit der christlichen Maulwurfsarbeit geglaubt haben; denn es erschien der Bezirksleiter Lange aus Cöln mit einem Führer aus Düren und dem Leiter aus Merzenich. Lange meinte ganz naiv: „Na, nun wollen wir mal sehen, daß wir sie ordentlich zusammen bekommen.“ Höher geht es wohl nicht mehr. Erst lanciert man derartige Notizen in die Presse und vereitelt den Versammlungsbesuch, und dann kommt man in der Maske des Biedermannes selbst in die „sozialdemokratische“ Versammlung, um hier doch noch sein Schäfchen zu scheren. Ist Falschspiel auch ein christlicher Grundsatz? —

Diese Berichte sind bezeichnend dafür, wie krampfhaft sich die christlichen Gewerkschaften bemühen, den Schaden auszugleichen, der ihnen durch die Stellungnahme des Papstes zugefügt worden ist. Gelingen wird ihnen das aber durch derartige Mittel sicher nicht, am allerwenigsten wird ihnen das Zusammenarbeiten mit Unternehmern, wie das im Falle Bautzen geschehen ist und wie es sicher auch anderwärts geschehen wird, zum Segen gereichen. Soviel sollten doch die christlichen Gewerkschaften am Schicksal der gelben Unternehmerschutztruppen gelernt haben, daß sich eine Arbeiterorganisation nicht ungestraft mit den Unternehmern verbinden kann!

Eine schwarze Liste!

In Singen a. H. streiken die Bauarbeiter. Die Unternehmer haben sie alle, insgesamt 323 Namen, auf eine schwarze Liste gesetzt; die sie im Deutschen Reich und wohl auch an die Unternehmer der Grenzländer versenden. Der Liste ist folgendes Begleitschreiben vorangesetzt:

Singen a. H., den 12. Juni 1912.

Werte Herren Kollegen!

Da seit. Montag, den 10. d. M., die hiesigen Bauarbeiter, trotz weitmöglichstem Entgegenkommen der Arbeitgeber in den Streik getreten sind, ersuchen wir Sie höflichst, in Ihrem sowie in unserm Interesse unsere Stellungnahme unterstützen zu wollen. Wir lassen Ihnen nachstehend die Liste aller hier in Ausstand gesetzten Leute zugehen mit der höflichen Bitte, hiervon bis zum Ende des Streiks niemand einzustellen. Sollte dies zum Teil schon geschehen sein, so bitten wir Sie dringend, deren Entlassung wieder veranlassen zu wollen.

Mit kollegialem Gruß

Die vereinigten Arbeitgeber der Stadt Singen a. H.

Die menschenfreundlichen Unternehmer in Singen glauben also, den Sieg erringen zu können, indem sie 323 Arbeiter dem Hunger überliefern. Die Organisation wird dafür sorgen, daß die Kämpfer nicht zu hungern brauchen. An unsere Kollegen aber richten wir das dringende Ersuchen, nun erst recht alles aufzubieten, damit der Zuzug nach Singen streng ferngehalten wird und daß die auf die schwarze Liste gesetzten Arbeiter bei vernünftigen Unternehmern in Arbeit kommen!

(Kurz vor Redaktionsschluß ging uns die weiter vorn abgedruckte Mitteilung zu, daß der Streik inzwischen beendet werden konnte. Die Unternehmer mußten in die Erhöhung des Stundenlohnes um 4 ₰ und in den Abschluß eines Vertrages willigen. Ihre schwarze Liste hat ihnen also nichts genützt.)

Gipser und Stukkateure.

Die Bewegung der Stukkateure in **Bremen** ist nach achtwöchigem Streik mit vollem Erfolge beendet worden. Es wurde ein Tarif bis 1. Juli 1914 abgeschlossen, der folgendes vorsieht: „Die normale Arbeitszeit beträgt bis 31. Oktober 1912 wie im Hochbauvertrag 9 Stunden, vom 1. November 1912 bis 30. Juni 1913 8½ Stunden und endigt ab 16. Februar um 5½ Uhr, vom 1. Juli 1913 ab 8 Stunden. In Akkord wird nicht gearbeitet. Der Stundenlohn für einen Stukkateur und für einen Rapitzarbeiter beträgt bis 31. Oktober 1912 80 ₰, bis 30. Juni 1913 85 ₰, vom 1. Juli 1913 ab 90 ₰, für einen Hilfsarbeiter 10 ₰ weniger als wie für Stukkateure. An Zuschlägen zu vorstehendem Lohn wird gezahlt: Für Ueberstunden, 15 ₰, für Nachtarbeit 35 ₰, für Sonntagsarbeit und Arbeit an gesetzlichen Feiertagen 50 ₰. Für Gesellen und Arbeiter, die infolge Alters oder Invalidität in ihrer Leistungsfähigkeit beschränkt sind, sowie für Junggesellen im ersten Lehrjahre nach beendigter Lehrzeit, kann ein geringerer Lohn durch freie Vereinbarung bis zu 10 ₰ unter dem Tariflohn festgesetzt werden. Diese Vereinbarung hat innerhalb der ersten sechs Tage nach Antritt der Arbeitszeit zu erfolgen, andernfalls ist der tariflich festgesetzte Lohn zu zahlen. Bei Arbeiten außerhalb Bremens fällt die Fahrzeit in die Arbeitszeit. Außerdem wird pro Tag ab 1. November 1912 ein Zuschlag von M. 1 nebst Fahrgeld 4. Klasse gezahlt. Ist die tägliche Rückfahrt nicht möglich, so ist eine tägliche Zulage von M. 2,50 nebst vierzehntägiger Hin- und Rückfahrt zu zahlen. Fahrzeit wird als Arbeitszeit bezahlt. Kann wöchentlich nicht nach Hause gefahren werden, so ist die Zulage auch für den Sonntag zu zahlen. Den Transport des Werkzeuges übernimmt die Firma.“ Da die Stukkateurgeschäfte dem Arbeitgeberbund angeschlossen sind, verlangte dieser anfangs, die Stukkateure sollten „als Nachtrag“ mit in den Hochbauvertrag aufgenommen werden. An eine Verkürzung der Arbeitszeit sei nicht zu denken. Ebenfalls sollte unter allen Umständen der Ablauftermin der 31. März 1913 sein. Alle diese frommen Wünsche hat der Arbeitgeber-

verband zu Grabe tragen müssen: **Der Vertrag läuft bis 1. Juli 1914 und bringt den Achtstundentag!**

Wie nicht anders zu erwarten war, sind am 1. Juli die Stukkateure in **Halle a. d. S.** wegen der ablehnenden Haltung der Unternehmer in den Streik eingetreten. Die Unternehmer haben den Arbeitgeberverband für das Baugewerbe als Rettungsanker benutzt, weil sie glaubten, dieser sei in der Lage, die Lohnbewegung respektive den Streik im Keime zu ersticken. Auch der Arbeitgeberverband hält es nicht für notwendig, in eine Verhandlung einzutreten und zu sagen, was man von den Gehilfen wünscht, obwohl dies in dem bis zum 1. Juli 1912 laufenden Lohntarif ausdrücklich festgelegt ist. Durch dieses Verhalten ist zu erkennen, daß die Unternehmer den Kampf wollten. Der Arbeitgeberverband teilt in einem Schreiben vom 28. Juni folgendes mit:

Unserm Schreiben von gestern haben wir hinzuzufügen: Die hiesigen Stuckgeschäfte sind nicht in der Lage, die verlangte Lohnerhöhung ab 1. Juli 1912 eintreten zu lassen, da der jetzige hohe Stand der Löhne den Abschluß der Geschäfte in dieser Branche sehr erheblich beschränkt hat. Eine weitere allgemeine Preiserhöhung wurde dem Gewerbe noch bedeutend mehr Schaden zufügen, was ebenso wenig im Interesse der Arbeitnehmer wie Arbeitgeber liegt. Der wirkliche Verdienst der Stukkateure und Rabitzer ist hierorts derartig hoch, daß sich kein anderer Beruf mit entsprechender Arbeitsleistung mit ihm messen kann. Es ist also die Berufung auf die Steigerung der Lebensmittelpreise, durch die eine noch größere Erhöhung der Löhne erforderlich sein soll, nicht stichhaltig. Denn die Steigerung des hiesigen Lohnsatzes ist diesem Vorbringen bereits vorausgeschritten. Die den Arbeitgebern namentlich in der letzten Zeit aufgebürdeten vermehrten sozialen Lasten sind dortseits bekannt. Aus diesen Gründen bedarf es für eine Lohnerhöhung einer gewissen Zeit des Uebergangs und wir sind bereit, diese auf ein Jahr abzukürzen, so daß vor der nächsten Bauperiode abschließende Verhandlungen in Aussicht gestellt werden können.

Eine andere Antwort konnte man vom Arbeitgeberverband nicht erwarten; denn die Begründung zur Ablehnung ist nicht neu. Bereits im Jahre 1910 bei der Bewegung der Bauarbeiter operierte man mit der gleichen Erklärung. Neu ist nur, daß man den Stukkateuren empfiehlt, ihre Forderungen von 5 ₰ Lohnerhöhung ein Jahr zurückzustellen und dann eventuell in Verhandlungen einzutreten. Im Jahre 1913 wollen die Unternehmer respektive der Arbeitgeberverband unterhandeln. Ach wie gnädig! Das ist doch zu fadenscheinig, um nicht zu erkennen, was der Arbeitgeberverband bezweckt. Ein besonderer Aderlaß soll 1913 an den Stukkateuren sowie an den Maurern und Hilfsarbeitern erfolgen. — Die vollbesuchte Versammlung der Stukkateure beschäftigte sich am 29. Juni mit dem Antwortschreiben des Arbeitgeberverbandes. Alle Redner kennzeichneten das rückständige Verhalten der Unternehmer. Als Antwort darauf wurde, da auch der Arbeitgeberverband eine Verhandlung ablehnte, der Streik beschlossen. Ein Arbeitgeber hat die Forderungen in vollem Umfange anerkannt. Ferner wurde an die Solidarität der Maurer appelliert, jede in das Stuckfach einschlagende Arbeit abzulehnen. In diesen Fällen ist der Verbandsleitung sofort Mitteilung zu machen.

Internationale Bauarbeiterbewegung.

Aus der französischen Bauarbeiter-Föderation.

Jr. Paris, 28. Juni. Bekanntlich hat der letzte Kongreß der französischen Bauarbeiterorganisation beschlossen, die Föderation auf einer neuen Basis zu konstituieren, die zugleich eine Entwicklungsstufe zur Zentralorganisation darstellt. Die letzte Nummer des „Travailleur du Bâtiment“ enthält die Tabelle der Neueinteilung in Gaue. Die Föderation ist in 25 französische Gaue eingeteilt, wozu noch ein Gau für die Kolonien kommt, der sich vorläufig auf Algerien und Tunis beschränkt. Die Gaue treten vom 30. Juni bis 6. Oktober zu Konferenzen zusammen, auf denen unter andern die Mitglieder des neuen Föderationsrates zu wählen sind.

Nach den Statuten der Föderation sind die Funktionäre der Zentrale auf vier Jahre gewählt. In diesem Jahre hatten sich der erste Sekretär Péricat und der erste Kassierer Clément einer Neuwahl zu unterziehen. Die Wahl, die am 3. Juni stattfinden sollte und vom Föderationskomitee vollzogen wird, mußte jedoch wegen Mangels an Kandidaten auf den 25. Juli verschoben werden. Péricat hatte angesichts der gehässigen Angriffe seiner engeren Berufskollegen vom Pariser Maurersyndikat auf dem Kongreß von Bordeaux erklärt, daß er nur annehmen könne, wenn die Pariser Maurer ihn dazu autorisierten. Das Syndikat ließ darauf in sämtlichen Sektionen eine Abstimmung vornehmen. 27 von 58 Sektionen beteiligten sich an der Abstimmung. Von diesen widersetzten sich 19 einer Wiederwahl Péricats, und zwar mit folgender merkwürdigen Begründung: „ . . . . . Unser Syndikat sagt in seiner Statutenerklärung: „Die Befreiung der Arbeiterschaft kann nur ihr eigenes Werk sein.“ Kein Individuum kann und soll unersetzlich sein usw. . . . . Die Annahme des von den Delegierten von Bordeaux ausgesprochenen Wunsches enthält die Verwerfung der konstituierenden Grundsätze unserer Syndikatsorganisation, ist die Verneinung des bis jetzt immer unsern Delegierten auf den verschiedenen Kongressen anvertrauten Mandats.... Keine persönliche Erwägung gestattet eine solche Abdankung. Die Ergebenheit, der mutige und hartnäckige Wille Péricats in der Ausübung seines Mandats sind anerkannt und bilden die Bewunderung aller. Aber trotzdem, aus den angeführten höheren Gründen, können sie nicht die strenge Beobachtung unserer Prinzipien ändern....“ — Dieses „Prinzip“ besteht darin, daß ein Gewerkschaftsfunktionär nicht wiedergewählt werden darf. Zugleich hat das Syndikat der Schlosser, dem Clément angehört, einen gleichen Beschluß gefaßt, in dem auch anerkannt wird, daß Clément „sein Mandat stets mit Ergebenheit ausgeübt hat“, aber aus „prinzipiellen“ Gründen der Kassierer der Föderation aufgefordert wird, eine Wiederwahl abzulehnen. Die beiden Kollegen haben sich diesen Beschlüssen gefügt, und damit war die Organisation ihrer besten leitenden Funktionäre beraubt.

Wir brauchen wohl nicht näher zu begründen, wie kindisch, gefährlich und kleinlich die in den Beschlüssen zum Ausdruck gebrachte Auffassung ist. Diese „Krankheit des Antifunktionarismus“, wie Péricat in seiner Antwort sehr richtig schreibt, ist anarchistischen Ursprungs. Sie hat viel Unheil in den französischen Gewerkschaften angerichtet. Glücklicherweise ist sie im Schwinden. Wie wir erfahren, hat sich Nicolet, der frühere erste Sekretär der Föderation, bereit erklärt, unter diesen Umständen das Amt wieder anzunehmen. Damit ist der Organisation eine eminente Kraft zurückgewonnen.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen usw.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Unfällen, Baueinstürzen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

*

Bernburg. Am 23. Juni stürzte der Kollege Franz Koch infolge eines Fehltrittes auf der Chlorkaliumfabrik in Roschwitz ungefähr 11 m hoch vom Gerüst, als er einen Träger vermauern wollte. Schwer verletzt wurde er nach Halle (Bergmannstrost) transportiert.

Breslau. Am 19. Juni verunglückte der Arbeiter Paul Liebal auf einer Baustelle in der Kaiser-Wilhelm-Straße in recht schwerer Weise. Eine aus Eisenbeton hergestellte freitragende Erkerplattform brach unter seiner Last zusammen und Liebal stürzte aus einer Höhe von 4 m in die Tiefe. Teile des auf der Plattform angebrachten Mauerwerks begruben ihn unter sich und fügten ihm erhebliche innere und äußere Verletzungen zu. Zum Glück blieb das zerbrochene Werkstück an den eingelegten Eisenstäben hängen, sonst würde es ihn bei seinem Nachsturz erschlagen haben. Nach Anlegung eines Notverbandes schaffte die Feuerwehr den Schwerverletzten in das Jüdische Krankenhaus. Die Ursache des Unfalls liegt in einem Konstruktionsfehler der Plattform, die wahrscheinlich von ungeübten Arbeitern hergestellt wurde.

Chemnitz. Beim Abbruch der Häuser zum Neubau des Warenhauses Tietz an der Post-, Moritz- und Wiesenstraße ereignete sich am 29. Juni ein recht bedauerlicher Unfall. Dem Unternehmer geht das Abbrechen der alten Mauerteile nicht schnell genug. Er läßt nicht, wie das im Interesse von Leben und Gesundheit der Arbeiter notwendig wäre, die Mauerteile stückweise abreißen, sondern es werden ganze Pfeiler und Mauern auf einmal umgeworfen. Schon mehrere Unfälle sind auf diese Art vorgekommen; doch der Unternehmer hat nur ein Interesse an möglichst großem Profit, und so mißachtet er fortgesetzt die einfachsten Regeln des Bauarbeiterschutzes. Der letzte Unfall trug sich so zu: Eine ganze Mauerecke sollte umgeschoben werden. Zu diesem Umschieben wurden eine Winde und ein Balken benutzt; letzterer war in das umzustoßende Mauerwerk eingestemmt und wurde durch die Winde gegen dieses gepreßt, um so den Fall des Mauerwerkes zu bewerkstelligen. Die Mauer fiel aber nicht, wie berechnet, nach außen, sondern schob sich nur auf einer Seite weg, so daß der Balken abrutschte und mit voller Wucht einem Arbeiter in das Gebiß schlug, wodurch dieser eine schwere Verletzung des Mundes und des Unterkiefers erlitt.

Dresden. Am Neubau des Unternehmers Schwenke, Am Postplatz, war der Kollege Jentsch damit beschäftigt, die Schalung des Eisenbetons mit der Axt zu beseitigen. Infolge des Regens rutschte die Axt von dem nassen Holze ab und verletzte Jentsch am Fuße derart, daß er mittels Droschke nach seiner Wohnung gebracht werden mußte.

Duisburg. Am 25. Juni stürzte vom Neubau am Kleinen Kalthof der Maurer Theodor Grygwol aus erheblicher Höhe auf die Straße. Mittels Krankenwagens wurde der Verletzte zum Marienhospital geschafft. Die erlittenen Verletzungen sind anscheinend leichter Natur.

Flöha. Hier belasteten Zimmerleute am Bau des Baueisters Strung ein als Schutzgerüst dienendes Stangengerüst mit zum Richten des Baues bestimmten Bauholz. In der Nacht stürzte das überlastete Gerüst ein, ohne weiteren Schaden anzurichten. Leicht hätte jedoch das Gerüst schon während der Arbeit zusammenbrechen und sehr schlimme Folgen haben können. Sicher dürfte hier die Bauaufsicht gefehlt haben.

Hamburg. Am 21. Juni fiel dem Maurer Stergel an dem Bau am Speersort beim Unterfangen von Mauerwerk ein Teil Erdmasse auf den Körper. St. erlitt innere Verletzungen und wurde ins Hafenkrankenhaus transportiert. — Am 22. Juni fiel an einem Bau in Gr.-Flottbek dem Arbeiter Stüben ein Stück Eisen auf den Kopf. Er wurde, da er schwer verletzt war, in seine Wohnung geschafft. — Am 24. Juni stürzte an dem Bau der Zinkhütte in Schiffbek der Arbeiter Gruber ab und war nach wenigen Augenblicken tot. Die Eisenarbeiter waren mit dem Aufstellen von Eisenbindern beschäftigt. Wie so oft in der Eisenbranche, hatte man auch hier mehrere Binder aufgestellt, diese aber nur provisorisch abgeschwertet. Der Verunglückte machte ein Seil los, die Binder gaben nach und das Unglück geschah. Leider liegt die Kontrolle dieser Arbeitergruppen seitens der Berufsgenossenschaft sehr im argen und die Arbeiter dieser Branche haben alle Ursache, selbst für eine Besserung des Bauarbeiterschutzes zu sorgen. — Am 25. Juni fiel an dem Bau in der Großmannstraße dem Arbeiter Frommann ein Stein auf die Nase. Er ist erwerbsunfähig. — Am Bau Rappolt in der Mönckebergstraße fiel am 27. Juni der Arbeiter Koluga in eine Kelleröffnung. Er starb nach kurzer Zeit. Der Unfall konnte nur passieren, weil die Oeffnung weder abgedeckt noch abgesperrt war.

Herne. An den Koksofenanlagen der Zeche „Mont Cenis“ in Sodingen, ausführender Unternehmer Kollin aus Dortmund, verunglückte beim Transport schwerer Eisenträger ein italienischer Kollege dadurch schwer, daß ihm beim Absetzen der Eisen am Mittelfinger zwei Glieder abgerissen wurden, während an den andern Fingern das Fleisch von den Knochen geschält wurde. Der Unfall ist zweifellos durch die wüste Arbeitsart, die am Bau herrscht, verschuldet. Die Eisen mußten über größere Ankerlöcher hinweg transportiert werden, ohne daß letztere abgedeckt wurden. Auch mußten die Eisen statt mit Zangen mit den Händen angefaßt werden. Wären der Vorschrift gemäß Zangen zum Transport genommen worden, hätte das Unglück nicht geschehen können. Die Schuld trifft den Polier, der den Vorschriften zuwider arbeiten ließ. Der Baudelegierte, der des Unglücksfalles wegen vorstellig wurde, die Mißstände rügte und um Abhilfe ersuchte, wurde kurzerhand entlassen. Hoffentlich erhält der Polier für sein vorschriftswidriges, das Leben der Arbeiter gefährdende Verhalten die wohlverdiente Strafe.

Hirschberg. Am 19. Juni verunglückte der Kollege Heinrich Exner auf dem Neubau der Firma Engelhardt & Müller dadurch, daß er beim Schnuranspannen das Gleichgewicht verlor und aus einer Höhe von 4½ m auf eine Betondecke herabstürzte. Der sofort herbeigerufene Arzt stellte eine schwere Erschütterung des Körpers fest. Der Kollege wurde in einer herbeigeholten Droschke sofort nach seiner Wohnung gebracht. Der Unglücksfall wäre vermieden worden, wenn dort abgedeckt gewesen wäre.

Leipzig. Am 26. Juni wurde ein Kollege am Neubau der „Drei Linden“ in Lindenau beim Transport von Zementdielen am rechten Fuße stark verletzt. Trotzdem an dem Neubau drei Poliere beschäftigt sind, und obwohl jeder vernünftige Mensch sehen mußte, daß der Kollege nicht nach Hause gehen konnte, ließ man denselben eine Stunde lang in der Baubude sitzen. Erst ein anderer Kollege mußte die Poliere veranlassen, den Kollegen durch einen Krankenwagen nach dem Krankenhause bringen zu lassen. — Am 27. Juni stürzte an einem Neubau in der Dornaischen Straße in L.-Dösitz ein Abputzgerüst zusammen. Bei dem Gerüstbau war ein fehlerhaftes Streckholz mit verwendet worden. Die beiden Kollegen, die auf dem Gerüst beschäftigt waren, stürzten mit ab, erlitten aber glücklicherweise nur leichte Verletzungen.

Mannheim. Am 22. Juni verunglückte bei der Firma H. Eisen der Kollege Langlotz am Bau der Wasserleitung in Rheinau beim Hinablassen eines Rohres dadurch, daß er in Ermangelung eines Laufbrettes über den Kanal auf eine Spreize trat, wobei er abrutschte. Beim Anschlagen auf ein Rohr brach er den Unterschenkel. Wen das Verschulden an der Außerachtlassung der nötigen Vorsichtsmaßregel trifft, muß die Untersuchung ergeben. — Einen tödlichen Unfall erlitt am 27. Juni der Maurerpolier L. Jäger von Ilvesheim auf dem Neubau des Unternehmers Kocher in Seckenheim. Beim Aufziehen einer zirka 40 Zentner schweren Steinplatte zerriß das Seil, wobei J. das Uebergewicht bekam und 8 m hinabstürzte. Er fiel auf einen Wasserbehälter und erlitt einen Schädelbruch. Der Tod trat nach einigen Minuten ein. Jäger hinterläßt eine Witwe mit acht Kindern. — Am Neubau einer eisernen Halle in der Maschinenfabrik Vögele verunglückten am 28. Juni zwei Arbeiter tödlich, ein dritter erlitt schwere Verletzungen. Mehrere Arbeiter waren um 4 Uhr mit dem Einschieben eines schweren eisernen Rahmstückes in die Dachkonstruktion auf einem Gerüst beschäftigt. Ein Arbeiter soll das Stück zu früh haben fallen lassen und durch die Wucht des Aufschlagens soll das Gerüst gebrochen sein. Die Arbeiter stürzten aus einer Höhe von 15 m in die Tiefe. Der Monteur Josef Keller aus Ketsch konnte nur als Leiche aus den Trümmern hervorgeholt werden; er war mit dem Körper auf ein Winkeleisen gefallen, wodurch sein sofortiger Tod herbeigeführt wurde. Der Arbeiter Jak. Falk wurde mit schweren inneren Verletzungen bewußtlos ins Krankenhaus geschafft, wo er um 6½ Uhr starb. Der dritte Arbeiter, Josef Gretel von Ketsch, erlitt eine Magenverletzung und einen Oberschenkelbruch. Ueber die Schuldfrage wird man sich erst ein Urteil bilden können, wenn die Untersuchung abgeschlossen ist. So viel steht aber jetzt schon fest, daß seitens der Firma Wolf, Netter & Jakobi aus Straßburg bezüglich der Abdeckung nicht alles geschehen ist, was notwendig ist, um bei solchen Eisenkonstruktionsbauten Menschenopfer zu vermeiden. Seit Jahren verlangen die badischen Bauarbeiter besseren Schutz, besonders für diesen Teil der Bauarbeit. Eine vor drei Jahren an das badische Ministerium gerichtete Petition über durchgreifende Verbesserungen der bestehenden Vorschriften ruht heute noch im Schoße dieses Ministeriums und die Petenten warten immer noch auf Antwort. Die großen auswärtigen Eisenkonstruktionsfirmen, die ihre schweren Eisenteile wohl auf die Baustelle bringen, aber immer das nötige Gerüstmaterial vergessen, veranlassen die Arbeiter, sich mit durchaus unzulänglichem Gerüstmaterial zu behelfen.

Marienwerder. Als am 25. Juni am Abbruch des Unternehmers Kraich in der Breiten Straße mehrere Kollegen ihre Arbeit taten, fiel plötzlich eine Wand um und begrub den Maurer Franz Jackel. Dieser erlitt schwere Verletzungen und mußte sofort in ärztliche Behandlung gebracht werden. Drei Hilfsarbeiter kamen mit leichteren Hautabschürfungen davon. Bei etwas mehr Ruhe hätte das Unglück vermieden werden können.

Nürnberg. Am 19. Juni stürzte der Tagelöhner Michael Breller auf dem Bau des Baumeisters Schenk vom Kamin auf die Balkenlage. Er mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Der Unfall konnte nur geschehen, weil am Gerüst die Schutzvorrichtungen fehlten, die man in dem allgemeinen Hasten und Treiben nicht anbringen konnte. Auf dem Bau fehlt auch eine genügende Abdeckung, so daß die Arbeiter gezwungen sind, auf dem Fehlboden zu gehen, was selbstverständlich sehr gefährlich ist.

Pforzheim. Am 27. Juni verunglückte Kollege Völler aus Königsbach bei einem Stockaufbau des Unternehmers Geist in der Kronprinzenstraße dadurch, daß er in einen Nagel trat, der durch ein umherliegendes Brett geschagen war. Er wird auf längere Zeit das Bett hüten müssen.

Stralsund. Auf dem Schulhausneubau ereignete sich am 24. Juni dadurch ein schwerer Unfall, daß beim Abwerfen von Steinen der Durchbinder, der an den Gerüststangen in Drahtsträngen hing, neben dem Drahtstrang brach und vier Bauarbeiter aus einer Höhe von etwa 4 m herabfielen. Der Kollege Hermann Möller erlitt eine Quetschung des Oberarmes dadurch, daß ihm beim Fall ein mit Kalk gefüllter Kübel auf die rechte Schulter fiel und den Arm aus dem Gelenk riß. Der Kollege Karl Martens erhielt mehrere Kopfwunden und anscheinend auch innere Verletzungen. Beide wurden mittels Droschke ins Krankenhaus gebracht. Der Kollege August Dikowski erlitt ebenfalls Kopfwunden und mehrere Hautabschürfungen, konnte aber am Nachmittag weiterarbeiten. Der Kollege Ludwig Brüning erhielt mehrere Abschürfungen an den Schultern und beiden Armen. Drei Kollegen haben derartige Verletzungen erlitten, daß sie wohl vorläufig nicht ans Arbeiten denken können. Wodurch das Unglück entstanden ist, muß die Untersuchung durch die Berufsgenossenschaft ergeben. Der gebrochene Durchbinder, der gut erhalten war, war 10 cm im Durchmesser stark und die Aufrichter standen kaum 1½ m auseinander. Viel Material war auch nicht auf der Rüstung, es kann also auch keine Ueberlastung in Frage kommen. Ein Glück war es, daß die beiden Maurer auf dem Mauerwerk standen; denn sonst wären auch diese mit heruntergefallen und hätten vielleicht auch noch Verletzungen erlitten. Kollegen! Dieser Unfall zeigt uns wieder, daß auf dem Gebiet des Bauarbeiterschutzes noch viel gebessert werden muß. Vor allen Dingen ist es notwendig, daß die Kollegen überall auf den Bauten auf dem Posten sind und dem Zweigvereinsvorstand oder der Bauarbeiterschutzkommission über alle Mißstände auf den Bauten Nachricht zukommen lassen, damit von diesen Abhilfe geschaffen wird. — An demselben Tage passierten zwei weitere Unfälle bei andern Unternehmern, wobei ein Kollege wegen Verstauchung einer Hand hat ins Krankenhaus gehen müssen. Leider hielten es die dort beschäftigten Kollegen nicht der Mühe wert, den Vorstand hierüber Nachricht zu geben. Die Kollegen sollten den Vorstand immer sofort von allen Unfällen benachrichtigen. Wie sieht es nun mit dem sanitären Arbeiterschutz aus? Nach der Polizeiverordnung, betreffend die Arbeiterfürsorge auf Bauten, vom 9. Mai 1912 sollen Aborte für die Arbeiter in genügender Anzahl vorhanden sein. Es dürfen höchstens auf einen Sitz (im Abort) 25 Personen kommen. Auf dem Schulhausneubau kommen aber statt 25 48 Personen auf einen Sitz. Das nennt sich dann Arbeiterfürsorge.

Der Bauarbeiterschutz in der Zweiten Kammer des Elsaß-Lothringischen Landtages. Die Frage der Regelung des Bauarbeiterschutzes ist nun auch in Elsaß-Lothringen in ein neues Stadium eingetreten. Die jahrzehntelangen Bestrebungen und Bemühungen der organisierten Arbeiterschaft sind endlich mit Erfolg gekrönt. Die zweite Kammer des elsaß-lothringischen Landtags hat in ihrer Sitzung vom 4. Juni den vorliegenden Anträgen der Sozialdemokraten und des Zentrums, die die Schaffung einer Landesbauordnung und Anstellung von Arbeiterkontrolleuren verlangte, zugestimmt. Diese Zustimmung ist ein Novum in der parlamentarischen Geschichte des Landes. Während der frühere Landesausschuß hartnäckig und konsequent alle Forderungen der Arbeiter, auch der Bauarbeiter, zum größten Teile ignorierte, liegen die Dinge beim jetzigen Landtage etwas anders. Dies hat seinen Grund in der vorgenommenen Aenderung der Verfassung. Die neue Verfassung brachte dem Lande ein freieres Wahlrecht; die Abgeordneten werden in direkter und geheimer Wahl gewählt, im Gegensatz zum indirekten Wahlverfahren zum früheren Landesausschuß. Da man mit den Stimmen der Arbeiter bei den Wahlen rechnen muß, kann man natürlich deren Forderungen nicht mehr in demselben Maße übergehen, wie dies der frühere Landesausschuß noch konnte. Es kommt auch noch in Betracht, daß sich in der zweiten Kammer unter den 60 Abgeordneten elf Sozialdemokraten befinden, die als treibender Faktor in allen Arbeiterfragen anzusehen sind. Deswegen glaubten auch die Bauarbeiter, die in den Jahren 1903, 1904 und 1909 vergeblich um besseren Arbeiterschutz an den Landesausschuß petitionierten hatten, ihre Zeit für gekommen, um erneut an das Parlament heranzutreten.

In der Landesbauarbeiterschutzkonferenz vom 10. Dezember 1911 wurden die Forderungen nochmals formuliert und der Zweiten Kammer zugestellt. Die sozialdemokratische Fraktion erhob diese Forderungen zum Antrag, der in den Sitzungen vom 24. Mai und 4. Juni debattiert wurde und mit den Stimmen der Sozialdemokraten zur Annahme gelangte. Zu gleicher Zeit hatte auch das Zentrum, dessen Fraktion im Landesausschuß keinen Finger gerührt hatte, für die Bauarbeiter einen Antrag eingebracht, der, wie der sozialdemokratische, eine landesgesetzliche Regelung des Bauarbeiterschutzes und die Anstellung von Bauaufsehern aus dem Bauarbeiterstande verlangte. Während aber der sozialdemokratische Antrag in Orten von 10 000 Einwohnern schon einen Arbeiterkontrolleur vorsieht, forderte der des Zentrums solche in „genügender" Zahl. Hier kommt die bekannte Halbheit des Zentrums, das sich überall gleich ist, vollkommen zum Ausdruck. Man möchte wohl eine Kleinigkeit für die Arbeiter tun, dem Unternehmertum aber nicht zu nahe treten. Die Verhandlungen selbst waren sehr interessant und werfen ein grelles Schlaglicht auf die sogenannte Arbeiterfreundlichkeit der gesamten bürgerlichen Parteien und der elsaß-lothringischen Regierung. Zunächst kam der Sprecher des Zentrums, als der stärksten Fraktion, zum Wort. Er begründete seinen, den Wünschen der „christlich" nationalen Arbeiter entsprechenden Antrag recht und schlecht. Nach ihm sprach von der sozialdemokratischen Fraktion Genosse Imbs. Nach dem Genossen Imbs kam der Lothringer Engel zum Wort, der im Auftrage seines Kollegen Steinsetz eine richtige Scharfmacherrede hielt. Er ist natürlich gegen die Einführung von Arbeiterkontrolleuren, weil sie, man höre und staune, den sozialen Gegensatz verschärfen, weil ihnen die theoretische und praktische Bildung fehlte, weil die politische Agitation auf die Baustelle getragen würde und — der soziale Friede gefährdet würde. Es war eine Rede, an der die Scharfmacher ihre helle Freude haben werden. Der Sprecher der Liberalen sprach nur wenig und sehr vorsichtig. Er ist auch für besseren Bauarbeiterschutz, seine Fraktion wird aber nur für den Zentrumsantrag stimmen. Dann kam der Vertreter der Regierung, Herr Unterstaatssekretär Mandel. Die Landesbauordnung kommt, aber für die Arbeiterkontrolleure ist die Regierung niemals. Zur Begründung beruft er sich auf — Preußen. Mandel ist bekanntlich Bayer, daher wirkte es komisch, als er sich auf Preußen berief und sein Vaterland Bayern, das nach Aussage der bayerischen Minister doch mit den Arbeiterkontrolleuren die besten Erfahrungen gemacht hat, gar nicht erwähnte. Mandel ist entschieden gegen die Wahl der Kontrolleure durch die Arbeiter selbst, das würde nur „die Politik auf den Bauplatz tragen". Mit dem Zentrumsantrag ist er im „allgemeinen" einverstanden. In einer glänzenden Replik widerlegte Genosse Imbs all die gemachten Einwendungen, namentlich auf die guten Erfahrungen in Bayern und Württemberg hinweisend. Dann kam die Abstimmung. Der Antrag der Sozialdemokraten kam als der weitgehendste zuerst. Er wurde mit elf gegen drei Stimmen angenommen. Alle übrigen Abgeordneten enthielten sich der Abstimmung. Der Antrag des Zentrums wurde ohne Widerspruch ebenfalls angenommen.

Damit ist nun auch in Elsaß-Lothringen die erste Bresche für den Bauarbeiterschutz geschlagen. An der Arbeiterschaft wird es liegen, dahin zu wirken, daß wir bald den vollständigen Sieg erringen.

Eine Petition an den Magistrat der Stadt Altona hat die Bauarbeiterschutzkommission für Hamburg, Altona, Wandsbeck und Umgegend eingereicht. In ihr wird darauf aufmerksam gemacht, daß die bisher für das Stadtgebiet Altona und Umgegend geltenden Bestimmungen, betreffend Arbeiterfürsorge auf Bauten, heute vollständig ungenügend sind. Der Magistrat wird ersucht, eine fachmännische Kommission einzusetzen, die die bisher gültige Verordnung vom Jahre 1900 unter Berücksichtigung der jetzigen modernen Bauausführung einer gründlichen Revision unterziehen soll. Aus praktischen Gründen wird gefordert, bei der Ausarbeitung neuer Bestimmungen auch Vertreter der baugewerblichen Arbeiter Altonas als Auskunftspersonen hinzuzuziehen. Als besonders notwendig werden Schutzbestimmungen für Arbeiten mit Fahrstühlen und Winden, die an Hochbauten zur Beförderung des Materials benutzt werden, bezeichnet. Diese Bestimmungen sollen sich besonders auf die Druckfähigkeit, Beschaffenheit der Seile, Brems- und Schutzvorrichtung und auf die Beschaffenheit der Gerüste für die Fahrstühle und Winden beziehen. Welcher Art die Bestimmungen sein müßten, wird im einzelnen dargelegt und dann vorgeschlagen, daß von der Baupolizeibehörde ein Fachmann eingesetzt werden solle, der alle Fahrstühle vor ihrer Benutzung zu prüfen hätte. — Gegen die Gefahren beim Ueberdiehandmauern wird folgende Bestimmung in Vorschlag gebracht: „Das Ueberhandmauern nach außen ist nur dort gestattet, wo es nicht möglich ist, ein Außengerüst aufzustellen; ausgenommen hiervon ist das Mauern von hohen Schornsteinen. Wo hiernach das Ueberhandmauern zugelassen werden muß, ist in der Höhe der nächsten Balkenlage unter der Arbeitsstelle ein mindestens 2 m breites, mit Gerüstbrettern dicht abgedecktes Schutzdach mit 60 cm hohen Bordbrettern gegen die Gefahr des Absturzes anzubringen." — Auch von den Vorschriften über Aborte und Pissoire in der Polizeiverordnung von 1900 wird gesagt, daß sie keineswegs mehr den heutigen Anforderungen genügen. Es wird daher die Aufnahme folgender Bestimmungen vorgeschlagen: „1. Auf jedem Neubau müssen bei Beginn der Bauarbeit Bedürfnisanstalten (d. h. Aborte und Pissoire) für die auf dem Bau beschäftigten Arbeiter hergestellt werden. 2. Die Aborte sind entweder an das öffentliche Siel anzuschließen und mit Wasserspülung zu versehen oder es sind Kübel zu verwenden, die von der Stadt Altona geliefert und zwecks Entleerung wieder abgeholt werden. 3. Die Aborte müssen abseits von bewohnten Räumen und von der Baubude stehen und sind so einzurichten, daß man weder von der Arbeitsstelle, noch von der Straße, noch von den umliegenden Grundstücken und Gebäuden in sie hineinsehen kann. 4. Die Aborte müssen gegen Witterungseinflüsse geschützt sein. An dunklen Stellen hat der Unternehmer für die notwendige Beleuchtung zu sorgen. 5. Wenn Aborte mit Wasserspülung und Sielanschluß errichtet werden, muß für je 15 Arbeiter mindestens ein Abortsitz hergestellt werden; für 25 Arbeiter mindestens zwei, und wenn mehr Arbeiter an der Baustelle beschäftigt werden, so muß für je 15 Arbeiter ein Sitz vorhanden sein. Der Sitz ist mit 75 cm zu berechnen. Die Sitze sind durch eine Wand zu trennen. 6. Wenn Kübelaborte benutzt werden, so ist für je zehn Arbeiter ein Kübel zu berechnen. 7. Auf jedem Bauplatz ist ein Pissoir einzurichten und dessen Ablauf tunlichst dem öffentlichen Siel anzuschließen. Soweit dies nicht angängig ist, sind Sammelgefäße aufzustellen, deren Inhalt in unschädlicher Weise zu beseitigen ist. 8. Die Bedürfnisanstalten müssen stets reinlich gehalten und nach Bedarf desinfiziert werden. 9. Diese Bestimmungen finden auch auf Anbauten, Umbauten und Abbrüchen sinngemäße Anwendung, wenn nicht in den hiervon betroffenen Gebäuden ausreichende Bedürfnisanstalten vorhanden sind." — Ferner werden in der Petition Schutzbestimmungen für Dachdecker, Mechaniker und Glaser verlangt.

Submissionen. Von dem Kgl. Eisenbahn-Betriebsamt I (Bauabteilung) zu Liegnitz war die Ausführung der rung 80 000 cbm umfassenden Erdarbeiten zur Erweiterung des Bahnplanums auf Bahnhof Liegnitz aus Anlaß der Umlegung resp. Verlegung des Geleises beim neuen Maschinenschuppen ausgeschrieben worden; es waren bis zu dem Eröffnungstermine 26 Offerten eingegangen. Die niedrigste Forderung von Franke & Co. in Nago betrug für die ganze Arbeit ℳ 46 340, die höchste Forderung von Kosch & Wiesner in Finsterwalde ℳ 192 773. Die Differenz zwischen diesen beiden Forderungen beträgt demnach ℳ 146 433. Ferner waren von der Königl. Bauabteilung in Liegnitz die Vorarbeiten auf den Bahnhöfen Bohrauseifersdorf, Gräben, Rohnstock und Bolkenhain (rund 5000 m Geleise, 32 Weichen) der Strecken Striegau—Merzdorf und Jauer—Rohnstock ausgeschrieben worden. Die niedrigste Gesamtforderung war die von Themaczewski-Brieg mit ℳ 24 889, die höchste die von Paul Schulz-Goslyn mit ℳ 43 725.

* **Neuerungen im Handwerkszeug.** Das rheinische Industriewerk „Adler" in Bonn a. Rh., Inhaber Ingenieur H. Junk, hat ein neues Reibebrett konstruiert, auf das wir die Kollegen aufmerksam machen möchten. Das Reibebrett ist für feinen Putz bestimmt und besteht aus leichtem, nicht oxydierendem Metall mit einer auswechselbaren Filzplatte und wiegt etwa 500 g = ein Pfund. Es hat zweifellos manche Vorzüge gegenüber den Holzbrettern, die sich bei der Arbeit voll Wasser saugen, dadurch sehr schwer werden und auf die der Filz aufgenagelt oder aufgekittet werden muß. Das Brett kann sich, da es ja eigentlich gar kein „Brett" ist, sondern aus Metall besteht, nicht verziehen. Ist eine Filzplatte aufgebraucht, so kann sie in wenigen Sekunden erneuert werden, wie man auch einen groben Filz im Handumdrehen durch einen feinen ersetzen kann, wenn die Arbeit es notwendig macht. Das Brett ist patentiert worden. Wir haben es gesehen und haben nach Erprobung durch praktisch tätige Kollegen einige Mängel feststellen müssen, die aber durchaus untergeordneter Art sind und deren Beseitigung wir der Firma nahegelegt haben. Der Preis des Brettes beträgt ℳ 1,40 bis ℳ 1,65, je nach der Art des Filzes. Die Ersatzfilzplatten kosten 45 bis 70 ₰. Interessenten wollen sich an die Firma wenden: Rheinisches Industriewerk „Adler" (Inh. Ing. H. Junk) in Bonn a. Rh.

ATK. **Belastungsprobe in einem Betontheater.** In Colorado Springs wurde vor kurzem ein aus Beton errichtetes Theater vollendet, dessen Zuschauerraum außer dem Parkett noch einen ersten und einen zweiten Rang umfaßt. Die beiden Ränge sind freitragend konstruiert worden, und da mochten wohl einige Zweifel in bezug auf die Sicherheit eines solchen Baues laut geworden sein — kurz, man beschloß, durch umfassende Proben diese Sicherheit zu beweisen. So prüfte man die Tragfähigkeit der Ränge durch ein ebenso einfaches, wie wirksames Mittel, und zwar, noch bevor die innere Ausschmückung begonnen worden war. Man belastete beide Ränge mit Sandsäcken von 45 kg Schwere, von denen man für den ersten Rang 1124, für den zweiten, auch Galerie genannt, 768 benötigte. Alle Plätze sowie auch die Stufen wurden mit solchen Säcken belegt. Nun stellte der städtische Ingenieur mittels einer Bergerschen Wasserwage die Senkung fest, die unmittelbar nach der Belastung 0,05 Fuß betrug. Man beließ die Säcke an Ort und Stelle und wiederholte am folgenden Tage die Untersuchung mittels des gleichen Instrumentes. Jetzt zeigte sich nur noch eine Abweichung von 0,01 Fuß. Nachdem man die Säcke entfernt hatte, wurde wiederum gemessen, und das Resultat zeigte sich als das gleiche, wie bei der vor der Belastung vorgenommenen Messung. Diese Probe war somit zur vollen Zufriedenheit der Architekten ausgefallen. Cth.

ATK. **Imitation kostspieliger Hölzer.** In der Möbelindustrie hat die Bevorzugung des Biedermeierstils und einiger verwandter Stilarten eine bedeutende Steigerung im Verbrauch von Mahagoni, Eiche und andern Hartholzern mit sich gebracht. Diese sind dadurch so im Preise gestiegen, daß eine starke Nachfrage nach solchen Hölzern entstanden ist, die sich zur Herstellung von Imitationen der echten eignen. Die am meisten in der Möbelfabrikation imitierten Harthölzer sind, nach Amer. Lunibermann, das Mahagoni und in Felder geteiltes gemasertes Eichenholz. Als Mahagoni-Imitation wurde früher fast ausschließlich Kirschbaumholz verwendet. Aber auch dieses ist mit der Zeit seltener und teurer geworden, und so mußten sich die Möbeltischler und -fabrikanten nach anderm Ersatz umsehen, der noch leichter als das Kirschbaumholz die charakteristische Farbe des Mahagonis annehmen und ihm in Maserung und Glanz ähnlich sein könnte. Bei Birken-, Ahorn-, Buchen- und Eukalyptusholz fand man die erforderlichen Eigenschaften, und selbst bei besseren Qualitäten von Mahagonimöbeln wird Ahorn oder Birke zu Gestellen und Füßen genommen; das echte Holz wird dann nur in Furnierform verwendet, und beides paßt vorzüglich zusammen, wenn die Imitation gut der Farbe angepaßt wird. Zur Imitation vierteiliger gemaserter Eichenfüllungen ist so ziemlich jedes Holz zu gebrauchen, da in diesem Falle die ursprüngliche Maser durch einen „Füller" überdeckt und erst dann die vierteilig gemusterte Eichenmaserung mittels einer Walze aus gemaserter Eiche oder eines andern geeigneten Verfahrens aufgetragen wird. Die hierzu vorwiegend benutzten Holzarten sind Birke, Ahorn, Pappel und minderwertiges, glattgesägtes Eichenholz. Nachdem das vollendete Stück poliert ist, ist die Täuschung eine so vollkommene, daß nur ein Sachverständiger sie entdecken kann. Sehr schwer in gewünschter Maserung und genügend großen Stücken zu beschaffen ist auch das zirkassische Nußbaumholz, das vom Ural kommt. Es wird vielfach in Form von Furnieren zu Stuhllehnen, Tischplatten, Füllungen bei Schlafzimmereinrichtungen usw. verwendet. Die übrigen Teile des betreffenden Möbelstückes stellt man entweder aus amerikanischem Nußbaum oder aus Satinnußbaumholz her. Das letztere hat zwar nicht die hervorragend schöne Maser des zirkassischen Nußbaumholzes, kommt ihm aber in der Farbe so nahe, daß es schon einer scharfen Prüfung bedarf, um den Unterschied zwischen beiden Hölzern zu entdecken. Cth.

Gewerkschaftliches.

Der fünfte Verbandstag der Steinarbeiter tagte vom 13. bis 18. Mai in München. Der Vorstand konnte berichten, daß die Mitgliederzahl des Verbandes in der letzten Geschäftsperiode um fast 60 pZt. gestiegen ist. Innerhalb der letzten zehn Jahre, seit der Umwandlung der Organisation in einen Zentralverband, ist die Mitgliederzahl von 6000 auf 29 000 gestiegen. Der Kassenbestand hat sich in der Berichtsperiode von ℳ 431 266 auf ℳ 589 077 oder um 36,5 pZt. vermehrt. Die Diskussion über den Vorstandsbericht bewegte sich in den üblichen Bahnen. Den größten Raum in der Debatte nahm die Verschmelzungsfrage ein, deren Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit fast ausschließlich von den Delegierten an-

den Großstädten betont wurde. Der Verbandsvorstand betonte in seinem Bericht, er halte die Anregungen in dieser Frage zum mindesten für verfrüht. Angenommen wurde ein Antrag, daß bei Versagung der Genehmigung eines Streiks ein Mitglied der betreffenden örtlichen Verwaltung zur Beratung hinzuzuziehen ist. Auch soll der Vorstand mit sämtlichen in Betracht kommenden Verbänden Kartellverträge abschließen. Der Vorstand beantragte die Einsetzung eines Verbandsbeirats. Sein Antrag wurde in nachstehender Fassung angenommen:

1. Zur Entscheidung in wichtigen Fragen der Taktik bei Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen wird ein sogenannter Beirat gewählt, dessen Mandat mit der Generalversammlung endet. 2. Der Beirat wird gebildet vom Verbandsvorstand, dem Redakteur, dem Vorsitzenden des Verbandsausschusses und 15 Kollegen aus dem Mitgliederkreise. Die Wahl der Beiratsmitglieder erfolgt sofort nach der Generalversammlung. Die Wahlen werden nach Branchengruppen in den nachfolgenden Bezirken vollzogen. 3. (Folgen die Namen der Bezirke.) 4. Jede der in Frage kommenden Zahlstellen hat das Recht, ein Mitglied zum Beirat in Vorschlag zu bringen. Die Wahl erfolgt an einem vom Verbandsvorstand festgesetzten Tage und ist die Wahl in den Zahlstellenversammlungen vorzunehmen. Einfache Majorität entscheidet, als Stellvertreter gilt das Mitglied mit der nächst hohen Stimmenzahl. 5. Der Beirat wird nach Bedarf vom Verbandsvorstand berufen, der auch die Verhandlungen zu leiten und zu protokollieren hat. Der Beirat muß einberufen werden, wenn mindestens zehn Mitglieder des Beirats es verlangen unter Beschaffung der nötigen Unterlagen. An den Verhandlungen kann der beteiligte Gauleiter mit beratender Stimme zugezogen werden. Auch kann der Verbandsvorstand zu allen Beratungen, wenn er es für notwendig erachtet, sämtliche Gauleiter zuziehen, allerdings haben diese immer nur beratende Stimme. 6. Aenderungen des Statuts, soweit diese nicht durch die Gesetzgebung bedingt sind, kann der Beirat nicht vornehmen.

Ein Antrag, alle überflüssigen Gelder den Privatbanken zu entziehen und bei der Bankabteilung der Großeinkaufsgesellschaft anzulegen, wurde zur Berücksichtigung überwiesen. Ueber das Tarifwesen des Verbandes referierte Genosse Staudinger. Er empfahl eine Resolution, in der unter anderm dagegen schärfster Protest erhoben wird, daß sich ein großer Teil der Hartsteinindustriellen weigert, Tarifverträge abzuschließen. Ein Passus lautet: „Die umfangreiche Gestaltung der Tarife sowie das Ueberhandnehmen der tarifstatistischen Arbeiten bedingt es, daß im Hauptbureau für die Einleitung der Lohnbewegungen und für das Tarifwesen ein besonderes Ressort geschaffen wird." Um Tarifstreitigkeiten zu regeln, werden folgende Schiedsinstanzen verlangt: „a) für jeden Ort eine Schlichtungskommission, bestehend aus einem Arbeiter und einem Arbeitgeber; b) für jeden Tarifbezirk ein Schiedsgericht, dem nach Möglichkeit ein unparteiischer Vorsitzender, welcher Unternehmerkreisen nicht angehört, vorstehen soll; c) um gegen das Urteil der Bezirksschiedsgerichte Berufung einlegen zu können, werden für die wichtigsten Gruppen in der Steinindustrie zentrale Schiedsgerichte angestrebt. Damit soll insbesondere bezweckt werden, daß eine einheitliche Auslegung der Tarife selbst immer mehr zur Geltung kommt, daß des ferneren die Urteile der Instanz unter b, welche eventuell nicht respektiert werden, mehr zur Anerkennung kommen." — Die Resolution wurde mit dem Zusatz angenommen, daß auch Kommunen, die ihre Steinbrüche an Privatpächter vergeben, die Pächter verpflichten sollen, Tarifverträge abzuschließen. Auf Antrag Berlin soll in den Tarifen auch die Bestimmung Aufnahme finden, daß bei auswärtigen Arbeiten mindestens der an dem Heimatorte übliche Lohn gezahlt werden muß. — In der Statutenberatung lagen Anträge auf Einführung der Erwerbslosenunterstützung vor, die besonders von den Vertretern der großstädtischen Zahlstellen lebhaft befürwortet, vom Vorstande und vielen Vertretern aus Bruchdistrikten jedoch ebenso lebhaft bekämpft wurden. Vom Vorstande wurde geltend gemacht, daß die Kosten ganz enorme würden, und die Gegner befürchteten von der notwendig werdenden Beitragserhöhung einen erheblichen Mitgliederrückgang, da man in den Bruchdistrikten allgemein die periodische Arbeitslosigkeit wie in den Großstädten nicht kennt und mithin die Mitglieder hier von der Beitragserhöhung keinen Nutzen haben würden. In namentlicher Abstimmung stimmten 20 Delegierte für die Erwerbslosenunterstützung, 49 dagegen. Einstimmig wurde jedoch beschlossen, daß der Vorstand dem nächsten Verbandstage eine Vorlage, betreffend Einführung der Erwerbslosenunterstützung, zu unterbreiten hat.

Generalversammlung des Schmiedeverbandes. Die Generalversammlung fand vom 2. bis 8. Juni in Düsseldorf statt. Nach dem Vorstandsbericht hatte der Verband am 1. Januar 1910 14 613 Mitglieder in 198 Zahlstellen. Ende 1911 waren es 16 689 Mitglieder in ebenfalls 198 Zahlstellen. Der Jahresdurchschnitt betrug 1910 15 329 und 1911 waren es im Jahresdurchschnitt 16 082 Mitglieder. Der Kassenbestand des Verbandes weist folgende Zahlen auf: Am 1. Januar 1910 waren es ℳ 88 848,26, 1911 ℳ 65 483,12, 1912 ℳ 86 766,80. Der wichtigste Punkt der Generalversammlung war: Berichterstattung und Beschlußfassung über die Verhandlungen mit dem Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes wegen der Verschmelzung. Der Vorsitzende berichtete und teilte die Bestimmungen mit, unter denen der Anschluß an den Metallarbeiterverband vor sich gehen kann. Danach übernimmt der Metallarbeiterverband alle Aktiven und Passiven des Schmiedeverbandes. Die Lokalkassenbestände der Schmiede gehen an die Verwaltungsstellen der Metallarbeiter über, ebenso die Bibliotheken. Die übertretenden, nach dem Statut des Deutschen Metallarbeiterverbandes bezugsberechtigten Mitglieder des Schmiedeverbandes treten ohne weiteres in den Genuß der im Deutschen Metallarbeiterverband geltenden Unterstützungseinrichtungen. Die im Zentralverband der Schmiede fest angestellten Personen werden beim korporativen Uebertritt vom Metallarbeiterverband übernommen. Doch ist Voraussetzung, daß die Zahl der Beamten während der Uebertrittsverhandlungen nicht vermehrt wird. Den übergetretenen Mitgliedern des Schmiedeverbandes zum Metallarbeiterverband wird in gleicher Weise eine Branchenvertretung zugesichert, wie sie bisher für andere Branchen des Deutschen Metallarbeiterverbandes eingeführt ist. Neben diesen wichtigsten Bestimmungen sind noch eine ganze Reihe minder wichtige Bestimmungen festgesetzt. Der Referent erklärte, daß die in Mannheim stattgefundene Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes diese Vorschläge gut hieß und in einer Resolution aussprach, daß weitere Zugeständnisse nicht gemacht werden könnten, da man den Uebertretenden nicht mehr Rechte gewähren könnte als den alten Mitgliedern des Metallarbeiterverbandes. Die Delegierten der gegenwärtigen Generalversammlung seien fast überall gewählt unter der Parole: für oder gegen die Verschmelzung, und soweit er informiert sei, gäbe es auf der diesmaligen Generalversammlung einen eigentlichen Gegner der Verschmelzung nicht. Die Diskussion über die Frage des Uebertritts war naturgemäß äußerst lebhaft. Doch drehte es sich dabei weniger um die Frage des Uebertritts an sich, als um die Frage, unter welchen Bedingungen der Uebertritt erfolgen solle und ob der Uebertritt sofort zu beschließen sei oder eine Urabstimmung vorausgehen solle. Die Debatte über diese Frage währte zwei volle Tage. Schließlich wurde die nachfolgende Resolution des erweiterten Vorstandes von der Generalversammlung einstimmig angenommen: „Die Generalversammlung erklärt sich mit den vereinbarten Uebertrittsbedingungen einverstanden und empfiehlt den Mitgliedern, durch eine Urabstimmung diesem Beschlusse beizutreten. Die Urabstimmung findet für alle Mitglieder gemeinsam am 13., 14. und 15. Juli statt; die Tagesstunden werden von den Verwaltungsstellen festgesetzt. Beschließen die Mitglieder in der Urabstimmung mit Stimmenmehrheit den Uebertritt zum Deutschen Metallarbeiterverband, so hat der Uebertritt am 1. Oktober 1912 zu erfolgen; die nähere Regelung des Uebertritts geschieht durch den Vorstand. Für die Mitglieder, die nicht spätestens am 31. Dezember 1912 übergetreten sind, kommen die Uebertrittsbedingungen nicht mehr in Frage." — Das Resultat der Abstimmung wurde mit lebhaftem Beifall begrüßt. Von einer Neuwahl der Funktionäre des Verbandes wurde wegen der bevorstehenden Verschmelzung Abstand genommen; die derzeitigen Funktionäre sollen vorläufig ihre Aemter weiter versehen.

Soziales.

Der Leutnant in der Krankenkasse! Die von den Arbeitern lange gehegte Befürchtung ist zur Wirklichkeit geworden: der erste Leutnant hat seinen Einzug in eine Ortskrankenkasse gehalten. Die „Industriebeamten-Zeitung" berichtet darüber: „Es ist mehrfach darauf hingewiesen worden, daß die Absicht besteht, pensionierte Offiziere in die Beamtenstellen der Arbeiterversicherung hineinzubringen. Jetzt ist diese Absicht leider schon zur Tatsache geworden. Wie berichtet wird, zieht in die Ortskrankenkasse zu Bochum ein Oberleutnant a. D. als Rendant ein. Der bisherige Rendant ist wegen vorgekommener Unregelmäßigkeiten von seinem Amt durch die Aufsichtsbehörde suspendiert worden. Bei der Wahl eines neuen Rendanten ist eine Uebereinstimmung zwischen den Arbeitervertretern und den Arbeitgebervertretern nicht erzielt worden. Hier tritt nun, wohl das erstemal, die Bestimmung der neuen Reichsversicherungsordnung in Kraft, wonach ein Angestellter einer Ortskrankenkasse nur dann als gewählt zu betrachten ist, wenn er sowohl die Mehrheit der Stimmen der Arbeitervertreter als auch die Arbeitgebervertreter erhalten hat. Die Arbeitervertreter, die, nebenbei bemerkt, den christlichen Gewerkschaften angehören (im Reichstag sind bekanntlich die Vertreter der christlichen Gewerkschaften der Entrechtung der Arbeitnehmer nicht entgegengetreten), wählten nun einen Mann aus ihren Reihen, während die Arbeitgebervertreter für den Oberstleutnant und Bezirkskommandeur Meyer in Bochum eingetreten sind. Eine Einigung kam nicht zustande, und so hat nun die Aufsichtsbehörde entschieden, daß der Herr Oberstleutnant von nun an Rendant der Ortskrankenkasse sein soll. Damit ist nicht nur die Selbstverwaltung dieser Kasse in die Brüche gegangen, sondern es liegt die Gefahr vor, daß die Verwaltung dieser Kasse jetzt durch und durch bureaukratisch wird und daß jeder sozialpolitische Forschritt unterbleibt. Der Herr Oberstleutnant a. D. mag ein recht guter Soldat gewesen sein, ob er aber das Wesen der Arbeiterversicherung derart erfaßt hat, wie es im Sinne einer fortschrittlichen Sozialpolitik notwendig ist, das wird sich erst zeigen müssen. Die bisherige Stellung dieses Herrn läßt den Schluß zu, daß er mit einem vollgerüttelten Maß von Weltfremdheit in sein neues Amt einziehen wird. Typisch übrigens, mit welcher Promptheit unsere objektiven Behörden schon beim ersten Anlaß auf die Unternehmerseite fallen! Wie wird das erst später werden?" Dafür, daß der Einzug von Offizieren in die Krankenkassen möglich geworden ist, können sich die Arbeiter beim Zentrum bedanken!

Soziale Rechtsprechung.

Eine Klage wegen Nichteinhaltung der Kündigung wurde am 21. Juni vor dem Gewerbegericht Weißwasser ausgefochten. Der Bauunternehmer Paul Reder klagte gegen die Kollegen Noack und Pohl auf einen Schadenersatz von je ℳ 102 wegen Auflösung des Arbeitsverhältnisses ohne die achttägige Kündigung. Als der Vorsitzende fragte, womit Reder seine Forderung begründe, führte dieser an, er habe zwei Arbeiter weiter beschäftigen müssen, ohne daß diese eine genügende Leistung tun konnten. Für sie fordere er pro Mann und Tag ℳ 3,50, das sind in sechs Tagen pro Mann ℳ 21, für zwei Mann ℳ 42. Weiter habe die Arbeit nicht zum bestimmten Termin fertiggestellt werden können, und er müsse pro Tag und Mann ℳ 5 Konventionalstrafe rechnen. Seinen Verdienstausfall gab Reder pro Tag und Mann auf ℳ 5 an. Bei Abgang der beiden Kollegen hat der Vertreter von Reder jedem ein Schreiben ausgehändigt über Anfang und Ende der Arbeit und Mitgliedschaft bei der Ortskrankenkasse. Nebenbei bemerkte er noch mündlich: „Entlassen sind Sie noch nicht." Darauf stützte sich Reder. Er wurde aber mit seiner Klage kostenpflichtig abgewiesen. Dazu muß er an den Vertreter der Beklagten, die längst abgereist waren, noch ℳ 3 berappen. Um eine Erfahrung reicher, ging Reder nach Hause. Die Arbeiterschaft kann aus den Angaben Reders ersehen, wieviel der Unternehmer bei seinem Nichtstun verdient. Nach der Zusammenstellung des Unternehmers kann dieser statt 49 ₰ ruhig ℳ 1 pro Stunde zahlen. Unsere Kollegen in Weißwasser werden sich die Angaben Reders merken.

Verschiedenes.

Spitzbuben. Der Ausdruck Spitzbube ist jung — erst seit dem 16. Jahrhundert ist er nachweisbar. Im Sinne von Dieb ist er noch jünger. Was bedeutete er zu Anfang, und wie hat sich daraus die spätere Bedeutung entwickelt? Das Eigenschaftswort „spitz" hatte in alter Zeit auch die Bedeutung „fein, spitzfindig, ausgeklügelt." So redet Hugo von Trimberg im Renner von „spitzen künsten", die den alten, einfältigen Glauben verdrängt und allerhand spitzfindige Deuteleien an seine Stelle gesetzt haben. Von hier aus ging das Wort sehr bald in die naheliegenden Bedeutungen „verschmitzt, betrügerisch" über, und „spitzen" werden nunmehr bezeichnenderweise mit Falschheiten („balschen") zusammengestellt. Ein „spitz buobe" ist also nunmehr „ein verschmitzter, betrügerischer, schlechter Mensch" und ist es um so mehr, als auch der Bube schon in früher Zeit in dem schlimmen Sinne erscheint, den er heute vorwiegend nur noch im Norddeutschen hat. Und wenn es nun in einem alten Liede heißt: „der würfel machet buoben vil", und wenn mit diesen Buben solche gemeint sind, die mit ihren „spitzen" (Betrügereien, Gaunereien) den Gegner im Spiele zu überlisten, zu übervorteilen suchten, so stellen sich uns hier die Spitzbuben in der Bedeutung dar, in der sie in des Alberus „Dictionarium" vom Jahre 1540 zum ersten Male gebucht sind: in der Bedeutung „falsche Spieler". An einen „spitzbub" verliert Klas Schellenbaus im „Verspielten Reiter" des Hans Sachs sein Hab und Gut; Spielbrüder und Spitzbuben stehen von nun an treulich nebeneinander. Da vom Betrügen zum Stehlen nur ein sehr kleiner Schritt ist, so konnte der Spitzbube aus einem Falschspieler ohne weiteres zum Diebe werden, der er uns heute zumeist ist. Zumeist, durchaus noch nicht immer. Wenn Schiller in „Kabale und Liebe" den alten Miller zu sich selbst sprechen läßt: „Du bist ein Spitzbube, der sein Kind ruiniert", wenn er in den „Räubern" von spitzbübischen Künsten redet, so tritt uns hier das Wort noch immer in der älteren, allgemeineren Bedeutung „schlechter Mensch" entgegen, die es vor seiner Begriffsverengung hatte. Wenn ferner der Vater sein Kind scherzend einen „kleinen Spitzbuben" nennt, klingt dann nicht immer noch etwas von der alten Schlauheit und Verschmitztheit durch, wie sie der Grundbedeutung des Wortes eigen war? Und was spitz betrifft, hat nicht unser „etwas nicht spitzkriegen können" immer noch den Sinn: „etwas (durch Ausklügeln) nicht erfassen können"?

Söhns, Hannover.

(Mitgeteilt vom Allgemeinen Deutschen Sprachenverein.)

Zentralkrankenkasse.

In der Woche vom 23. bis 29. Juni sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Neukölln ℳ 800, Brandenburg a. d. H. 700, Neuruppin 600, Nowawes 500, Harburg 400, Danzig 400, Gotha 350, Reinickendorf 300, Löwenberg 300, Leipzig 300, Jordan-Paradies 250, Peisterwitz 200, Mühlenbeck 200, Altdamm 200, Leipzig-Gohlis 175, Frankenthal 150, Friedrichsfelde 150, Zahna 150, Sonnenberg b. Wiesbaden 120, Herzberg a. d. E. 100, Mahlsdorf 100, Hermsdorf 100, Wiesenburg 100, Ohlau 100, Wittenau 100, Netra 100, Thekla 100, Strausberg 100, Neudietendorf 100, Kemberg 100, Münster (Oberlahn) 80, Wiesbaden 70, Eilenburg 60, Königstein i. T. 60, Immenhausen 50, Schierstein 50. Summa ℳ 7715.

Zuschüsse erhielten: Gorgast ℳ 300, Friedenau 300, Hofen 200, Heubach 200, Wesensleben 200, Deutsch-Lissa 200, Faulbach 180, Schweisweiler 170, Straßburg i. E. 150, Pasewalk 100, Wansee 100, Niederbreisig 80, Wörth a. Rh. 70, Stockelsdorf 60, Westerhausen 50, Joachimsthal 50. Summa ℳ 2410.

Altona, 29. Juni 1912.

W. Thies, zweiter Kassierer.

Eingegangene Schriften.

Die sozialdemokratische Gefahr in Baden. Betrachtungen zur politischen Scharfmacherei des badischen Zentrumsführers, Geistlichen Rats Th. Wacker. Von A. Weißmann. — „In dem ehemaligen kleinen Agrarstaat Baden ist die Industrie so rasch gewachsen, daß zwölf Jahre später 830 000 Personen oder 40 pZt. der Bevölkerung in Gewerbe und Industrie tätig waren. Von 1887 bis 1907 vermehrten sich im Reich die sozialdemokratischen Stimmen um 320, in Baden aber um 614 pZt. Zur Zeit verfügt diese Partei in Baden über 1 Reichstagsabgeordneten, 20 Landtagsabgeordnete, 1486 Gemeindevertreter, 118 Gemeinde- und Stadträte, 2 sozialdemokratische Bürgermeister, 20300 Mitglieder der sozialdemokratischen Vereine und rund 60000 der Gewerkschaften! Das nennt der badische Zentrumsführer Wacker die sozialdemokratische Gefahr; er kündigt ihr den schärfsten Kampf nach dem System Hertling in Bayern an. Damit beschäftigt sich nun die unter obigem Titel erschienene, 64 Seiten starke Broschüre, die durch den Verlag der Freiburger Volkswacht und durch alle Parteibuchhandlungen zum Preise von 25 ₰ zu beziehen ist."

Im Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: **Die Geschichte der Erde. II. Die Weltalter.** Kurze Charakteristik der geologischen Perioden und Formationen. Von R. Bommeli. 21. Bändchen der Kleinen Bibliothek. Mit zwei farbigen Tafeln und 40 Abbildungen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die große Chronik. — Einteilung der Erdgeschichte. — Die Urzeit der Erde und die archäischen Formationen. — Das Altertum

der Erde. — Das Mittelalter der Erde. — Die Neuzeit oder das känozoische Weltalter. Preis eines jeden Bändchens broschiert 75 ₰, gebunden ℳ 1, Vereinspreis 50 ₰.

Zwölf Wohnungen für Schweizer in Groß-Berlin. Unter diesem Titel gibt der Vorstand des Verbandes der Land-, Wald- und Weinbergsarbeiter eine in Broschürenform gehaltene Flugschrift heraus, die einen Beitrag zum Kampf gegen das Kost- und Logiswesen darstellt. Auf zwölf Illustrationen ist das Wohnungselend der Stallschweizer oder Melker in Berlin und den Vororten gezeigt. Die beigegebenen Erläuterungen zeigen in knappen Schilderungen die Kost- und Lohnverhältnisse dieser für die Ernährung der Großstadtbevölkerung, namentlich der Kinder, so wichtigen Berufsschicht. Im Stall und auf dem Heuboden, in Kellerlöchern und Korridorwinkeln müssen die Arbeiter in Schmutz und dumpfer Luft kampieren, die für die Milchproduktion eines sehr großen Teils der Berliner Bevölkerung in Betracht kommen. Die zwölf Bilder und ihre textlichen Ergänzungen reden eine derart eindringliche Sprache, daß kein Einsichtiger sich der Forderung auf rücksichtslose Beseitigung solcher menschenunwürdigen Zustände verschließen kann.

Briefkasten.

Leverkusen. Aus einer Zuschrift ersehen wir, daß die in Nr. 24 des „Grundstein" veröffentlichte Warnung des Fabrikarbeiterverbandes vor Zuzug nach den Bayerschen Farbfabriken in Leverkusen teilweise falsch aufgefaßt worden ist. Dort hieß es zum Schluß: wer trotz der geschilderten schlechten Zustände Arbeit in Leverkusen annehmen wolle, solle sich vorher um Auskunft an den Geschäftsleiter des Fabrikarbeiterverbandes wenden. Das gilt natürlich nur für Leute, die in den Farbfabriken selbst Arbeit nehmen wollen. Unsere Kollegen, die als Maurer, Bauarbeiter usw. auf den Bauten zu arbeiten gedenken, erhalten Auskunft auf unserm Zweigvereinsbureau in Cöln, Severinstr. 199, oder bei dem Vorsitzenden der Zahlstelle Küppersteg, Wladek Tadajewski, Wiesdorf a. Rh., Rheinstr. 47.

Leipzig, Vorstand. Wir haben den Brief des „rechtschaffenen fremden Maurergesellen" an Euch unserer für diesen Zweck angelegten Mappe einverleibt, weil wir uns mit dem elenden Machwerk eines Menschen, der zu feige ist, unter seine Pöbeleien seinen Namen zu setzen, im „Grundstein" nicht weiter auseinandersetzen wollen. Wenn der „rechtschaffene" Anonymus glaubt, daß er mit dieser Schmiererei den Fremdgeschriebenen genützt habe, dann befindet er sich sehr stark im Irrtum.

F. W. in Ellrich. Eine solche Anleitung findest Du im Band 300 der Chemisch-technischen Bibliothek, die in Hartlebens Verlag in Leipzig und Wien erscheint. Das Buch besorgt Dir zum Preise von ℳ 5 jede Buchhandlung. Aber glaube nur nicht, daß Du nach der Lektüre eines solchen Werkes ohne weitere praktische Anleitung einwandfreie Steinholz- und Terrazzofußböden herstellen kannst. Dazu gehört, wie zu jedem Handwerk, eine längere praktische Uebung.

Anzeigen.

☛ Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bezw. Zahlstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Joseph Nowak, Maurer, Verb.-Nr. 83 236, geb. 31. Okt. 1867 zu Groß-Hoschütz, eingetreten am 7. Dezember 1907, wird dringend ersucht, seine Adresse an **Heinrich Schnittka, Buer i. W.,** Düppelstr. 17 a, gelangen zu lassen, damit er als Zeuge vernommen werden kann. Wer den Aufenthalt des Kollegen Nowak kennt, wolle dies an die angegebene Adresse mitteilen.
[ℳ 2,40] **Der Vorstand der Zahlstelle Buer.**

Emanuel Sojak, Maurer aus **Brattersdorf i. Mähren** (Mitgl.-Nr. 183198 des Zentralverbandes der Maurer Oesterreichs), wird von der **Ortsgruppe Mährisch-Schönberg** gesucht. Sojak soll sich nach Preußisch-Schlesien gewendet haben. Kollegen, denen sein Aufenthalt bekannt ist, werden ersucht, seine Adresse der **Ortsgruppe der Maurer in Mähr.-Schönberg, Arbeiterheim,** bekanntzugeben. [ℳ 2,40]

Crimmitschau.

Sonntag, den 14. Juli, findet im **Hotel „Schwarzer Adler"** unser

~ Stiftungsfest ~

statt, das in **Konzert, Preisschießen, Kinderbelustigung aller Art und Ball** besteht. Beginn nachmittags 3 Uhr.
Hierzu werden die Kollegen freundlichst eingeladen.
[ℳ 3,30] **Der Vorstand.**

Frankenstein i. Schlesien und Umgegend.

Sonntag, den 7. Juli, abends 6 Uhr:

✱ Stiftungsfest ✱

im „Eldorado". [ℳ 3]
Zahlreiche Beteiligung erwartet **Das Komitee.**

Gelenau und Umgegend.

Sonntag, den 14. Juli:

Zehntes Stiftungsfest

Sammelpunkt nachmittags 2 Uhr im Gasthof Ober-Gelenau.
Die Kollegen mit ihren werten Damen sind hierdurch freundlichst eingeladen. [ℳ 2,70] **Der Vorstand.**

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Zeile kostet 15 ₰.)

Aibling. Am 23. Juni starb unser Vorsitzender, Kollege **Georg Schäffler,** im Alter von 37 Jahren an Lungenentzündung. Er war Gründer unseres Zweigvereins und gehörte seit seinem Bestehen dem Ausschuß an. Wir haben an ihm unsern besten Kollegen verloren.

Berlin. Am 22. Juni starb der Kollege **August Metscher** im Alter von 36 Jahren an Herzschlag. — Am 22. Juni starb unser Mitglied **Hans Hurras** im Alter von 23 Jahren an Schwindsucht. — Am 23. Juni starb unser Mitglied **Karl Schulz** im Alter von 72 Jahren an Herzschwäche. — Am 27. Juni starb unser Mitglied **Robert Kühn** im Alter von 61 Jahren an Blasenleiden.

Brieg. Am 25. Juni starb unser Kollege **Karl Hampel** im Alter von 54 Jahren an Lungenentzündung.

Chemnitz. Am 28. Juni starb unser Kollege **Anton Neukum** im Alter von 51 Jahren.

Cöln. Am 29. Juni starb unser Kollege **Leonhard Krähe** im Alter von 57 Jahren an Gehirnschlag.

Danzig. (Zahlstelle Zoppot.) Am 24. Juni starb unser Kollege **Johannes Böttcher** im Alter von 22 Jahren an Lungenschwindsucht.

Dresden. Am 22. Juni starb der Kollege **Paul Krause** aus Neucoswig im Alter von 31 Jahren an Gehirnerweichung. — Am 24. Juni starb der Kollege **Julius Trobisch** aus Naundorf im Alter von 54 Jahren infolge Unfalles. — Am 17. Juni starb der Kollege **Friedr. Ettrich** aus Laußnitz im Alter von 48 Jahren an Lungenleiden. — Am 26. Juni schied der Kollege **Karl Robitzsch** aus Burgk im Alter von 55 Jahren freiwillig aus dem Leben.

Essen. Am 28. Juni starb unser Kollege **Emil Mayer** infolge Ertrinkens im Rhein.

Frankenberg i. S. Am 28. Juni starb unser treuer Kollege **Bernh. John** im Alter von 31 Jahren an den Folgen einer Fleischvergiftung.

Freyhan. Am 30. Juni schied unser Kollege **August Sintke** aus Santomischel freiwillig aus dem Leben.

Gera. Am 23. Juni starb unser Kollege **Ludwig Sattel** im Alter von 51 Jahren an Lungenleiden.

Göppingen. Am 22. Juni starb der Kollege **Wilh. Greiner** im Alter von 46 Jahren an Lungenleiden.

Holzkirchen i. B. Am 27. Juni starb unser Kollege **Michael Bacher** an Lungenleiden.

Hirschberg. Am 23. Juni verschied plötzlich unser treuer Kollege **Paul Dlabola** im Alter von 32 Jahren an Krämpfen.

Jena. Am 24. Juni schied der Kollege **Christian Döhle** im Alter von 58 Jahren freiwillig aus dem Leben.

Karlsruhe. (Zahlstelle Nußheim.) Am 30. Juni starb unser Kollege **Wilh. Geiss** im Alter von 37 Jahren an Tuberkulose.

Marienwerder. Am 22. Juni starb unser treuer Kollege **Gustav Borowski** im Alter von 49 Jahren auf der Baustelle an Herzschlag.

München. (Untergiesing.) Am 21. Juni starb unser Hilfskassierer, Kollege **Anton Reindl,** im Alter von 35 Jahren an Herz- und Lungenleiden. — (Oberföhring.) Am 22. Juni starb unser Kollege **Dyonis Peissl** im Alter von 27 Jahren an Lungenschwindsucht. — (Neuhausen.) Am 23. Juni starb unser Kollege **Johann Horn** im Alter von 40 Jahren an Nierenleiden. — (Westend.) Am 23. Juni starb unser Kollege und langjähriger Hilfskassierer **Johann Kramel** im Alter von 55 Jahren infolge Absturzes vom Bau.

Nürnberg-Fürth. Am 25. Juni starb nach langem, schwerem Leiden unser treuer Kollege **Kaspar Klarmann** im Alter von 31 Jahren an der Proletarierkrankheit.

Rothemühl. Am 29. Juni starb unser langjähriges Mitglied **Wilhelm Muckow** im Alter von 63 Jahren an Magenleiden.

Scherrebeck. Am 26. Juni starb unser Kollege **Karl Zepernick** im Alter von 19 Jahren infolge eines Unfalles.

Stendal. Am 24. Juni starb unser Kollege **Karl Henning** im Alter von 45 Jahren an Lungenentzündung.

Stralsund. Am 25. Juni starb der Kollege **Fritz Glandt** im Alter von 66 Jahren an Magenleiden.

Wurzen. Am 21. Juni starb unser Kollege **Friedrich Harzendorf** im Alter von 42 Jahren an Lungenleiden. — Am 24. Juni starb unser Kollege **Ernst Burkhart** im Alter von 44 Jahren an Magenleiden.

Ehre ihrem Andenken!

Max Oskar Kölbel, Maurer, geb. 21. Juli 1876 zu Großfriesen b. Plauen, wird von seiner Familie gesucht. Kollegen, denen der Aufenthalt Kölbels bekannt ist, werden gebeten, seine Adresse an den Vorsitzenden des **Zweigvereins Plauen, K. Schnirch,** Pausaer Straße 95, mitzuteilen. [ℳ 1,80]

August Lamm, Maurer aus **Kl.-Möhlau i. Anh.,** wird gesucht. Kollegen, die seinen Aufenthalt wissen, wollen seine Adresse gegen Belohnung an **Emil Strömer, Oranienbaum,** Feldgasse 3, senden. [ℳ 1,20]

Die Stukkateure **Kluberg, Werner** und **Raab,** die im vorigen Jahre im **Warenhaus Tietz in Elberfeld** gearbeitet haben, werden aufgefordert, ihre Adresse an den unterzeichneten Zweigvereinsvorstand abzugeben, da ein Ausschlußantrag gegen sie vorliegt. [ℳ 2,10]
Der Vorstand des Zweigvereins Düsseldorf.

Kahla.

Sonntag, den 7. Juli, feiert unser Zweigverein sein diesjähriges

✱ Sommervergnügen ✱

Nachmittags 3 Uhr: Auszug nach dem Schützenplatz; daselbst **Konzert, Blumenverlosung** und **Belustigungen.**
Abends: Ball im Rathaus.
Die Kollegen von Kahla und Umgegend sowie die der umliegenden Zweigvereine sind hierzu freundlichst eingeladen.
[ℳ 4,20] **Der Vorstand.**

Lychen.

Der **Zweigverein Lychen** feiert **Sonnabend, den 13. Juli,** sein diesjähriges

Sommervergnügen

Nachmittags 2 Uhr: Ausmarsch zum „Schützenhaus"
[ℳ 3,30] **Abends: Ball.**
Zahlreiche Beteiligung erwartet **Das Komitee.**

Schwerin i. Mecklenb.

Sonntag, den 14. Juli:

Sommervergnügen

in Lankow.

Bestehend in **Konzert, Preisschiessen, Kegeln, Würfeln, Kinderbelustigungen** und **☛ Ball. ☚**
Ausmarsch mit Musik: Nachmittags punkt 4 Uhr vom „Thalia".
[ℳ 3,60] **Der Vorstand.**

Adressenveränderungen.

(V bedeutet Vorsitzender, K Kassierer, L Verkehrslokal, H Herberge, Rz Reiseunterstützung wird ausgezahlt bei.)

Bautzen. V Paul Räder, Bautzen, Wilthner Straße 28, Part.
Stendal. V Hermann Nagel, Neustr. 31.

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Versammlungen der Zweigvereine.

Sonnabend, den 6. Juli.

Elmshorn. Abends 8½ Uhr in der Herberge.

Sonntag, den 7. Juli.

Driesen. Nachm. 2 Uhr im Vereinslokal „Konkordia".
Neustadt i. Holst. Nachm. 4 Uhr in Böckenhauers Gasthof.
Ribnitz. Nachm. 2 Uhr bei Rotenberg. Wichtige Tagesordnung.
Strehlen. Nachm. 3 Uhr beim Gastwirt Kritschil in Ober-Podibrad. Wichtige Tagesordnung. Referent anwesend. Mitgliedsbücher mitbringen.
Weisswasser i. d. O.-L. Nachm. 3 Uhr in Gablenz bei Dottke. Gauleiter referiert.
Wittstock. Nachm. 2 Uhr im Zöbermannschen Lokal. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Montag, den 8. Juli.

Berlin. (Stukkateure.) Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus. Tarifausgabe.
— (Kunststeinsetzer.) Abends 8½ Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 11. T.-O.: Diskussion über Einführung eines Winterbeitrages. Branchenangelegenheiten. Verschiedenes.

Dienstag, den 9. Juli.

Berlin. (Isolierer.) Abends 8½ Uhr bei Wilke, Sebastianstr. 39.
Schmölln. Abends 6 Uhr im „Lindental". Bücher mitbringen.

Mittwoch, den 10. Juli.

Finsterwalde. Abends 6 Uhr im Lokale des Kollegen Klaus, Leipziger Straße 47. Referent anwesend.

Sonntag, den 14. Juli.

Bamberg. Vorm. 10 Uhr im Restaurant „Viktoria", Wilhelmsplatz. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.
Berlin. (Stuker.) Vorm. 10 Uhr bei Hoffmann, „Englischer Garten", Alexanderstr. 27c.
Dortmund. (Stukkateure.) Vorm. 11 Uhr im Gewerkschaftshaus, Ecke Leibniz- und Lessingstraße. Referent: Kollege Radke-Düsseldorf.
Fürstenwalde. Vorm. 10 Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung im „Bürgersaal".
Spandau. Vorm. 9 Uhr bei E. Köpenick. Wichtige Tagesordnung.
Würzburg. (Maurer und Zementierer.) Vorm. 10 Uhr im „Ochsen".

Zentralkrankenkasse der Maurer usw.

Sonntag, den 14. Juli.

Mariendorf. Vorm. 10 Uhr Versammlung bei Löwenhagen.

Krankenkasse der Maurer zu Markgrafpieske (E. H.)

Sonntag, den 7. Juli.

Markgrafpieske. Nachm. 1 Uhr außerordentliche Generalversammlung bei Wilh. Graßnick. T.-O.: Stellungnahme zu dem am 1. Juni aufgehobenen Hilfskassengesetz. Diskussion: Besteht oder Umbildung der Kasse als Versicherungsverein oder Zusammenschluß?

Verlag: Deutscher Bauarbeiterverband (Gust. Behrendt), verantwortlicher Redakteur i. V.: A. Ellinger, Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co in Hamburg.